

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 nummer mit Illustration 10 Pf., Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
 Abonnements 1.10 Mark pro Monat, Post-  
 Eintragungen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je Zeile oder deren Raum 50 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (seit-  
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schaf-  
 fens-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1953.

Sonntag, den 14. Januar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1954.

## Lex Wagner.

Durch eine unwürdige Ueberrumpelung ist am Donnerstag im Reichstag bei der 2. Lesung der kleinen Strafgesetznovelle ein Beschluß zustande gekommen, der, wenn er in dritter Lesung Gesetz werden sollte, jede Kritik, jede freie Meinungsäußerung in Deutschland erstickend mächte. Die Annahme des Antrages Wagner und Genossen auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, soweit sie die Verschärfung der Beleidigungsparagraphen betrifft, ist ein Attentat auf das Recht der freien Rede, auf das höchsten deutsche Rechtsprinzip, das noch besteht, wie es schlimmer gar nicht gedacht werden kann. Mit diesen Bestimmungen wird die Presse einfach geknebelt, wird über die Zeitungen, über die Redner das Schwert des Damokles verhängt, wird der öffentlichen Kritik ein Maulkorb vorgelegt. Die verschärften Beleidigungsparagraphen würden eine ständige Bedrohung der kleineren Zeitungen mit dem finanziellen Ruin bedeuten, sofern sie jemals irgend etwas zu veröffentlichen wagen, was der Regierung oder irgend einer Behörde oder einem Beamten oder einem Mitgliede der herrschenden Klasse unbecquem ist.

Die Freiheit der Kritik ist eine der wesentlichsten Bedingungen des modernen Lebens. Sie ist die Waffe, die den Beherrschten, den nicht mit Glücksgütern, Konnexionen und sozialem Einfluß Gesegneten, die dem Volke gegen die Machtmittel der Herrschenden fast als einzige zur Verfügung steht. Das Wahlrecht kann das Volk nur alle fünf Jahre gebrauchen und in Preußen und anderen Bundesstaaten ist es zudem ein Messer ohne Hest und Klinge. Das Vereins- und Versammlungsrecht, das Koalitionsrecht wird in spanische Stilel geschmückt und verlieren einen erheblichen Teil ihres Wertes, wenn die Freiheit der Rede und der Schrift noch mehr verkrüppelt wird, wie es jetzt schon ohnehin der Fall ist. Das freieste, beste Wahlrecht wird in seinen volksbefreienden Wirkungen gewaltig geschwächt, wenn die Agitation durch die Zeitungen, das Flugblatt, die Rede unter drakonische Strafbestimmungen gestellt werden, geeignet, einen ehrlichen Mann an den Bettelstab und auf Jahre ins Gefängnis zu bringen.

Und das tut die Lex Wagner. Sie ist, so unscheinbar sie aussieht, so gering an Umfang sie ist, eines der gefährlichsten Unterdrückungsgesetze, das je von einem reaktionären Kopfe ausgedacht wurde. Das ist beileibe keine Uebertreibung. Man sehe sich die Bestimmungen an. Der § 186, der berüchtigte Paragraph von der einfachen Beleidigung durch Behauptung „nicht erwieslich wahrer Tatsachen“, soll so geändert werden, daß das Höchstmaß der Geldstrafe von 600 auf 1000 Mark erhöht wird. Öffentliche Beleidigung aber — mündliche Beleidigung vor mehreren, an öffentlichen Orten, namentlich in Versammlungsreden, schriftliche Beleidigung in Zeitungen, Flugblättern, Plakaten, Broschüren und Büchern — wofür heute das Höchstmaß der Geldstrafe 1500 Mark beträgt, soll künftig mit Strafen bis zu 10 000 (Zehntausend!) Mark belegt werden können. Und während jetzt nur entweder Geldstrafe oder Freiheitsstrafe verhängt werden darf, würde nach Inkrafttreten der Lex Wagner Geld- und Freiheitsstrafe zugleich ausgesprochen werden dürfen. So daß ein Angeklagter, dem der Wahrheitsbeweis mißlingt — wogegen der gewissenhafteste Mensch nicht gesichert ist — bei öffentlicher Beleidigung bis zu zwei Jahren ins Gefängnis gesteckt werden, daneben mit Geldstrafe bis zum Betrage von 10 000 Mark belegt wird, wenn das Gericht annimmt, daß die Beleidigung „nachteilige Folgen für die Vermögensverhältnisse, den Erwerb oder das Fortkommen des Beleidigten“ mit sich gebracht habe, überdies noch zur Zahlung einer Buße bis zum Betrage von 20 000 (Zwanzigttausend) Mark an den Beleidigten verurteilt werden kann. Denn die Abänderung des § 188 sieht vor, daß der Höchstbetrag der Buße von 6000 auf 20 000 Mark erhöht wird.

Beleidigung wider besseres Wissen (§ 187), die bisher bei Annahme mildernder Umstände mit Geldstrafe bis zu 300 M. geahndet werden durfte, würde nach der Lex Wagner mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark belegt werden können. Und auch hier würde neben der Freiheitsstrafe auch die Geldstrafe zulässig sein, während jetzt nur eine dieser Strafen verhängt werden darf.

Ein nur flüchtiges Anschauen dieser Bestimmungen zeigt, daß das, was wir oben über sie gesagt haben, durchaus nicht zu stark ist. Die oppositionelle Presse ist unter solchem Gesetz beständig von der Gefahr des Ruins bedroht. Kleinere Blätter werden einfach an den Rand des Ruins gebracht, wenn die Gerichte Geldstrafen bis zu 10 000 Mark und Bußen bis zu 20 000 Mark neben Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren verhängen können.

Die Ordnungspresse allerdings hat diese Bestimmungen nicht zu fürchten. Denn wenn sie wirklich einmal wegen unsfätiger Verübung eines Sozialdemokraten vor den Richter kommt, so darf sie auf wohlwollendes Verständnis und Milde rechnen. Diese Bestimmungen sind zum Fallbeil für die oppositionelle Presse bestimmt und für die oppositionellen Agitatoren. Und je mehr die Klassen-gegenstände sich zuspitzen und die bürgerlichen Parteien sich zum großen antisozialistischen Block zusammenschließen, um so ausschließlicher fällt der sozialdemokratischen Presse und

Agitation die Kritik an öffentlichen Missetänden zu. Gegen sie richtet sich die Lex Wagner im besonderen, sie gehört mit zu den Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokratie, die nicht Ausnahmegeetze heißen, die unter der Marke des gemeinen Rechts gehen sollen, wie sie das Programm Bethmann Hollwegs vorsieht.

Aber die bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme der Konservativen — können sich nicht bei dem Gedanken beruhigen, daß sie vor der Anwendung dieses drakonischen Gesetzes sicher sind. Für die Freisinnigen liegt das zurzeit klar auf der Hand. Seit die Zeit des Bülowblocks vorbei ist, seit sich der Gegensatz zwischen Liberalismus und schwarz-blauem Block insolge des Streits um die Reichsfinanzreform verschärft hat, seit sie gar des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie beschuldigt werden, weht — namentlich in Ostelbien — für sie kein guter Wind mehr. — Das Urteil gegen den Gutbesitzer Becker im Greifswalder Landratsprozeß läßt an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Wo der Rationalismus mit den Junkern zusammenstößt, ist er vor ähnlichem auch nicht völlig geschützt. Aber nicht einmal die Partei, die jetzt neben den Junkern die Minister dirigiert, nicht einmal das Zentrum, ist vor den Stacheln und Widerhaken dieses Monstrums von Strafgesetz gefeit. Jetzt allerdings sitzt es im Regiment, jetzt sieht kein Staatsanwalt, sieht keine Behörde mit heiligem Bemühen die Zentrumspresse durch, ob etwas Strafbares darin zu finden ist. Aber ist das Zentrum so sicher, daß es alleweil so bleibt? Hat es die Garantie, daß keine Aenderung der Parteikonstellation es wieder in die Reihen der Opposition stoßen kann, weiß es schon so gewiß, wie es nach den nächsten Reichstagswahlen kommen wird? Die älteren Zentrumsjournalisten können sich aus den Zeiten des Kulturkampfes wohl noch erinnern, wie damals das Gefängnis für so manchen ehrenhaften Zentrumsredakteur ein nicht so seltener Aufenthalt war. Wer sagt ihnen, daß es nicht eines Tages wieder so kommen kann? Daß der Kulturkampf wiederkehrt, ist freilich ausgeschlossen, aber ist es nicht möglich, daß das Zentrum einst in die Notwendigkeit versetzt wird, gegen eine ihm nicht genehme Schulgesetzgebung anzukämpfen? Daß seine konservativen Verbündeten keine sichere Stütze sind, das weiß das Zentrum doch sehr gut. Gesetze aber sind schneller gegeben als wieder aufgehoben. Und für die Redner und Redakteure und Zeitungsbetreiber des Zentrums wäre es einst ein erhebendes Bewußtsein, wenn sie auf Grund eines Gesetzes zu langen Freiheitsstrafen und zu ruinösen Geldstrafen verurteilt werden sollten, das von den Parlamentariern ihrer eigenen Partei mit beschloffen worden ist.

Die anständige Presse hat das Strafgesetzbuch nicht zu fürchten, sagen mit biedermännischem Augenaufschlag die geschlechts- und charakterlosen Papiere, die ihre jeweilige Meinung aus den Amtsstuben der Minister und der Polizeidirektoren beziehen. Kein anständiger Mensch fällt auf den Schwindel hinein. Angeklagt und verurteilt wird in Deutschland nur die anständige Presse, die öffentliche Missetände zu rügen wagt, die ihre Pflicht als öffentliches Bewußtsein zu erfüllen sucht. Die unanständige Presse, die Sumpfgewächse, die den Hurratriotismus durch pikanten Dreck schmachtet zu machen suchen, Blätter, die, wie die „Wahrheit“, die öffentliche Ausschlagung von Familienstandalosa, von Ereignissen des Privatlebens ohne jedes öffentliche Interesse zum Geschäft machen, solche Blätter werden nicht angeklagt, und passiert es ihnen doch einmal, so verlassen ihre Leiter mit einem Aktstift über ihre moralische Unversehrtheit den Gerichtssaal! Nicht gegen die schmutzigen Standal- und Klatschspekulanten richtet sich die Lex Wagner, sondern gegen die ehrenhaften Männer, die ernsthaft soziale Kritik üben.

Man vertweise uns nicht auf England, wo es hohe Beleidigungsstrafen gibt. Wenn wir englische Rechtspredung hätten, wäre die Gefahr der Lex Wagner nicht entfernt so groß wie bei der engherzigen Rechtspraxis, die in Deutschland herrscht! In England wird nicht wegen jeder Lappalie Straf- antrag gestellt, wird nicht jede Anklage eines Nachwächters als höchst strafbare Beleidigung angesehen. In England besteht wirklich Freiheit der Schrift und der Rede, soweit das im kapitalistischen Staat überhaupt möglich ist. Man gebe uns beides, dann kann die Lex Wagner nicht mehr viel schaden.

In Händen deutscher, preussischer Richter aber ist sie eine Guillotine für die freie Presse und die freie Rede. Mögen die bürgerlichen Parteien alleamt, die links von den Herren Deutschlands, von den Junkern, sitzen, wohl bedenken, daß ihre eigenen Leute, ihre eigenen Blätter vor diesem Messer nicht sicher sind. Die Sozialdemokratie hat das Sozialistengesetz überwunden und würde auch die schweren Opfer zu verwenden wissen, die sie die Lex Wagner kosten würde. Für die bürgerlichen Parteien aber könnte die Anwendung dieses Gesetzes den völligen Verlust ihrer Presse, oder doch die Kasiration ihrer Presse bedeuten! Daß sie ein Verbrechen am deutschen Volke begehen, wenn sie ihm die Waffe der Kritik nehmen, ein Verbrechen wider die Kultur, indem sie die Fenster des deutschen Hauses vor jedem frischen Luftzug verschließen, das wird manchen der Herren im bürgerlichen Lager, insbesondere denen vom Zentrum nicht viel ausmachen. Ob sie aber alle mitmachen, wenn sie erkennen, daß sie sich selbst die Finger verbrennen können?

Im Interesse des deutschen Volkes wollen wir wünschen, daß die fehlende Einsicht bis zur dritten Lesung kommt. Auch im Interesse unserer Partei, das verhehlen wir nicht, kommt's aber anders, so wird die Sozialdemokratie, das mögen unsere Feinde sich sagen lassen, auch unter der Lex Wagner zu kämpfen und zu siegen wissen!

## Schutzmanns-Solidarität und Schutzmanns-Glaubwürdigkeit.

„Ein Berliner Schutzmännchen wird einen Berliner Kollegen nicht hereinreißen, deshalb kam man in seiner Gesellschaft schon einen Arrestanten verprügeln“ — das war der Sinn der Aussage eines Schutzmännchens, der in der Freitagssitzung gegen den Angeklagten Trau als Zeuge auftrat. Auf die Frage des Verteidigers an den Schutzmännchen Trau, ob er den Angeklagten nach der Verhaftung mißhandelt habe, erfolgte prompt die Verneinung. Aber der Zeuge empfand das Bedürfnis, seine Angabe noch besonders glaubhaft zu machen, die Beschuldigung, die der Angeklagte gegen ihn erhob, gründlich zu widerlegen. Und so fügte er denn hinzu: „Der andere Schutzmännchen, der bei mir war, war ja ein Charlottenburger, deshalb...“ Der Vorsitzende winkte ab, aber auf das Ersuchen des Verteidigers, den Zeugen doch abzureden zu lassen, wurde der Satz also vollendet: „... deshalb konnte ich doch nicht wissen, ob der Charlottenburger Kollege dasselbe auszusagen würde wie ich.“ Der Verteidiger zog den naheliegenden Schluss, den wir oben angeführt haben. Wertwürdigerweise verneinte der Vorsitzende darin eine Ungehörigkeit zu finden, doch fand er selbst bei Herrn Oberstaatsanwalt Preuß keine rechte Unterstützung, und das Gericht kam denn auch nicht zu einer Ordnungstrafe, sondern beschränkte sich auf eine Verwarnung, deren Verachtung und wohl der Öffentlichkeit überhaupt nicht einleuchtend will. Denn wenn der Verteidiger das Fragerecht hat, so muß er auch Folgerungen aus den Antworten des Zeugen als Frage stellen können. Jedenfalls wäre, wenn es nicht der Verteidiger getan hätte, der Schluss aus der Aussage des Schutzmännchens von der öffentlichen Meinung gezogen worden. Denn er ist gar nicht zu umgehen, er drängt sich zwingend auf. Und aus dieser Folgerung ergibt sich die andere, daß es mit der Glaubwürdigkeit der Schutzmännchenzeugen nicht immer zum Besten bestellt ist. Besonders, wenn sie Ausschreitungen gegen Verhaftete verneinen. Was freilich nicht neu ist. Aber wesentlich ist doch, daß diese Erfahrung durch Schutzmännchen selbst bestätigt wird.

In der Nachmittagsitzung wurde noch ein Beitrag zu diesem Thema geliefert. Drei Kriminalbeamte als Zeugen gegen den Angeklagten Josta. Der erhob die Beschuldigung, daß er auf dem Wege zum Kohlenhofe von einem der Beamten und auf dem Kohlenhofe unter den Augen der drei Beamten von den Streikenden mißhandelt worden ist. Keiner der Kriminalschutzleute hat ihn geschlagen, keiner hat gesehen, daß ihn ein anderer, ein Beamter oder ein Streikbrecher, geschlagen hat. Das ist der übliche Verlauf solcher Erörterungen. Aber hier gab es noch einige bemerkenswerte Begleitumstände. Der Kriminalschutzmann Debat entwickelte einen mächtigen Eifer in der Zurückweisung der Beschuldigung. Er versichert zunächst, daß er gar nicht schlagen konnte, nimmt einen Anlauf, um zu beweisen, daß es physisch unmöglich war, meint dann, als der Verteidiger darauf hinweist, daß er doch bei der Festnahme des Angeklagten nach eigener Angabe eine Hand freibehielt, es habe kein Grund vorgelegen, den Verhafteten zu schlagen, da er ja ganz artig, ohne jedes Widerstreben mitgegangen sei. Auf eine Frage versichert er: „Ich habe keinen Stoß gehabt.“ Später greift der Verteidiger darauf zurück, fragt eindringlich, ob diese Angabe aufrecht erhalten werden soll, und da sagt der Zeuge: „Einen Stoß... ja, einen Stoß... den habe ich gehabt; aber ich habe nicht damit geschlagen.“ Zugegeben wird von den Beamten, daß ihr Arrestant auf dem Kohlenhof von Streikbrechern bedrängt worden sei, zwei meinen, er sei aber nicht geschlagen worden, sie hätten es wenigstens nicht gesehen, der Dritte erklärt: „Es war nicht zu verhindern, daß er einen Schlag erhalten hat“, während der Angeklagte behauptet, daß er geschlagen worden sei, bis die Beamten sagten: „Nun hat er genug“. Jedenfalls ist durch die Zugeständnisse der Beamten erwiesen, daß die Streikbrecher die Verhafteten gewohnheitsmäßig anfielen. Aber nichts ist offenbar geschehen, um dem ein Ende zu machen.

## Das Moabiter Urteil im Spiegel der Presse.

Im Anschluß an den gestrigen Leitartikel über die Polizei im Moabiter Gerichtsurteil veröffentlichten wir eine Reihe Preßstimmen größerer Berliner Blätter. Zur Ergänzung lassen wir diesen im Nachfolgenden einige Auszüge aus den Urteilen hervorragender Blätter anderer Großstädte des Reichs folgen:

„Hamburger Nachrichten“:

Man darf wohl annehmen, daß in der Öffentlichkeit zwei Eindrücke überwiegen werden: einmal, daß die Angeklagten im großen und ganzen recht milde behandelt worden sind, und ferner, daß, im Zusammenhang mit diesem Ergebnis, die Polizeiorgane nicht gerade gut dabei wegkommen. Daß diese Eindrücke aller Voraussicht nach in der öffentlichen Meinung die Situation beherrschen werden, ist eine Folge des Verfahrens der Verteidigung, die von ihrem Standpunkt aus große Geschicklichkeit bewiesen hat, und

Welter ein wahrhaftiges Ergebnis des ganzen Gerichtsverfahrens selbst.

Es ging über die Aufgabe des Gerichts hinaus, eine Sühne für die Verletzung der Staatsautorität zu schaffen, wie sie sich in dem Gesamtbilde der Moabitischen Vorverurteilung darstellt. Der Richter konnte eben nur entscheidend, jenen Schuldanteil an den vorgekommenen Ungeheuerlichkeiten die einzelnen ihm vorgeführten Angeklagten hatten. Darüber hinaus sagt das Urteil gar nichts und kann auch nichts sagen.

Das war natürlich auch der Verteidigung klar, die innerhalb des Rahmens, den die Strafprozessordnung für die Rechte des Verteidigers, dessen Mittel genug sind, um erstens den Prozeß mit Hilfe der Schwierigkeiten der Tatsachenermittlung in die Länge zu ziehen und dadurch die öffentliche Meinung zu ermüden, sowie von den den Ausgangspunkt beherrschenden Stimmungen abzulenken.

Wenn wir aber bei der Betrachtung des Prozesses zu zwei Ergebnissen gelangen, nämlich erstens, daß Gerichtsverhandlungen dieser Art überhaupt nicht geeignet sind, die aus schlechtem Verhalten der Behörden entspringenden Schädigungen der Staatsautorität zu sühnen, und zweitens, daß ein Verhalten, wie es der Polizei durch die Behörden anbefohlen worden war, zuletzt notwendig auch zu Mißgriffen und Ausschreitungen dieser Polizeiebene selbst führen muß, so ergibt sich die Lehre aus diesem Prozeß von selbst. Die Lehre besteht darin, daß man es gar nicht erst so weit kommen läßt, daß diese bösen Folgen eintreten können. Energetische, schnelle Verhinderung der leicht voranzuschreitenden Ausschreitungen durch scharfes, ernstes Vorgehen in den Anfängen, geschickte schnelle Anordnungen bei beginnenden Menschenansammlungen, um Unbeteiligte fernzuhalten und zwischen geratenden Unschuldigen das Herauskommen zu ermöglichen, umsichtigeres Handeln nach den Auswiegern in den Anfangsstadien der Krawalle, kein langes Jögern, wenn es gilt, ernstlichen Widerlichkeiten rückwärts zu begegnen. — das wird mehr nützen als das scheinbar menschlichere, in Wirklichkeit zu viel trauerliche Folgen führende Warten und Vermeiden der äußersten Notwendigkeit — mit den schließlichen Akkorden einer durch Gewalt und Entbehrungen auf das äußerste gereizten, halb erschöpften Schutzmannschaft auf eine zu drei Vierteln unschuldige Menge und die vielen, die beim besten Willen nicht mehr aus dem Knäuel herauskönnen.

„Frankfurter Zeitung“:

Wenn aber auf Grund des anfänglichen Nachhaltens der Polizei in einem großen Teil der Öffentlichkeit der Glaube entstanden war, daß die Polizei sich bei den ganzen Krawallen im allgemeinen musterhaft benommen habe, so hat die Beweisaufnahme des Moabitischen Prozesses diesen Glauben grausam zerstört. Selbst die Urteilsbegründung spricht es bei aller Vorsicht in der kritischen Beurteilung der Polizei doch aus, daß Mißgriffe und Mißhandlungen der Polizei vorgekommen seien, und zwar — das ist das Wichtigste — nicht nur vereinzelt, sondern in einer größeren Zahl von Fällen. Mit dieser Feststellung ist nicht nur die ursprüngliche Auffassung der Anklagebehörde, sondern auch die Stellungnahme des Reichsanwalters zu den Moabitischen Krawallen gründlich desavouiert. Herr v. Bethmann Hollweg hatte der Polizei feierlich ihr Wohlverhalten bezeugt, und er hatte eine „moralische Mitschuld“ der Sozialdemokratie konstatieren wollen, die die Aufmerksamkeit der Polizei weg auf die Parteipolitik lenken sollte. Das Moabitische Urteil hat mit seinen Feststellungen über die nicht nur moralische, sondern tatsächliche Mitschuld der Polizei diesem Bemühen die letzte Handhabe genommen. Es ist deshalb nicht unberechtigt, wenn der „Vorwärts“ in dem Ausgang des Moabitischen Prozesses eine Niederlage der Polizei und der Regierung sieht.

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

Die Strafkammer sollte für das Schwurgericht gewissermaßen das Vorbild bilden, ihm ein gesichtetes und geprüftes Material bieten. Diese Absicht allein gewährt eine Erklärung dafür, daß der Staatsanwalt diese Massenanklagen zusammengefaßt hat zu diesem Massenprozeß. Ob dieser Plan durch den Prozeß gerechtfertigt worden ist, das ist freilich eine andere Frage. Je weiter die Verhandlungen ins Land gingen, desto mehr verlor sich das Bild, so daß man gar nicht mehr deutlich sah, wer eigentlich auf der Anklagebank saß. Die Annahme der Anklagebehörde, daß eine planmäßige Leitung in jener Moabitischen Septemberwoche vorgelegen habe, ist von der sozialdemokratischen Verteidigung dazu ausgenutzt worden, eine planmäßige Leitung durch die sozialdemokratische Partei und ihre Gewerkschaften anzunehmen und hiergegen ihre Beweisführung zu richten, dazu aber auf die Anklagebank immer mehr die sozialistische Einrichtung der Polizei zu setzen und so den kriminellen Prozeß zu einem politischen umzuwandeln. Diese Folgen hätte die Anklagebehörde bedenken müssen, als sie den Massen- und Dauerprozeß einleitete. So aber ist unser Volk monatelang durch die unnötig wichtig gemachten Strafverfahren aufgeregt, die Angeklagten noch dazu noch länger und wie die wiederholten nachträglichen Haftentlassungen lehren mußten, nicht überzeugend notwendiger Untersuchungshaft genadelt zu Märtyrern, zu politischen Märtyrern gestempelt worden.

„Magdeburgerische Zeitung“:

Im Laufe des Prozesses hat sich teils durch die Tatsachen selbst, teils durch die Geschäftlichkeit der Verteidiger mehrfach eine Verschiebung des Gesamtbildes vollzogen. Für die allgemeine Beurteilung kamen Tage vor, in denen nicht die Angeklagten, sondern vielmehr die Polizei auf der Anklagebank zu sitzen schienen. Und unsere öffentliche Meinung, schnell fertig mit den Worten und leicht bestimmbar in Günst und Unst, mochte vielfach aus sämtlichen Angeklagten unschuldige Märtyrer. So gingen die Wogen hin und her. Einen dramatischen Höhepunkt erreichte der Prozeß durch die wiederholte Erklärung des Kanzlers im Reichstage, daß er die Sozialdemokratie für diesen Prozeß politisch verantwortlich mache. Seitenherschäftlich haben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten dagegen gewehrt; und das heftigste Bemühen der sozialdemokratischen Verteidiger ging dahin, unter allen Umständen festzustellen, daß die Krawalle keinen politischen Charakter gehabt haben und daß sie keineswegs von der Sozialdemokratie veranlaßt worden seien.

Wir halten es für belanglos, ob formell der Beweis glückt oder nicht. Wir wollen sogar unterstellen, daß die Sozialdemokratie weder die Krawalle instigiert noch nach ihrem Ausbruch unterstützt hat. Und doch behaupten wir, daß der Reichsanwalt mit seinem Ausspruch im Recht gewesen ist, und glauben, daß alle Unbefangenen in dieser Anschauung geschlossen hinter dem Reichsanwalt stehen.

„Kölnische Zeitung“:

Wenn auf manchen Seiten die Erwartung gehegt wurde, daß ein Zusammenhang zwischen den Unruhen und leuchtenden Stellen der Sozialdemokratie nachgewiesen werden würde, so ist das nicht in Erfüllung gegangen. Der Staatsanwalt selbst hat in seiner Schlussrede anerkannt, daß eine solche Verbindung nicht erwiesen worden ist, und man kann es unter diesen Umständen nur bedauern, daß vor Beginn des Prozesses vielfach auf die Wahrscheinlichkeit einer solchen Beweisführung hingewiesen wurde. Juristisch, und wir können auch wohl sagen, nach dem Urteil der öffentlichen Meinung, ist die Sozialdemokratie von dieser Verurteilung freigesprochen worden, doch ändert das nicht das Geringste daran, daß wir unsere Ansicht von einem psychologischen Zusammenhang aufrecht halten, der die Moabitischen Unruhen und die verheerende Tätigkeit der Sozialdemokratie miteinander verbindet. Auf dem Untergrunde dieser Verheerung sind die Widerstandsgedanken der Menge entstanden und gewachsen, und dieser Zusammenhang allein erklärt es auch, daß die sozialdemokratische Presse ununterbrochen und leidenschaftlich für die Aufseherer und gegen diejenigen Organe, die für Herstellung der Ruhe zu sorgen

hatten, Partei ergriff. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die Sozialdemokratie den Ausgang des Prozesses als einen großen Erfolg ansprechen und mit allen Mitteln der Klammere verstanden wird. Aber gerade dem gegenüber ist es doppelt nötig, die Dinge auf ihren realen Grund zurückzuführen.

Erleichtert wird der Sozialdemokratie ihr Vorgehen durch die zum Teil recht anfälligen Feststellungen, die der Prozeß gegen das Vorgehen von Schulheuten erbracht hat, und die doch zu häufig ausstrahlen, als daß man sie lediglich als Einzelerfahrungen ansehen könnte.

Kun hat freilich das Bild nicht nur einige Rale, sondern leider recht häufig eine sehr unangenehme Färbung angenommen. Bei diesen Schulheuten scheint der „Blauvaller“, mit dem sie verfolgt wurden, rückwirkend eine ähnliche Erscheinung hervorgerufen zu haben. Der „Blauvaller“ ist der sinnlose Haß des Völkels gegen die Polizei, und unter seiner Wirkung scheint sich der Polizei nur zu oft eine ebenso sinnlose Verfeinerung gegen alle demütigt zu haben, die ihnen in den Weg ließen. In einwandfreier Weise ist nachgewiesen worden, daß Leute, die tatsächlich harmlos ihres Weges gingen, aufs nachdrücklichste verprügelt oder sogar mit Säbelhieben mißhandelt wurden. Wie gesagt, man kann nicht verlangen, daß im Handgemenge keine Unterschiede gemacht werden, aber in den meisten dieser Fälle handelte es sich nicht um Massenlämpfe, sondern um das brutale Vorgehen gegen einzelne Leute. Hier steht ein Verschulden der Polizei ein, das nicht nur die einzelnen Schulheute trifft, sondern das auch von einer mangelhaften Aufsicht und Beeinflussung durch die Vorgesetzten zeugt. Wir sind bereit, den Schulheuten und ihren Offizieren alle mildernden und entschuldigenden Umstände zu bewilligen, aber vieles, was geschehen ist, durfte nicht vorkommen, und manches hätte auch vermieden werden können. Es ist von „Eingelassenen“ gesprochen worden, und gerade dieses sehr charakteristische Wort zeigt uns, wo die Verschuldung der Polizei zu suchen ist.

„Münchener Neueste Nachrichten“:

Überblickt man noch einmal die Geschichte dieses unglücklichen Prozesses, so erinnert man sich zunächst daran, wie die Staatsanwaltschaft den freilich hinterdrein nach völliger Mißlingen abgelegneten Versuch gemacht hat, aus dem Prozeß Waffen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu gewinnen, man erinnert sich, mit welchem Jubel die rechts stehende Presse auf das scheinbar so ergiebige Thema sich gestürzt hatte, und man denkt mit Unbehagen daran, daß selbst der erste Beamte des Reichs sich nicht geschert hatte, zweimal sein Urteil über das, was die Richter in diesem Prozeß erst finden sollten, der Vollvertretung mit der ganzen Autorität des von den Erinnerungen einer großen Zeit noch umflossenen Reichsanwalters vorweg zu sagen.

Man denkt ferner an die blöde Unfluge und behaverliche Maßnahme der Deforierung der bei der Unterdrückung der Unruhen beteiligten Polizeibeamten fast unmittelbar vor dem Spruch des Gerichtes.

Weiter ist der ganze Verlauf des Prozesses eine eindringliche Lehre für die Regierung, künftig in solchen Prozessen aufs peinlichste nicht nur den Versuch, sondern auch schon den Anschein eines Versuches einer Beeinflussung der Stimmung der Richter zu vermeiden, weil der Schaden, der durch solche Versuche angerichtet werden kann, unendlich größer und nachhaltiger ist, als der Nutzen, der im besten Fall herauspringt.

Die „Arenzzeitung“:

die bis heute mittag noch immer dermaßen unter dem Eindruck des Moabitischen Urteils litt, daß sie kein Wort über dieses Urteil zu sagen wußte, hat endlich ihre allbekannte junferliche Unberührtheit wiedergefunden. Sie schreibt:

Was aber gesagt werden kann und gesagt werden muß, ist dieses: Mag es auch gelungen sein, in einer Mehrzahl von Fällen polizeiliche Mißgriffe festzustellen, so ist darum doch auf die Polizei selbst und auf die in Moabit schwer geprüften Beamten kein Rale gefallen. Solche „Mißgriffe“ kommen bei Krawallen überall — auch in dem gepriesenen England (Kohlenstreik in Südwesten!) und in Frankreich (Eisenbahnerstreik!) — vor. Nachgewiesen ist dagegen, daß an dem sozialdemokratischen „Rolle“ — gerade kein wahres Wort ist und daß die Moabitischen Strafverfahren die Folgen von dem Kupferischen Kohlenarbeiterstreik und von der Einmischung der Gewerkschaften (organisierten) Arbeiter gewesen sind. Und nach unserer Überzeugung ist die Hauptleuchte des Prozesses selbst die scharfe und dringliche Mahnung an die Polizeibehörde und auch an die Regierung, mit dem System des Laufens und der abwartenden Behandlung von Krawallen in deren Anfängen bedingungslos zu brechen. Wäre sofort in Moabit mit aller Strenge des Gesetzes gegen Leute, die der Polizei böhnisch und provozierend entgegengetreten, vorgegangen worden, da noret es zu dem Massenstande und damit auch zu dem Prozeß jedenfalls nicht gekommen.

Eine Debatte über auswärtige Politik.

Seit der Potsdamer Zusammenkunft zwischen Wilhelm II. und dem Zaren beschäftigt sich die Presse mit Vermutungen über die Abmachungen, die zwischen Deutschland und Rußland getroffen worden sind. Man weiß aus den Erklärungen Bethmann Hollwegs im Reichstage, daß ein solches Sonderabkommen existiert, wenn vielleicht auch die schriftliche Formulierung noch nicht endgültig erfolgt ist. Die Vereinbarungen sind einmal allgemeiner Natur und gehen, wie Herr v. Bethmann Hollweg sagte, dahin, daß „keine der beiden Mächte sich in eine Kombination mit aggressiver Spitze gegen den anderen Teil einlassen wird.“ Sodann existieren noch besondere Abmachungen über Persien. Deutschland verzichtet auf jeden Widerspruch gegen das aggressive Vorgehen Rußlands gegen Persien und läßt ihm bei seinem Vordringen freie Hand. Dagegen verzichtet Rußland auf seinen Widerstand gegen die Fertigstellung der Bagdadbahn und verpflichtet sich, sobald es in Nordpersien Bahnen baut, gleichzeitig durch ein Verbindungsstück nach Ahanfin an der türkisch-persischen Grenze den Anschluß an die Bagdadbahn zu ermöglichen. Dagegen erklärt Deutschland, daß es keinerlei politische Interessen in Persien hat, es erkennt die besonderen politischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen Rußlands in Nordpersien an und verpflichtet sich, dort keinerlei Eisenbahn- oder andere Konzessionen zu suchen. Dafür will Rußland dem deutschen Handel in jener Gegend völlig gleiche Behandlung widerfahren lassen.

In der europäischen Presse wurde nun in letzter Zeit über die Bedeutung dieser Abmachungen viel hin und her gestritten. Englische, französische und russische Blätter behaupteten, daß Rußlands Annäherung an Deutschland die Triple-Entente und das russisch-französische Bündnis schwäche, während deutsche offizielle und chauvinistische Blätter diese Abmachungen als einen Triumph der deutschen auswärtigen Politik hinstellen suchten. Unter diesen Umständen gewinnt die Rede des französischen Ministers für auswärtige Politik erhöhtes Interesse. Wir geben daher in folgendem einige Hauptstellen der Ausführungen Bichon's. Zu den

Ausführungen über die allgemeine Politik erklärte der Minister:

Wir brauchen weder aus einer der Grundgebungen in ausländischen Parlamenten oder in der Presse noch aus einer der Monarchen oder Ministerbegegnungen unangenehme Folgerungen für unsere Politik oder für das System unserer Bündnisse oder Freundschaften zu ziehen. Mit der italienischen Regierung bestehen Einverständnisse und Verbindungen, welche auf der gegenseitigen Anerkennung der Interessen und Rechte beider Länder beruhen und welche ohne die Beiträge zu berühren, die beide Teile mit anderen Mächten abschließen konnten, jeder der beiden Mächte gestatten, bei der anderen auf den gleichen Willen zu rechnen, friedlich zu bleiben, und auf die Absicht, im freundschaftlichen Sinne alle zwischen den beiden Regierungen möglicherweise auftauchenden Fragen zu regeln. Diese Freundschaft ist durch keine Wolke getrübt worden, keine Veränderung weder im Prinzip noch in den Tatsachen ist in dieser Entente vorgekommen, die wir so glücklich geschaffen haben und die seit sechs Jahren so häufig Gelegenheit gehabt hat, in Erscheinung zu treten.

Unsere Entente mit England war niemals enger, niemals vollständiger als heute, es gibt keine Frage, welche die Politik oder die Interessen der beiden Regierungen angeht, über die sie sich nicht besprechen und ins Einvernehmen setzen zum Zweck eines gemeinsamen Vorgehens oder Einwirkens. Die beiden Länder, deren Beziehungen immer vertiefter und enger werden, lassen ihre Entente nur dazu dienen, in allen Schwierigkeiten friedliche Lösungen herbeizuführen.

Oesterreich-Ungarn ist, was die äußere Politik anbelangt, ein Element der Beharrung des Gleichgewichts und der Stabilität. Seine Interessen stehen nicht im Gegensatz zu den unseren. Es bildet wie Italien einen Teil eines anderen Bundesystems, als das, zu dem wir gehören, aber es gibt keinen Gegensatz des Zweites zwischen ihm und uns, und wir haben keinen Grund, Oesterreich-Ungarns Gegner zu sein.

Ueber die Beziehungen zu Rußland bemerkte der Minister: Man würde völlig ins Gebiet der Legende geraten, wenn man auch nur einen Augenblick glauben wollte, daß in irgend einem Punkte etwas vorgekommen sei, wodurch der Charakter und die Ziele unseres Bündnisses mit der russischen Regierung und dem russischen Volke geändert werden könnten. Das Bündnis ist so lebendig und so jugendfrisch, wie je. Nichts hat sich geändert, weder in seiner Richtung noch in seinem Gegenstand. Es hat nie den Gedanken eines Angriffs auf irgend jemand in sich geschlossen. Es strebt für Frankreich wie für Rußland die Macht und das Ansehen, die ihnen die Entente und Freundschaften verleihen, die ihnen häufig gestatten, gemeinsam und umfassender und wirksamer vorzugehen, was aber immer nur im Interesse des Friedens geschieht. Man muß genau beachten, was aus den Erklärungen selbst hervorgeht, deren Text hier und da als Grundlage der Behauptung oder Vermutung hat dienen müssen, daß etwas Neues geblieben sei, was das allgemeine System der europäischen Bündnisse und Ententes beeinflussen könnte. Die Angaben dafür hat man in der letzten Rede des Reichsanwalters v. Bethmann Hollweg in den Reichstage finden wollen.

Es hatte mir indessen bei der aufmerksamen Lektüre dieser wichtigen Rede geschienen, daß Herr v. Bethmann Hollweg bei seiner Besprechung der Potsdamer Begegnungen sorgfältig bemüht gewesen ist, die öffentliche Meinung vor denjenigen zu warnen, die sich hätten versucht sehen können, sich eine falsche Vorstellung von ihrem Charakter zu machen. Er hat wörtlich gesagt: „Als Resultat der Entente möchte ich bezeichnen, daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte.“ Worin ist diese Versicherung den Empfindungen entgegengekehrt, die uns besetzen, und dem Gedanken, der das französisch-russische Bündnis eingegeben hat? Degen wir gegen irgend jemand, wer es auch sein mag, Angriffsgedanken? Ist nicht gerade das Gegenteil der Fall? Bichon erinnerte sodann an die Worte des Reichsanwalters über das Interesse Deutschlands und Rußlands an der Aufrechterhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel und fuhr fort: Der Status quo im Orient ist auch die Grundlage der französischen Politik im Orient. Die Aufrechterhaltung des Status quo ist ein ständiges Ziel und ein traditioneller Grundsatz unserer Diplomatie. Die Verkündung des Ententes seitens der deutschen Regierung, so feiner Politik die Hand zu bieten, die auf einen Bruch dieses Status quo hinarbeiten würde, ist ein Akt, dem wir nur Beifall zollen können und zu dem sich alle Anhänger des Friedens beglückwünschen müssen. (Beifall.) Wie sollten wir es jetzt bedauern, daß im Verlauf der Unterredungen, von denen Herr v. Bethmann Hollweg gesprochen hat, die Vertreter Deutschlands und Rußlands sich über ihre Interessen in Persien und über die Beziehungen ausgesprochen haben, die sie einander zur Entwidlung ihres Handels und zur Schaffung neuer Verkehrswege in diesem Lande gewähren wollten, die ihnen neue Absatzmöglichkeiten bieten sollen. Wir können es um so weniger, als damit ein weiterer Grund möglicher Wirren und Schwierigkeiten verschwindet, und als die Punkte, über welche die Regierungen ihre Ansichten ausgetauscht haben, uns nicht aufregen können. Wir können das mit aller Sicherheit sagen, da wir über den Hergang genau informiert sind. Wie können wir bedauern, daß Rußland, welches mit England über die persischen Angelegenheiten bereits ein Abkommen getroffen hat, sich auch mit Deutschland über diesen Gegenstand verständigt, da wir so selbst unter nicht unähnlichen Umständen mit Bezug auf Marokko dasselbe getan haben, und es vielleicht morgen über andere Punkte wieder tun könnten, wenn unsere gegenseitigen internationalen Beziehungen oder unsere Bedürfnisse und dahin führen würden? Der Vergleich zwischen unserem Marokkoabkommen mit Deutschland und zwischen den deutsch-russischen Unterhandlungen über Persien und die türkisch-persischen Eisenbahnen liegt nahe. Die Grundsätze, nach denen Rußland gehandelt hat, sind dieselben, von denen wir bewegt waren, und die Empfindungen, mit denen wir im gegebenen Augenblick das Ergebnis der Unterhandlungen, die zwischen den beiden Mächten geschlossen werden, aufnehmen werden, dürfen nicht von denen verschieden sein, mit welchen die russische Regierung das Ergebnis der französisch-deutschen Unterhandlungen im Jahre 1900 aufgenommen hat.

Hier schließt sich die Frage an, die Faure's in Sachen der Bagdadbahn gestellt hat. Was wir wissen, sagte der Minister, und was ich berechtigt bin zu sagen, ist, daß in den ersten Worten, die in Potsdam ausgetauscht wurden, festgestellt worden ist, daß die Bündnistene die Grundlage der russischen und der deutschen Politik bleibe. Diese doppelte Befestigung hat die Tragweite der folgenden Unterredungen in der genauesten Weise begrenzt. Es handelte sich darum, dem mehr wirtschaftlichen als politischen Wettbewerb ein Ende zu machen, dessen Wüthung dem Frieden Europas nur nutzen kann. Nach wie vor machen Frankreich und Rußland ihr Bündnis zu einer der bleibenden und unveränderlichen Grundlagen ihrer Politik, und das Bündnis behält seinen Charakter, den es bisher niemals aufgegeben hat. (Beifall.)

Soweit Bichon. Mit Recht bemerkt die „Humanität“ zu diesen Ausführungen:

„Nebstall haben wir Verbündete oder Freunde, oder Bekannte von Verbündeten, oder doch Keinen unserer Freunde. Alles in der Welt ist Friede, Harmonie, Wohlwollen. Nur gibt es keine Allianzen ohne Soldaten, wie es keine Rosen ohne Dornen gibt. Und da wir soviel Allianzen, Freundschaften und Rosen haben, müssen wir auch Millionen von Soldaten, Bajonetten und Dornen besitzen. O habe Unschuld!“

In der Tat: Alle Staaten sind in heißester Eintracht verbündet und alle wollen nichts als den Frieden. Und die Kriegs- und Marineminister aller dieser Staaten ziehen daraus die Konsequenz, mit immer neuen Forderungen die Völker heim-

zusuchen und die friebstehenden bürgerlichen Parlamentarier gehen immer bereitwilliger auf diese Forderungen ein. Jede neue Entente ist ein Argument für die Aufstellung neuer Bataillone oder den Bau neuer Dreadnoughts!

### Die Fortsetzung der Debatte.

Paris, 13. Januar. Die Deputiertenkammer schloß heute die Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußeren fort. Jaurès sagte, die Diplomatie habe bei Gelegenheit der Annexion von Tunis und der Herzogin eine zweifelhafte Rolle gespielt. Vor der Annexion hätten zwischen Krentschal und Jemoloff Verhandlungen stattgefunden, bei denen Jemoloff der Annexion zugestimmt habe gegen das Versprechen, am Status quo im Schwarzen Meer gewisse Modifikationen vorzunehmen. Erst nach der Annexion, als er diese Modifikationen nicht erlangt habe, habe Jemoloff dagegen protestiert. Neben erklärte, Rußland habe in Potsdam versprochen, seinen Einfluß bei Frankreich geltend zu machen, um den Bau der Bagdadbahn zu verhindern, während man andererseits überkommen sei, die anatolische Bahn nicht zu bauen. Frankreich darf in der Triplicente keine untergeordnete Rolle spielen. Sein Gesicht ist in das Geheimnis einer Verständigung zwischen Krentschal und Jemoloff hineingezogen worden, über die wir vorher nicht unterrichtet waren. Wenn wir auch vor vierzig Jahren besiegt worden sind, so hat man doch nicht das Recht, uns eine Politik der Besiegten aufzuzwingen! (Beifall.) Indem Frankreich dem englisch-russischen Vertrage zustimmte, der die Verstärkung Persiens einleitete, hat es einen neuen Fehler gegenüber der Welt des Islams begangen. England zahlt heute für den Fehler, den es beging, indem es zuließ, daß Rußland sich in Persien festsetze. In welchem Maße werde die Regierung an dieser doppelten im Interesse Rußlands und des Germanismus liegenden Bedrohung der Türkei und Persiens teilnehmen? Wachte sie, daß diese Fragen in Potsdam behandelt werden würden? (Beifall.) Wir haben gewußt, daß es sich um Persien und die persischen Bahnen handelte. In keinem Augenblick habe Rußland die Möglichkeit eines Bruches mit Deutschland ins Auge gefaßt. Trotz aller Konfliktquellen zwischen beiden Ländern habe es keinen Krieg zwischen Rußland und Deutschland gegeben. Es sei kindisch zu glauben, Rußland könnte Forderungen Frankreichs an Deutschland unterstehen. Das französisch-russische Bündnis komme darauf hinaus, die Geltendmachung dieser Forderungen unmöglich zu machen. Das sei eine Garantie des Friedens, aber es wäre vorzuziehen, daß eine direkte und legale Annäherung an Deutschland ins Werk gesetzt würde, die die Bedingung für den Weltfrieden sei. Frankreich solle seine Politik präzisieren, indem es bestätige, daß es seinen Bündnissen und Ententes nichts weiter sehe als eine Garantie des Friedens und daß es darauf beharre, durch die Diplomatie, und nicht mit den Waffen, die Erfüllung der Rechtsforderungen durchzuführen, die in Polen, Finnland, Island und Elbeh-Vorbringen gewaltsam bekämpft wurden.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung bekämpfte Jaurès die Politik des bewaffneten Friedens und sagte, ein Krieg, der zum Zwecke habe, Besitz zu erobern, werde scheitern. Der Sieger Preußen habe die Enteignungsgesetze scheitern lassen, durch die er Polen zu zähmen gedachte, und betreffend Elbeh-Vorbringen, so fügte Jaurès hinzu, will ich keine unklugen Worte gebrauchen; den ich weiß, sie würden dort als Widerhall der schärfsten Bläseerei und Unterdrückung haben. Man kann zwar zwei Waldbäume durch eine Mauer trennen, aber ihre Wurzeln werden sich wieder vereinigen. Die Elbflüsse und Vorbringer begnügen sich damit, in dem neuen Rahmen, in den sie gestellt sind, die Freiheit im Namen ihrer alten Traditionen zu fordern. Die Kraft der Ideen erhebt und allmählich bis zu dem Niveau, wo Versöhnungen möglich und Kriege folglich gegenstandslos und ohne Entschuldigung sein werden.

Die größte Gefahr für den Weltfrieden würde in einem Zusammenstoß Deutschlands mit England liegen. Aber dieser Zusammenstoß würde nur dann stattfinden, wenn eine der beiden Nationen kasse, Frankreich mitzugehen in der Art, daß es berufen würde. Schiedsrichter des Konflikts zu sein und eine Art Liga der Neutralen zu bilden. Jaurès ist am 10. Januar auf den Plan eines allgemeinen Schiedsgerichts und sagte: Frankreich muß seinerseits bezüglich dieses Planes die Initiative ergreifen, denn die Jahre schwinden dahin und die Erinnerungen können sich abtrümpfen. (Lebhafte Proteste von vielen Banken.) Auch den Elbeh-Vorbringern wird es viel leichter sein, ihre Forderungen in einer Atmosphäre des Friedens geltend zu machen. Jaurès schloß mit den Worten: Es ist an Frankreich, ein Führer der Welt zu sein in der friedlichen Beilegung von Konflikten. (Lebhafte Beifall auf der äußersten Linken.)

Hierauf wurde die Beratung über das Budget ausgesetzt. Die Kammer verhandelte dann Interpellationen über die Rolle, die der Arbeiterverband gespielt habe. Herr von Langen sprach über dieses Verbands, welcher den gewerkschaftlichen Boden verlassen habe, um Ausschände zu schüren und unpatriotische Bestimmung zu fördern. Hierauf wurde die Fortsetzung der Verhandlung über die Interpellation auf nächsten Freitag vertagt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar 1911.

### Vex Breithaupt.

Aus dem Reichstag, 13. Januar. In einer eingehenden Geschäftsordnungsdebatte wurde bei Beginn der Sitzung die Ueberumpelung des Reichstags mit dem Antrag Wagner der Erörterung unterzogen. Herbeigeführt wurde diese Auseinandersetzung durch einen sozialdemokratischen Antrag, der darauf abzielte, bei Verleumdungsprozessen dem Angeklagten die Wahrnehmung berechtigter Interessen in ausgiebiger Weise zu ermöglichen, während jetzt bekanntlich der Presse fast regelmäßig der Einwurf der Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht gestattet wird. Außerdem will der Antrag die Verweigerung der Aussagen von Beamten in Verleumdungsprozessen als Grund für Freisprechungsstatutieren.

Genosse Stadthagen verlangte die Zulassung dieses Antrages mit dem Hinweis auf die Art und Weise, wie am Tage vorher der Antrag Wagner ohne Begründung zur Annahme gebracht wurde. In der erregten Geschäftsordnungsdebatte, die sich an diesen Antrag knüpfte, wurde von sozialdemokratischen, aber auch von liberalen Abgeordneten das Verfahren Wagners gebührend gegeißelt. Bei der Abstimmung über die Zulassung des Antrages stimmten Rechte und Zentrum geschlossen dagegen, die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen ebenfalls dafür. Von den Nationalliberalen stimmte ein Teil dafür, ein anderer dagegen, ein dritter in hilfloser Unklarheit, erhob sich, um sich dann schleunigst wieder zu setzen.

Die sachliche Debatte drehte sich dann um die Umgestaltung des Art. 103 der Strafgesetznovelle, der als Vex Breithaupt gekennzeichnet werden kann. Es sollen dadurch Zuhälter und Prügelpädagogen vom Schlag Breithaupt, die Unmündige mißhandeln, einer schärferen Bestrafung ausgesetzt werden. Der Streit drehte sich um das Maß der Verschärfung und um die Begrenzung des Alters bei den Opfern jener mißhandelnden Schulsale. Die Sozialdemokraten,

aber auch Polen, Freisinnige und die Mehrheit des Zentrums wie einzelne Mitglieder anderer Parteien traten für die Heraushebung des Schulkalters auf 18 Jahre ein; die anderen wollten sich, was auch die Zustimmung der Regierung fand, mit einem Schulkalter von 16 Jahren begnügen. In der eingehenden Debatte kontrastierte Genosse Stadthagen sehr mißlichvoll die gestrige Strafverschärfung für Prüßler mit der von den nämlichen Antragstellern heute befristeten Milderung des Gesetzes zugunsten der Dreihaupt und Konferten. Bei der Abstimmung fand schließlich das Schulkalter von 18 Jahren die Mehrheit des Hauses.

Morgen geht die Beratung weiter.

### Das übliche Dementi.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt an der Spitze ihrer Sonnabend-Ausgabe:

„Ein Teil der Presse beschäftigt sich mit einem Artikel des „Neuen Jahrhunderts“ über angebliche Entwürfe des Reichskanzlers in Rom bei den Verhandlungen des Kardinals Fischer und der Abgeordneten Spahn und Pieper mit der Kurie über die Gewerkschaften in Deutschland. Soweit er die Haltung des Reichskanzlers und des preussischen Gesandten beim Vatikan betrifft, der Artikel jeglicher Grundlage.“

Je bestimmter ein Dementi des Kanzlerblattes klingt, um so berechtigter ist bekanntlich die Vermutung, daß Tatsächliches dahinter steckt.

### Eröffnung des württembergischen Landtages.

Der Landtag wurde, wie telegraphisch aus Stuttgart gemeldet wird, heute vormittag vom König mit einer Thronrede eröffnet, die die Befriedigung über die Ergebnisse des ersten Landtages ausdrückt und den ungestörten Fortgang der gedächlichen Entwicklung des Landes konstatiert.

Den neuen Landtag erwartet eine Fülle von Arbeit, vor allem die Feststellung des Haushaltsplans für die letzten zwei Finanzjahre. Die Thronrede stellt fest, daß die fortwährende Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse den Entwurf des Staatshaushaltsplans vorteilhaft beeinflusst hat. Die Thronrede kündigt dann eine Denkschrift an über die Vereinfachung der Staatsverwaltung, Gesetzentwürfe betreffend die Aufhebung des Geheimen Rats, die Einführung der Berufsvormundschaft zur Verklärung des Schutzes der Minderjährigen, die nachhaltige Förderung des Verkehrswesens, darunter bedeutende Summen für die Verbesserung und Erweiterung der vorhandenen Betriebsanstalten und zur Vermehrung der Eisenbahnfahrzeuge. Ausgearbeitet sind ferner noch Entwürfe zur gesetzlichen Regelung der Verwaltung der Staatsrenten und Ausgaben, sowie zur Kontrolle des Staatshaushalts.

Dem Landtag ist der neue Hauptfinanzetat von 1911/12 zugegangen. Der Staatsbedarf beträgt für 1911 108 570 136 M., für 1912 108 540 516 M. Die Einnahmen sind auf 105 424 143 M. bezw. 107 837 145 M. geschätzt. Es würde also ein Ueberschuß von 1 554 007 M. bezw. 1 297 329 M. entstehen, wenn nicht die Gehaltsaufbesserungen für Beamte, Geistliche und Lehrer Mittel im Gesamtbetrag von 8,1 bezw. 9,1 Millionen fordern würden. Davon entfallen 2,9 Millionen auf die Eisenbahnverwaltung. Diese können aus dem in Aussicht zu nehmenden höheren Betriebsüberschuß der Eisenbahn gedeckt werden. Dagegen müssen für den übrigen Mehrbedarf neue Einnahmen geschaffen werden, und zwar durch Zuschläge zu den Steuern und den Entzug einer einzuführenden Staatslotterie. Für Verrückung außerordentlicher Bedürfnisse der Verkehrsanstalten sind zwei neue Anleihen im Gesamtbetrag von 36 Millionen Mark aufzunehmen, so daß die Staatsschuld insgesamt rund 656 000 000 M. beträgt.

Der Finanzminister betont ausdrücklich, daß angesichts der hohen Anforderungen, die die unumgänglich notwendige Gehaltsaufbesserung an die Steuerkraft des Landes stellt, weitere neue Anforderungen an die Staatskasse zurückzuweisen sind. Die Maßnahmen zur Vereinfachung der Staatsverwaltung werden nur allmählich wirken, und so bedarf es, um dem Staatshaushalt die erforderliche feste Grundlage zu sichern, der äußersten Sparsamkeit in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes, sowie der wirtschaftlichsten Ausnutzung und der Zusammenhaltung der bestehenden Einnahmemequale.

Laut „Staatsanzeiger“ werden die außerordentlichen Bedürfnisse der Verwaltung der württembergischen Verkehrsanstalten im neuen Etat auf 40 500 000 M. veranschlagt.

### Wo bleibt die Konsequenz?

Für die Prügelstrafe begeistert sich wieder einmal die „Deutsche Tagesztg.“. Sie schreibt:

„In Coswig bei Dresden hat ein 17-jähriger Fortbildungsschüler dem Nachschichtmann, der 62 Jahre alt und 23 Jahre im Dienste der Gemeinde war, durch einen heftigen Fußtritt in den Unterleib eine derartige Verletzung beigebracht, daß der Beamte nach wenigen Stunden unter furchtbaren Schmerzen starb. Der Beamte war beauftragt worden, den Fortbildungsschüler in eine Zelle abzuführen, da er wegen unverschämten Betragens zu mehrstündiger Arreststrafe verurteilt worden war. Was geschieht nun dem Verurteilten? Er wird allerhöchstens zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt und während dieser Zeit auf Staatskosten ausreichend versorgt. Ist die Gefängnisstrafe für einen solchen Verurteilten wirklich eine genügende, entsprechende und zweckmäßige Sühne und Strafe? Diese Frage immer und immer wieder zu wiederholen, werden wir nicht müde werden. Eine solche Tat heisst gebieterisch eine andere, angemessenere Sühne. Hier ist nur wiederholte, nachdrückliche, empfindliche Erregung körperlichen Schmerzes am Platze.“

Wäre es nicht viel begründeter, wenn das Agrarierblatt die Prügelstrafe für Unteroffiziere empfehlen würde, die ihre wehrlosen Opfer mit Fuhrstrichen regulieren oder sonst dergleichen mißhandeln? Oder für Schulze, die Wehrlose brutal mißhandeln? Solche Missethäter, die obendrein ihres Alters wegen ein ungleich größeres Maß sittlicher Selbstbeherrschung besitzen sollten, erhalten häufig nicht einmal ein paar Jahre Gefängnis!

Wie leicht macht sich das Junkerblatt an die Ausarbeitung eines Prügeltarifs für Robettverbrecher, bei dem auch uniformierte Erzedenten nicht vergessen werden!

### Gewisslosigkeit.

In Rostock bei Glogau wurde der Besitzer eines großen Gutes zur Anzeige gebracht, der seit dem 15. November 1910 Miß von solchen Krühen, die an Fluß- und Alauenleuse erkrankt waren, an Glogauer Hotels, Privote und Krankenhäuser geteilt hatte. Eine Reihe von Kindern erkrankte nach dem Genuss dieser Milch. Das Vorhandensein der Seuche wurde erst am 5. Januar durch einen Stallknecht des gemeingefährlichen Agrariers verraten, nachdem er von seinem Herrn Schweigegelder in der Höhe von 8-5 Mark erhalten hatte. Dadurch, daß der Aufstellungsherd nicht bekannt war, ist fast der ganze Ort verunreinigt worden.

### Die Sehnsucht der Nationalliberalen nach dem Bülow-Block.

Ist nicht nach, jüngst hat, wie die „Alltägliche Zeitung“ berichtet, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Heinze aus Dresden im Wahlkreis Altona-17erlobn geredet. Der Herr Abgeordnete widerlegte in seiner Rede die Vorwürfe der Konfervativen, daß die Nationalliberalen mit der Sozial-

demokratie liebäugelten. Nationalliberale und Sozialdemokraten, so hob der Redner hervor, seien durch unüberbrückbare Gegensätze von einander getrennt. Nachdem Herr Heinze die Trennungslinie und links gezogen hatte, wandte er sich mit unternehmendem Wohlwollen nach rechts: Bei der jetzt dem Reichstage vorliegenden Verlesgebung zeige sich, daß die Konfervativen mit dem Zentrum gar nicht zusammenarbeiten könnten, sondern mit den Nationalliberalen sich zu positiver Arbeit zusammenfinden müßten. Bei dem Arbeitskamergeleß, bei der Reichsverlesberungsordnung, bei der Strafprozeßordnung seien die Konfervativen auf die Nationalliberalen angewiesen; ihr Bundesgenosse, das Zentrum, versage in vielen Fällen. In den Reichstagswahlen werde das Volk sein Urteil über die Vertretung des alten Blocks und den neuen Block sprechen.

Herr Heinze hofft also auf eine Wiederkehr des glorreichen Konfervativ-liberalen Blocks. Wir sind sicher, daß das Urteil des Volkes gleich vernichtend ausfallen wird über den einen wie den anderen Block!

### Reaktionärer Terror.

Die vor einiger Zeit von unseren Genossen des I. Berliner Wahlkreises im Tiergartenhof veranfaßte Versammlung scheint gewissen Leuten Alldrücken verursacht zu haben. Der Wirt bekam das unangenehm zu spüren. Davon zeugt die folgende per Postkarte an unseren Genossen Ph. Bernsteiu gerichtete Mitteilung:

Charlottenburg, den 5. 1. 11.

Wetter Herr Bernsteiu!

Sterdurch teile ich Ihnen höflichst mit, daß Sie zu Ihren Zwecken meinen großen Saal nicht erhalten können, da sonst für mich große Verluste entstehen könnten.

Zur mündlichen Aussprache stehe zu Ihren Diensten.

Hochachtungsvoll

H. Wolff (A. Viedel Nachf.)

In der mündlichen Unterredung hat sich der Wirt bitter über Terrorismus von gefinnungstüchtiger Seite beklagt. Aus Bemerkungen von Polizeibehörden will er die Drohung gehört haben, sein Lokal werde von der Militärbehörde und von Militärvereinen beschlagnahmt, falls er den Sozialdemokraten seine Räume noch einmal zur Verfügung stelle. Na, die Sozialdemokratie macht man mit solcher Politik nicht tot, aber sie wirkt doch aufreizend. Müßig haben wir solche Mitwirkung bei der Agitation ja nicht, 'edoch: je mehr, je besser!

### Nachwehen der Wahl in Labiau-Wehlau.

Wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, hat der Kreisaußschuß in Wehlau unter dem Vorsitz des Landrats Weber beschlossen, dem Bürgermeister Wagner die Verwaltung des Kreisarmenhauses abzunehmen und ihn aufzutornen, die Geschäfte am 1. Februar d. J. seinem Nachfolger, dessen Name ihm noch mitgeteilt werden wird, zu übergeben. Die Wohnung im Vereinsarmenhaus ist ihm zum 1. Oktober d. J. gekündigt worden. Als Grund wird angegeben, daß Wagner infolge seiner Wahl zum Reichstagsabgeordneten einen großen Teil des Jahres von Labiau fern sein werde. Am 18. April dieses Jahres läuft die Amtsperiode des Bürgermeisters Wagner, der dann 24 Jahre lang sein Amt versehen hat, ab, und er ist bereits am 7. d. Mts. einstimmig wiedergewählt worden.

### Portugal.

#### Die Streikbewegung

Lissabon, 13. Januar. Die Forderungen der ausständigen Bahnangestellten sind von der Gesellschaft im ganzen abgelehnt worden. Es wurde ihnen aber eine allgemeine Lohnerhöhung von 25 Centimes und ein Zuschlag von 10 Proz. auf ihren gegenwärtigen Lohn angeboten. Die Ausständigen sind von diesen Zugeständnissen nicht befreudigt. Sie haben auch die Forderung des Ministers des Innern, den Silberpreis abfahren zu lassen, zurückgewiesen.

Der Ausstand zeigt keine Veränderung. Die Bahnhöfe sind verlassen. Die Versorgung der großen Orte mit Lebensmitteln geschieht durch Wagen und auf dem Wasserwege. Der Minister des Innern Almeida hatte eine neuerliche Versprechung mit einer Abordnung der Eisenbahner und mit Vertretern der Eisenbahngesellschaft, um Mittel ausfindig zu machen, die den Dienst, insbesondere den internationalen Dienst, sichern. Die Metallfabriken werden militärisch überwacht. Es herrscht vollkommene Ruhe.

### Rundgebungen.

Madrid, 13. Januar. Nach einer beim Minister des Innern eingegangenen Depesche des Gouverneurs von Badajoz, hat ein aus der portugiesischen Grenzfestung Elvas gelommener Reisender erzählt, daß gestern dort Soldaten und Arbeiter laute Rundgebungen veranstaltet, Aufbesserung ihrer Bezüge verlangt und ihre Forderungen nach Lissabon telegraphiert hätten.

### Unzufriedenheit in Oporto.

Oporto, 13. Januar. Nach Proklamierung der Republik waren die Gemeindebehörden von Lissabon und Oporto als die einzigen im Amte gelassen worden mit Rücksicht auf ihre republikanische Gesinnung. Gestern hat die Gemeindevertretung von Oporto kollektiv ihre Entlassung eingereicht und dies mit dem Mangel an Vertrauen seitens des Regierungsveteren in Oporto begründet. Der Gouverneur hat gleichfalls seine Entlassung eingereicht.

### Rumänien.

#### Schöne Versprechungen.

Bukarest, 12. Januar. Der Ministerpräsident hat heute vor dem Exekutivkomitee der konfervativen Partei sein Programm entwickelt. Danach beabsichtigt die Regierung, Unfall-, Kranken- und Altersversicherungsgesetze zugunsten der Handwerker und Arbeiter zu schaffen, die Steuern auf Landgüter unter 6 Dektar aufzuheben, Pöste und Eisenbahntarife herabzusetzen, die Armee zu verstärken sowie Verwaltungsreformen einzuführen.

### Amerika.

#### Der Panamakanal.

Washington, 12. Januar. Präsident Taft hat dem Kongreß eine Sonderbotschaft zugehen lassen, in der er die Befestigung des Panamakanals als dringend notwendig bezeichnet und für die ersten Arbeiten hierzu die Bewilligung von 5 Millionen Dollar noch in dieser Session fordert.

### Die Japanfeindschaft.

San Francisco, 12. Januar. Der hiesige japanische Generalkonful hat in einem Schreiben an den Staatssekretär Wright gegen die dem kalifornischen Parlament vorliegenden antijapanischen Gesetzentwürfe protestiert mit der Begründung, daß die Annahme dieser Vorlagen die Verhandlungen über einen japanisch-amerikanischen Vertrag ungünstig beeinflussen würde.

### Indien.

#### Religiöskämpfe.

Bombay, 12. Januar. Aus Anlaß der Ruharcemeier kam es heute zwischen mohammedanischen Sektten zu Zusammenstößen. Polizeibeamte wurden mit Steinen beworfen, Straßenbahnwagen aufgeschoben und die Insassen mißhandelt. Schließlich mußten Truppen eingreifen, die Feuer gaben, wobei elf Rußkämpfer getötet und vierzehn verwundet wurden. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

# Gewerkschaftliches.

## Vom Koalitionsrecht der Eisenbahner.

Einen Beitrag dafür, wie die Staatsbehörden ihre Kräfte von dem Versuch von Versammlungen abzuhalten verstehen, können wir aus Frankfurt a. O. liefern. — Zum Dienstag, den 10. Januar, war eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der in der Hauptsache die in den Staatsbahnwerkstätten in Frankfurt a. O. beschäftigten Arbeiter eingeladen waren. Reichstagsabgeordneter Rob. Schmidt-Berlin sollte sprechen über: Warum will die Regierung den Eisenbahnwerkstättenarbeitern die Vertretung in den Arbeitskammern vorenthalten?

Die Betriebsleitung der Frankfurter Eisenbahnwerkstätte sah in der Ankündigung dieser Versammlung schon ihre Autorität untergraben. Sie glaubte zweifellos, daß die Arbeiter der Staatswerkstätte nicht zu wissen brauchten, warum die Arbeiter der Betriebswerkstätten im Arbeitskammergesetz von der Regierung anders behandelt werden sollen, wie die Arbeiter der Privatindustrie. Die Betriebsleitung fand heraus, daß die Versammlung eine sozialdemokratische sei. Durch Anschlag machte die Betriebsleitung bekannt, daß die Versammlung von sozialdemokratischer Seite einberufen sei und die Direktion nicht „wünscht“, daß diese Versammlung von den Arbeitern besucht werde. Einigen Arbeitern wurde jedoch unter der Hand anheimgestellt, daß sie hingehen und Mitteilung machen sollen, wieviel von den Werkstättenarbeitern an dieser Versammlung teilgenommen haben.

Weil also ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter in der Versammlung über ein die Eisenbahnwerkstättenarbeiter außerordentlich stark interessierendes Gesetz reden wollte, stampelt die Betriebsleitung die Versammlung zu einer sozialdemokratischen und „wünscht“, daß die Arbeiter diese Versammlung nicht besuchen. Wie ein solcher, von der Betriebsleitung ausgesprochener „Wunsch“ zu verstehen ist, weiß jeder, der schon einmal in solchen staatlichen Betrieben gearbeitet hat, und auch die Arbeiter wissen es, die noch darin arbeiten. Hier wird der „Wunsch“ Befehl. Will die Betriebsleitung damit verhindern, daß der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt die Gründe, die der Minister Delbrück gegen die Einbeziehung der Staatswerkstättenarbeiter ins Feld geführt hat, den Arbeitern der Frankfurter Werkstätte bekannt gibt? Glaubt die Betriebsleitung, daß die Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Arbeiter überzeugt, daß die angeführten Gründe der Regierungsvorteile zu diesem Gesetzentwurf nicht zureichend sind? Mit dieser Annahme dürfte die Betriebsleitung der Regierung den schlechtesten Dienst erwiesen haben.

Der „Wunsch“, die angekündigte Versammlung nicht zu besuchen, ist auch von den Arbeitern der Frankfurter Eisenbahnwerkstätte verstanden worden. Sie zogen es vor, der Versammlung fernzubleiben, um sich nicht den Demagogen der Betriebsleitung auszuliefern. Es wird sich aber eine andere Gelegenheit finden, auch die Arbeiter der Staatsbetriebe darüber aufzuklären, daß sie als Arbeiter wie Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden.

Terrorismus ist das Verhalten der Betriebsleitung in Frankfurt a. O. allerdings nicht. Wer das behauptet, ist ein Nörgler!

### Berlin und Umgegend.

#### Die Spandauer Polizei als Helferin der Gelben.

Gestern, Freitag, den 13. Januar, fanden in den gesamten Werken von Siemens u. Schuckert und Siemens u. Halske die Arbeiterauswahlwahlen statt. Da nun trotz aller gelben Bemühungen immer noch Tausende in jedem Werk durch ihre Stimmabgabe bekunden, daß sie Anhänger der freien Gewerkschaften sind, wird bei allen Wahlen besonders kräftig gelber Terrorismus getrieben. Es wird den Gelben mit allen nur erdenklichen Mitteln geholfen, der Tätigkeit der freien Gewerkschaften aber stets und besonders bei den Wahlen alles nur erdenkliche an Hindernissen bereitet. So wird z. B. seitens der Betriebsleitung verboten, auch nur in leiserer Weise für die Liste der freien Gewerkschaften Propaganda zu machen. Im Gegenzug dazu wird von der Direktion, den oberen und niederen Angestellten (und derartige Leute werden bei Siemens nicht wenig durch Langweile geplagt) in der offensten Weise, manchmal geradezu im Befehlston gelbe Propaganda gemacht. Angesichts der allgemeinen Situation blieb den Arbeitern der Siemenswerke nichts anderes als die Propaganda außerhalb des Werkes. Diese wurde denn auch in ausreichendem Maße, sehr zum Aerger der Obergelben und ihrer Hintermänner in den Direktionszimmern, betrieben. Um nun dieser Propaganda, die man durch Bestimmungen am schwarzen Brett nicht mehr verhindern konnte, entgegenzutreten zu können, hat man seitens der Firma oder auch durch einige mit der Polizei gut bekannte Obergelbe die Spandauer Polizei zur Hilfe geholt. Als gestern morgen außerhalb der Grundstücke, vor den Toren der Betriebe Zettel mit entsprechender Anweisung zu den Wahlen verteilt wurden, kamen plötzlich aus dem Stadelwerk Siemens einige dunkle Gestalten, in denen man alles andere, nur keine Polizeibeamten vermutete, forderten von den Zettelverteiler Zettel und nachdem sie solche erhalten, wurden die Verteiler aufgefordert, mit zur Polizeiwache zu kommen. Das gleiche spielte sich am Eingang Dynamowerk und Autobau in der Molatstraße ab. Auch am Blodwerk, Charlottenburger Gebiet, erschienen Personen, die nach dem Bericht der Arrestierten nicht den Eindruck von Polizeibeamten machten. Nach der Aufforderung, sich dort gefälligst mal zu legitimieren, zeigten sie eine bekannte Warze.

Obgleich die Zettelverteiler erklärten, sie befänden sich außerhalb des Gebietes der Spandauer Polizei, auf Charlottenburger Terrain und obgleich zwei Mann sich durch Erlaubnischein, ausgestellt vom Charlottenburger Polizeipräsidenten, ausweisen konnten, führte man sie zur Wache und nahm ihnen die Zettel ab. Insgesamt wurden 10 Personen sistiert.

Gegen diesen anscheinend vorliegenden polizeilichen Übergriff werden die notwendigen Schritte eingeleitet. Doch darum handelt es sich im Augenblick nicht.

Wir wollen nur öffentlich konstatieren, welche Mittel der gelben Oberleitung bei Siemens (sprich Direktion) recht sind, um die Öffentlichkeit über die wahre Meinung und Bestimmung der in den Siemenswerken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu täuschen. Im übrigen haben wir nicht die Absicht, über diese gelbe Tätigkeit zu haben und Trübsal zu blasen. Wir haben auch keine Ursache dazu. Denn wir sind zu gut informiert, welche guten Fortschritte unsere Bewegung bei Siemens macht trotz Dr. Sellinger und seiner gewissen Busenfreunde.

Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Fensterputzerstreik bei der Wasserleitung. Eine Veränderung in der Lage dieses Streiks ist im allgemeinen nicht eingetreten. Die Bemühungen der Firma, die Arbeit durch Streikbrecher verrichten zu lassen, haben jedoch immer weniger Erfolg. Gestern hatte sie nur noch 11 Arbeitswillige zur Verfügung und die wurden, wie uns berichtet wird, überall von der Kundtschaft ab-

gewiesen. Erst wurden sie nach Treptow gebracht, wo sie in einem Großbetriebe die Fenster putzen sollten, man wollte sie aber dort nicht haben, und so mußten sie wieder transportiert werden. Sie kamen nach Lichtenberg, aber auch dort wurden sie von der betreffenden Kundtschaft, die mit Leuten, welche in Polizeibegleitung kommen, nichts zu schaffen haben wollte, zurückgewiesen. Ebenso schlecht erging es ihnen in Berlin in einer chemischen Fabrik, wo von vornherein die Arbeiterkundschaft dagegen protestierte, daß solche Leute ihnen die Fenster putzen sollten. Die Arbeitswilligen wurden somit den ganzen Tag herumgeschleppt, ohne einen Schlag Arbeit zu leisten.

Da selbst die wenigen Arbeitswilligen, die man mit Mühe und Not und großen Geldopfern herangeschafft hat, von der Kundtschaft nicht einmal zur Arbeit herangelassen werden, können die Streitenden den weiteren Verlauf des Kampfes ruhig abwarten. Die Wasserleitung oder ihre Fensterreinigungsgenossenschaft wird sich doch schließlich genötigt sehen, mindestens dieselben Löhne zu zahlen wie die übrigen Fensterreinigungsfirmen, und wenn sie meint, daß ihr Geschäft sich nur bei den alten unzureichenden Löhnen rentieren kann, muß sie sich eben einmal erkundigen, wie die anderen Firmen es bei den besseren Löhnen fertigbringen, mit Gewinn zu arbeiten.

### Deutsches Reich.

In der Bergmannsmühle zu Nagelburg haben die im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband organisierten Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Eine Verhandlung über die eingereichten Forderungen lehnte die Firma ab, auch den Arbeiterauschuss, der verhandeln sollte, wies sie ab; die ihr zugesandten Schreiben nahm sie nicht an, und als der Bezirksleiter des Verbandes es nochmals versuchte zu unterhandeln, wurde er auch wieder abgewiesen. Die Firma stellt sich also auf den absoluten Herrn-im-Hause-Standpunkt. Diese prohigige Abweisung konnten die Arbeiter nicht ruhig hinnehmen und legten sie die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuhalten.

### Der Gipfel kapitalistischer Selbengüchtung.

In Beverlun (unterer Kreis Solingen), wo die Bayerschen Farbenfabriken ihr Domizil haben, über deren sogenannte Wohlfahrts-einrichtungen die bürgerliche Presse in letzter Zeit wieder viel Aufhebens machte, wurden an Häusern gegenüber der evangelischen Kirche Zettel mit folgendem Inhalt angeheftet:

#### Turn- und Spielklub Beverlun.

Neu eintretende Mitglieder erhalten eine sofortige Lohnerhöhung von 20—30 Pf. täglich.

Die Zettel stammen ohne Zweifel aus dem Betriebe der Bayerschen Farbenfabriken, in deren Betrieben bei Strafe der sofortigen Protokollmachung kein organisierter Arbeiter geduldet wird. Wenn die Direktion der Farbenwerke schon zu solchen Mitteln greifen muß, um einen Verein am Leben zu erhalten, dann ist es allerdings schon weit gekommen.

### Erfolgreiche Lohnbewegung in der Klavierindustrie.

In Eisenberg (S.-A.) sind in den Klavierfabriken rund 300 Arbeiter beschäftigt. Das Gebiet Reitz-Ebenberg-Bera war von jeher für die Musikinstrumentenarbeiter Deutschlands ein Schmerzensland, weil von dort den übrigen Fabriken wegen der zurückgebliebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen eine unheimliche Konkurrenz bereitet wurde, die auch auf das Streben der Arbeiter dieser Industrie um bessere Arbeitsbedingungen nicht ohne Wirkung blieb. Während in den anderen Orten schon seit Jahren 54 und weniger Wochenstunden als die übliche Arbeitszeit galten, teilweise sogar die 48stündige Arbeitszeit eingeführt ist, herrschte in diesen Orten, wo Tausende von Musikinstrumentenarbeitern beschäftigt werden, bis vor wenigen Jahren noch 57 bis 60stündige Arbeitszeit und Löhne, die weit unter das sonst übliche Maß herabgingen. Die letzten Jahre haben nun eine erfreuliche Besserung gebracht. Insbesondere sind die Eisenberger und Reitzer Klavierarbeiter recht fleißig im Ausbau ihrer Organisation gewesen und können sich demgemäß auch recht schöne Erfolge erfreuen. Nachdem im Laufe des verflossenen Jahres in Reitz eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt werden konnte, die die vertragliche Festlegung der 54stündigen Arbeitszeit mit entsprechender Lohnerhöhung brachte, ist jetzt über eine erfolgreiche Bewegung in Eisenberg zu berichten. Der abgeschlossene dreijährige Vertrag bringt die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Wochenstunden, eine Erhöhung sämtlicher Stundenlöhne um 6 Pf. und der Akkordpreise um 12 Prozent.

Der Mindestlohn beträgt 44 Pf. pro Stunde und steigert sich während der Vertragsperiode weiter. Der Vertrag sieht ferner vor die üblichen Zuschläge für Überstunden, Transport von Instrumenten usw. Die zur Ueberwachung des Vertrages zu bildende Schlichtungskommission hat nach den zwischen dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes und dem Deutschen Holzarbeiterverband vereinbarten Bestimmungen ihre Funktionen auszuüben.

Der schöne Erfolg konnte ohne Streik erreicht werden. Das war nur möglich, weil die beteiligten Arbeiter fast ohne Ausnahme organisiert sind und dem Deutschen Holzarbeiterverbande angehören.

### Ein eigenartiger Gewerkschaftskampf.

Einen Kampf ganz eigener Art haben gegenwärtig die Arbeiter in den Rauchwarenzurichtereien des Städtchens Rötha bei Leipzig zu führen. Die Arbeiterkundschaft dieses etwas über 3000 Einwohner zählenden Ortes, in dem etwa drei Viertel der Bevölkerung von der Rauchwarenzurichterei leben, führt seit Jahren einen hartnäckigen und heftigen Kampf um ein Versammlungslokal. Bisher mußte sie zur Freude der Röthaer Honoratioren ihre Versammlungen, Sitzungen, Feste usw. im Nachbarort Geschwitz abhalten; um so größer war nun der Grimm der Röthaer Ehrbarkeit, als im Sommer vorigen Jahres zunächst für die Gewerkschaften und im Herbst dann auch für die Partei der mitten im Städtchen gelegene Gasthof „Stadt Leipzig“ frei wurde; sie setzte alle Hebel an, um das Lokal wieder abzutreiben. In diesem Kampfe betätigte sich in ganz besonderem Maße die Schützenbrüderschaft, in der die Rauchwarenfabrikanten eine hervorragende Rolle spielen; sie beschloß, bei ihren Festen nicht mehr in „Stadt Leipzig“ anzutreten, was natürlich mit einer Schädigung des Wirtes verbunden war. Auf diesen Beschluß hin verließen nun auch die übrigen Vereine — Krieger-, Gesang-, Dramatischer Verein usw. — „Stadt Leipzig“. Da nun aber diesen Vereinen noch eine Reihe Mitglieder des Kürschnerverbandes angehörten, veranstaltete die Röthaer Filiale eine Besprechung mit diesen Mitgliedern mit dem Ergebnis, daß fast alle in richtiger Erkenntnis ihrer Klassenlage diesen Klubbvereinen den Rücken kehrten. Nur zwei der Schützenbrüderschaft angehörende Kürschner blieben den völlig lokalen Verhältnissen gegenüber taub; sie führten in dieser Gesellschaft Schulter an Schulter mit ihren eigenen Ausbeutern den Lokalkampf gegen ihre Klassenengenossen. Empört über dieses Gebaren und ihr sonstiges provokatorisches Auftreten beschloß nun die Filiale Rötha den Ausschluß der beiden Schützenbrüder wegen Schädigung der Verbandsinteressen. Diesen Ausschluß hielten nun die Röthaer Kürschner für den geeigneten Augenblick, um gegen die Röthaer Arbeiterkundschaft zu einem Schlag auszuholen. Die Rauchwarenfabrikanten fordereten vom Verband die Wiederaufnahme der beiden Ausschlossenen, anderenfalls sie die gesamten Kürschner Röthas ausperren würden. Sie begründeten ihr Vorgehen mit der Tarifbestimmung, daß die Unternehmer nur organisierte Kürschner beschäftigen dürfen, die ausgeschlossenen Schützenbrüder also mindestens an Orte im Beruf arbeitslos seien; denn auf die objektive Mitteilung vom Ausschluß hatten die Unternehmer die beiden Schützenbrüder zunächst entlassen. Sie versahen die beiden aber rasch mit Rechtshilfe, richteten eine Beschwerde an

den Verbandsvorstand und erzielten auch die Ungültigkeitserklärung des Ausschlußbeschlusses. Seit der Stunde arbeiten die beiden Ausschlossenen wieder bei ihren Schützenbrüdern. Da jedoch die Filiale die Wiederaufnahme der Unternehmerlieblinge verweigerte und hierbei auch vom Verbandsauschuss, der den Vorstandsbeschluss aufhob und den Ausschluß als zu Recht erfolgt erklärte, Unterstützung fand, machten nunmehr die Unternehmer ihre Androhung wahr und sperrten am Tage vor Weihnachten über 200 Kürschner aus. Der Hauptmacher war hierbei das Kürschner-Vorstandsmittglied Fabrikant Heinicke. Kurze Zeit darauf kündigten sie an, die ganze Sektion Leipzig (Leipzig, Markranstädt, Schleuditz und Rötha) anzusperrten, wenn sich nicht Rötha füge.

Seitdem ist nun die Zahl der Ausgesperrten auf 250 Mann gewachsen; die Unternehmer aber versuchten, ihre Betriebe mit den Lehrlingen und Hilfsarbeitern bis zum Beginn der Saison (Ende Januar) aufrechtzuerhalten. Durch diese Rechnung haben jedoch die Kürschner jetzt einen Strich gemacht. Sie haben am Mittwoch begonnen, aus den Fabriken, in denen der Geschäftsgang wieder flott ist, die Hilfsarbeiter herauszuziehen, bis jetzt 75 Mann, so daß die Zahl der Ausgesperrten und Streikenden über 300 beträgt. In den letzten Tagen wird sich, falls die Unternehmer hartnäckig bleiben, diese Zahl bedeutend vermehren, und es ist zweifelhaft, ob es nicht zu einem Kampfe in der ganzen Sektion Leipzig kommen wird. Und das alles, weil wild gewordene Spießer der Arbeiterkundschaft das Versammlungslokal abtreiben wollen. Man wollte die Kürschner, die stärkste Organisation am Orte, die weit über 400 Mitglieder zählt, klein kriegen, um dann der übrigen Arbeiterkundschaft den Fuß auf den Raden setzen zu können. Dieses saubere Pländchen ist schon jetzt gescheitert, denn die gesamte Arbeiterkundschaft sieht wie ein Mann zusammen und wird den Kampf ehrenvoll durchsetzen.

### Erfolgreicher Brauereiarbeiterstreik.

Der Streik der Brauereiarbeiter in Zwidau i. S. konnte mit Erfolg beendet werden. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 2 M. pro Woche, ab 1. Januar 1913 eine weitere von 1 M., Handwerker erhalten 1 M. mehr Zulage. Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt für die inneren Betriebsarbeiter  $\frac{1}{2}$  Stunde täglich, von 10 auf  $\frac{9}{2}$  Stunden, für das Fahrpersonal 2 Stunden täglich im Winter und 1 Stunde im Sommer. Urlaub ohne Lohnabzug nach einjähriger Tätigkeit 3 Tage, nach zweijähriger 6 Tage. Außerdem wurden noch verschiedene beachtenswerte Verbesserungen erzielt. Wichtig und für die Arbeiter vorteilhaft ist die Bestimmung, daß den in eine andere Tarifbrauerei dieses Bezirks über tretenden Arbeitern in der Lohnhöhe bezw. Lohnsteigerung ihre bisherige Tätigkeit angerechnet wird.

### Ausland.

#### Achtung, Stockarbeiter!

Vom dänischen Holzarbeiterverband wird berichtet, daß der Inhaber der Stockfabrik J. Steffensen in Otterup (Zusel Fünen) sämtliche Arbeiter entlassen hat, weil sie sich weigerten, aus ihrer Organisation auszutreten.

Ein Agent ist unterwegs, um in Deutschland und Oesterreich Streikbrecher anzuwerben. Zugang ist streng fernzuhalten.

### Der Streik der belgischen Kohlengraber.

Brüssel, 12. Januar. (Eig. Ber.) Gestern sprach eine Deputation der streikenden Bergarbeiter unter Führung des sozialdemokratischen Deputierten Dejardin, des Präsidenten des Bergarbeiterverbandes, beim Arbeitsminister Hubert vor, um diesen um seine Intervention bei den halsstarrigen Grubenbesitzern zu ersuchen, was der Minister auch versprach. — Um ganzen ist die Streiklage unverändert. Wegen die circa 400 im südlichen Bassin, die die Arbeit aufgenommen haben, stehen einige Hunderte neu hinzugekommene Streikende in Sefains, so daß sich die Zahl von 22 000 aufricht erhält. Trotz verschiedener imposanter Demonstrationen bleiben die Streikenden in ihrer ruhig zuwartenden Haltung.

## Letzte Nachrichten.

### Großfeuer in Reinickendorf-Ost.

Gestern abend gegen 10 Uhr brach im Sommerwerk in Reinickendorf-Ost (Holländer Straße 11) Großfeuer aus. Das Feuer entstand in der Werkstätte und breitete sich mit riesiger Schnelligkeit aus, so daß die Feuerwehren von Reinickendorf-Ost und West mehrere Stunden in angestrengter Tätigkeit zu tun hatten, um das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Dachstuhl und die Werkstätten sind ausgebrannt, doch scheint eine Betriebsstörung nicht einzutreten.

### Die japanischen Handelsverträge.

London, 13. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt über die jetzt hier stattfindenden Tarifverhandlungen zwischen der englischen und der japanischen Regierung: Als über die jetzt ablaufenden Handelsverträge Japans mit Großbritannien, Frankreich und Deutschland verhandelt wurde, suchte Japan die Abschaffung der Extraterritorialität zu erlangen und erklärte sich bereit, seinerseits Zugeständnisse in anderen Richtungen zu gewähren. Der damals in die Verträge aufgenommene Konventionaltarif ist daher gänzlich einseitig. Japan verlangt, daß die neuen Verträge mehr auf Gegenseitigkeit beruhen sollen. Die jetzt mit Großbritannien und anderen Ländern stattfindenden Verhandlungen zielen darauf ab, diesen Gedanken der Reziprozität zu verwirklichen. Was den kürzlich in Japan eingeführten neuen Tarif anlangt, so wird erklärt, daß er nach der japanischen Verfassung durch Spezialverträge mit fremden Mächten ersetzt werden kann, ohne daß das Parlament um seine Zustimmung ersucht zu werden braucht und obgleich das Tarifgesetz selber unverändert bleibt. Die neuen Handelsverträge werden in ihren Grundzügen den ablaufenden Verträgen folgen, aber mit dem wichtigen Zusatz, daß in gewissen Fällen ein neuer Spezialtarif hinzugefügt werden soll.

### Der belgische Bergarbeiterausstand.

Lüttich, 13. Januar. (V. G.) Der Generalverband der Bergarbeiter beschloß im Einvernehmen mit den Syndikatsdelegierten, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Antwort der Grubendirektoren auf die Forderungen der Arbeiter dem Arbeitsminister zugestellt sein wird. Sollte die Antwort ungünstig lauten, so wird der Grubenverband Schritte unternehmen, um einen Generallstreik aller industriellen Betriebe in Belgien herbeizuführen. — Die Lage im Auslandsgebiet hat sich noch verschlechtert und eine weitere Zunahme des Ausstandes ist zu verzeichnen.

### Schneestürme in Spanien.

Madrid, 13. Januar. (W. T. V.) Die Eisenbahnverbindungen in Nordspanien sind infolge Schneesturmes fast vollständig unterbrochen. Mehrere Züge sind an verschiedenen Punkten im Schnee festengelieben.

### Elf Personen getötet.

Huelva (Andalusien), 13. Januar. (W. T. V.) Durch den Bruch des Damms eines Wasserreservoirs sind elf Personen umgekommen. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

105. Sitzung, Freitag, den 13. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisca.

Die zweite Lesung der

Novelle zum Strafgesetzbuch

wird fortgesetzt.

Es lautet folgender Antrag Stadthagen (Soz.) ein:

Als Ziffer 5a der Vorlage einzufügen:

Der § 193 Strafgesetzbuch erhält folgende Fassung:

Zadehnde Urteile über wissenschaftliche, künstlerische, gewerbliche, politische oder militärische Leistungen, ingleichen Versicherungen, welche zur Ausführung von Verbrechen oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen oder Dritte angehend Interessen, insbesondere auch öffentlicher Interessen auf politischem, religiösem oder anderem Gebiet, oder solcher Interessen, die zur Ausübung eines berechtigten Berufs gemacht werden, sowie Vorhaltungen und Mängel der Vorgelegten gegen ihre Untergebenen, dienstliche Anzeigen oder Urteile von Seiten eines Beamten und ähnliche Fälle sind nur insofern strafbar, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht.

Wird einem Beamten die Genehmigung zur Aussage als Zeuge nicht erteilt, oder lehnt er selbst die Aussage über eine in bezug auf ihn verbreitete oder behauptete Tatsache ab, so ist die Verhöhnung oder Verbreitung einer den Beamten oder eine Behörde beleidigenden Tatsache nur dann strafbar, wenn sie erwieslich unwahr und wider besseres Wissen aufgestellt ist.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Nach meiner Auffassung gehört dieser Antrag zu der Materie der Ziffer 4 betr. die öffentlichen Beleidigungen, die gestern erledigt ist. Ich werde aber das Haus darüber befragen, ob es bereit ist, den Antrag noch bei Ziffer 5 zu behandeln.

Abg. Stadthagen (Soz., zur Geschäftsordnung): Der Entwurf geht nicht nach Materien, sondern nach der Reihenfolge der Paragraphen. Wir würden unseren Antrag zu Nr. 4 gestellt haben, wenn nicht gestern am Schluss der Sitzung das Wunderbare passiert wäre, daß über diese Ziffer und einen Antrag Wagner dazu so schnell abgestimmt wurde, daß bis zur Abstimmung nichts davon bemerkt wurde, daß es sich um diese wichtige Materie handelt. Eventuell könnte ja nachher bei der redaktionellen Gestaltung der Vorlage der Antrag in Ziffer 4 eingereiht werden.

Abg. Gamp (Rp.): Zulässig ist alles, dem nicht von einem Mitgliede des Hauses widersprochen wird. Hier liegt die Sache aber so, daß nicht nur die Materie erledigt ist, sondern daß der Antrag ursprünglich auch von den Antragstellern zur Ziffer 4 gestellt worden ist. Es geht nicht an, daß wir eine Materie, die bei einem früheren Paragraphen erledigt ist, später durch einen anderen Paragraphen wieder umstoßen. Die Herren können ja bei der 3. Lesung ihren Antrag wieder einbringen.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Sp.): Herr Gamp irrt. Es handelt sich nicht darum, daß wir bereits gefasste Beschlüsse jetzt umstößen sollen, sondern es handelt sich um die Fortsetzung der Beschlüsse in Richtung der Ziffer 4. Ich möchte auch an ihre Berechtigung und Billigkeit appellieren. Es ist gestern der seltsame Fall passiert, daß ein sehr wichtiger Antrag im letzten Moment eingebracht worden ist. Fast das ganze Haus hat angenommen, daß mit der Erledigung der Sachfrage die Verhandlungen abgebrochen werden sollten. (Sehr richtig! links.) Wir hätten überhaupt gar nicht worüber abgestimmt wurde. (Hört! hört! rechts.) Auch die Herren im Zentrum sahen ursprünglich, daß kam im letzten Moment Herr Gröber hinein, machte eine Gängebewegung, worauf sie alle aufstanden. Es würde also einfach ein Akt der Solidarität sein, diesen Antrag zur Verhandlung zu stellen. Wenn man auf die 3. Lesung verweist, so wissen Sie doch alle, daß in der dritten Lesung solche wichtige Anträge schwer hereinzubringen sind.

Kleines feuilleton.

Tolstois nachgelassene Werke. Dem „Corriere della Sera“ berichtet man aus Petersburg: Ueber die Herausgabe der nachgelassenen Werke ihres verstorbenen Vaters hat die Gräfin Alexandra Tolstoj jetzt definitive Beschlüsse gefaßt. In Russland wird sie selbst die Herausgabe der Werke beorgen: sie sollen hier im April oder im Mai, zugleich mit den Uebersetzungen, die im Auslande herausgegeben werden, erscheinen. Der literarische Nachlaß Tolstois wird zwei große Bände von je 600 Seiten umfassen. Hier die genaue und vollständige Liste aller ungedruckten Werke, die Graf Tolstoj hinterlassen hat: „Chabi Murad“, „Vater Sergius“, „Nach dem Wall“, „Der Teufel“, „Der Leinwand“, „Ein falscher Postenreiter“, „Das Tagebuch eines Wahnsinnigen“, „Lux in tonobris“ (Nicht in der Finsternis), „Ein junger Jar“, „Das postume Tagebuch Theodor Kusnitsch“, „Wer hat recht?“, „Die Geschichte eines Hienentodes“, „Mioscha Gottschlow“, „Was ich im Traume sah“, „Sie besitzt alle Eigenschaften“, „Lichon und Melanie“, „Das Tagebuch einer Mutter“, „Sie sind nicht schuldig“, „Wer hat getötet?“, „Kindliche Weisheit“, „Durch Zufall“, „Die Geschichte eines Duschoborzen“, „Der moderne Sozialismus“. Außerdem sind siebenundzwanzig historische und soziologische Studien und eine Komödie mit dem Titel „Die Weiße“ vorhanden. Ferner hat Tolstoj, wie man schon seit langem weiß, ein Tagebuch, das sein eigenes Leben betrifft, hinterlassen: er begann mit den Aufzeichnungen im 25. Lebensjahre und die Memoiren sollen nicht weniger als 30 Bände bilden. Dieses Meilenwerk soll erst nach einigen Jahren veröffentlicht werden. Die Gräfin Alexandra Tolstoj hat sich in den russischen Verband dramatischer Autoren aufnehmen lassen. Bis jetzt durften alle Theater Tolstois Dramen aufzuführen, ohne Lizenzen zu zahlen. Der erwähnte Theaterverband hat nun zunächst den russischen Theatern mitgeteilt, daß sie vom 1. Januar ab für die Aufführung Tolstoischer Dramen Lizenzen zu zahlen haben. Man sieht, die Gräfin versteht das Literaturgeschäft ein bißchen besser als ihr Vater.

Der heilige Martin auf der Wanderschaft. Die Komödie der Flora-Büste wird an Poffenhastigkeit von der Geschichte des Hauptes des heiligen Martin, die die französischen Blätter erzählen, womöglich noch übertroffen. Beflagtes Haupt, ein zehnjähriger und emallierter Reliquienbehälter aus vergoldetem Kupfer, der aus dem 15. Jahrhundert oder dem Anfang des 16. stammt, war der größte Schatz der Kirche des Dorfes Soudelles im Departement Corréze. Auf der Weltausstellung von 1900 war es unter den schönsten Arbeiten der Emailleure des Mittelalters zu sehen. Als nun ein Inspektor der schönen Künste, der es damals kennen gelernt hatte, im letzten November eine Dienstreife in die Corréze unternahm, stellte er fest, daß das Kunstwerk durch eine Geschichte, aber wertlose Kopie ersetzt war. Da es seit 1891 als ein ohne Genehmigung unveräußerliches geschichtliches Denkmal klassifiziert war, wurde Strafanzeige erstattet. Einige Tage darauf wurde festgestellt, daß der Gemeinderat es unter Vermittelung des Deputierten Delmas an einen Brüsseler Kunsthändler um 41 000 Fr. verkauft hatte. Am selben Tage versand die Kopie aus ihrem eisernen

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Ich will gewiß der Billigkeit des Hauses nicht irgendwie vorgreifen, aber ich muß doch hervorheben, daß ich gestern allen Herren, die mich gefragt haben, ausdrücklich gesagt habe, ich würde die Vertagung bei der ersten Ziffer nach Ziffer 3 vorschlagen, bei welcher Vormeldungen nicht vorliegen, und daß ich, bevor wir zur Abstimmung gekommen sind, ausdrücklich gebeten habe, die Herren möchten achtksam sein.

Abg. Wagner (L.): Mein Antrag kann nicht überflüssig gekommen sein, denn er war längst gedruckt. (Widerspruch links.) Die Auffassung des Herrn Stadthagen, daß nach Paragraphen die Reihenfolge bestimmt würde, ist unrichtig, das Gesetz ist nach Materien geordnet.

Abg. Gröber (Z) schließt sich dem Vordredner an.

Abg. Stadthagen (Soz.): Unter Antrag war in der Kommission gestellt für den Fall der Annahme der Kommissionsbeschlüsse erster Lesung zum § 193. In zweiter Lesung der Kommission waren diese ganzen Beschlüsse und auch die Regierungsvorlage beseitigt, und wir konnten nicht wissen, daß im letzten Moment ein Antrag kommen würde, die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Die eigenen Freunde des Kommissionsberichts hätten sogar nicht gewußt, um was es sich handelt. Es ist also klar, daß hier ein außergewöhnlicher Vorgang vorliegt. Die Materie, die unser Antrag behandelt, ist noch nicht ausgeschieden; ich bitte Sie, diese neue Materie zuzulassen.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Sp.): Es handelt sich durchaus nicht um eine Unachtsamkeit auf unserer Seite. Wir konnten verlangen, daß die Begründung eines so wichtigen Antrages erfolge und daß auch der Referent dazu das Wort nahm. (Sehr wahr! links.)

Abg. Baffermann (natl.): Juristisch ist es zwar nicht zu beanstanden, daß wenn der Herr Präsident gestern gefragt hat, wir kommen zur Beratung der Ziffer 5 — ich habe es allerdings auch nicht gehört — die Ziffer 4 erledigt ist. Dagegen würde ich meinen, man sollte aus Billigkeit berücksichtigen, daß wir in Gottes Namen in die Debatte eintreten. Ob wir sie jetzt haben oder in der dritten Lesung ist ganz gleich. Herrn Müller-Meinigen muß ich zugeben: Verstanden ist die Sache gestern nicht, auch die Herren auf der anderen Seite wurden erst durch Zuruf veranlaßt, mitzuzustimmen.

Abg. Gamp (Rp.): Für uns kommt in Betracht, daß viele Mitglieder des Hauses jetzt schon ihre Dispositionen danach getroffen haben, daß Ziffer 5 zunächst zur Verhandlung kommt. Im übrigen ist es doch auch nicht gerade loyal von den Herren, daß sie ihren Antrag erst jetzt plötzlich einbringen, statt gestern abend. (Zuruf links: Antrag Wagner!) Der war gedruckt, als wir darüber abstimmen. Wenn die Herren sich von vornherein auf den Standpunkt der Billigkeit gestellt hätten, hätten wir wohl die Debatte nicht gehabt.

Abg. Ledebour (Soz.): Den Vorwurf des Herrn Gamp muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir konnten unseren Antrag gar nicht früher stellen. (Abg. Gamp: Gestern abend!) Nein, unser Antrag war nicht notwendig, solange nicht der Antrag Wagner angenommen war, und daß dieser angenommen werden konnte, konnte niemand wissen. Herr Wagner hat in ganz ungewöhnlicher Weise auf die Begründung seines Antrages verzichtet, der erst kurz vor Schluss verteilt wurde. Noch niemals ist ein so wichtiger Antrag durch bewußten Verzicht auf die Begründung dem Hause durch Ueberrumpelung aufgedrängt worden. (Sehr wahr! links.) Jedenfalls spricht die Billigkeit für die Zulassung unseres Antrages. Wir machen dadurch einen Teil des Unrechts gut, das gestern hier passiert ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Von einer Ueberrumpelung kann nicht die Rede sein. Gerade der Umstand, daß die Herren der Linken richtig gestimmt haben und zum Teil die Herren der Rechten falsch, beweist, daß die Herren der Linken besser informiert waren. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Krenndt (Rp.): Ein Recht, den Antrag noch zur Verhandlung zu bringen, ist nicht vorhanden. Das muß festgehalten werden, damit kein Präzedenzfall geschaffen wird. Wenn die Herren darum bitten, daß man den Antrag aus Billigkeitsgründen zuläßt, so könnten wir das wohl zugestehen.

Abg. Wagner (L.): Ueber meinen Antrag ist zwischen verschiedenen Parteien den ganzen Tag über verhandelt worden, er ist mindestens 1 Stunde vor der Abstimmung verteilt worden. (Wider-

spruch links.) Ich hätte ihn begründet, wenn ich hätte annehmen können, daß sich eine Debatte daran knüpfen würde. Ich hielt die Begründung für überflüssig, weil es sich nur darum handelte, die Regierungsvorlage in einigen Punkten wieder herzustellen, deren Begründung ja gedruckt vorliegt.

Abg. Lottmann (wirtsch. Bg.): Der Billigkeitsstandpunkt könnte nur in Frage kommen, wenn sich die Antragsteller selbst auf die Billigkeit und nicht auf das Recht berufen hätten.

Abg. Dr. Franz (Soz.): Wir haben gar keine Veranlassung, jetzt förmlich um Gnade zu bitten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Billigkeitsgründe zu berücksichtigen, wäre ihre Sache, nachdem Sie heute durch die Debatte sich haben überzeugen müssen, daß ein großer Teil des Hauses gestern im Irrtum gewesen ist. Dem Herrn Präsidenten persönlich ist von keiner Seite der Vorwurf gemacht worden, daß er absichtlich diese objektive Ueberrumpelung herbeigeführt habe. Tatsache aber bleibt, daß die entscheidende Schlussbemerkung des Präsidenten, daß die Materie erledigt sei, nicht gehört worden ist. Der Herr Präsident hätte nicht nötig gehabt, aus der Tatsache, daß die Linke richtig und die Rechte falsch gestimmt hat, das Gegenteil zu folgern, denn wir sind gewohnt, daß das so geschieht. (Heiterkeit.)

Abg. Frohme (Soz.) betont gleichfalls, daß von einer Unachtsamkeit seitens der Linken nicht die Rede sein konnte.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Ich werde dann das Haus befragen. Es handelt sich also um die Frage, ob der neue Antrag zur Verhandlung kommen soll, nicht etwa darum, ob noch einmal auf die ganze Ziffer 4 zurückgegriffen wird.

In der Abstimmung wird die Zulassung der Beratung des Antrages Stadthagen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des größten Teils der Nationalliberalen abgelehnt.

Nach Ziffer 5 des Entwurfs wird als neuer Paragraph 232a, Absatz 2 bestimmt:

„Gleiche Strafe tritt ein, wenn gegen eine noch nicht 18 Jahre alte oder wegen Gebrachtheit oder Krankheit wechsellöse Person, die der Fürsorge oder Obhut des Täters untersteht oder seinem Hausstande angehört, eine Körperverletzung mittelst wiederholter roher oder bodhafter Behandlung begangen wird, oder wenn derjenige, der zur Fürsorge oder Obhut einer solchen Person verpflichtet ist, duldet, daß ein anderer gegen diese Person eine Körperverletzung der vorbezeichneten Art begeht.“

Hierzu beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.), das Wort „wiederholter“ sowie den letzten Satz von „oder wenn“ ab zu streichen.

Ein von allen bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag Dr. Dahlem (Z) will statt der 18 Jahre 16 Jahre setzen und hinter „oder seinem Hausstande angehört“, einfügen „oder dieser Fürsorgepflichtige der Gewalt des Täters überlassen hat“. Den letzten Absatz will dieser Antrag ebenso wie der Antrag Albrecht streichen, dann aber zusetzen: „In besonders schweren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden.“

Abg. Dr. Hoffbauer (Z) befürwortet diesen Kompromißantrag. Die Aufnahme der Zuchthausstrafe hält er deshalb für angebracht, weil es sich hier häufig um Jubälter und ähnliche Elemente handelt, für die das Gefängnis nichts Unangenehmes oder gar Abschreckendes hat. Auch bei groben Kindermisshandlungen ist die Androhung der Zuchthausstrafe, die brutale Abschreckungstheorie am Platze. Der Redner bittet schließlich für den Fall der Annahme des Antrages vor dem letzten Satz noch einzufügen: „Bei gewohnheitsmäßigen Mißhandlungen tritt Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten ein.“

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Zusatz des Antrages Dahlem, daß Strafe auch dann eintritt, wenn der Fürsorgepflichtige die wechsellöse Person der Gewalt des Täters überlassen hat, kann in seiner Tragweite so faßlich nicht übersehen werden. Es erscheint mir fraglich, ob mit diesem Zusatz diejenigen getroffen werden, die getroffen werden sollen und deshalb kann ich mich im Augenblick — der Antrag ist ja eben erst eingebracht — nicht dafür aussprechen. Der Antrag untersteht sich ferner von unserem dadurch, daß er auch Zuchthausstrafe zulassen will. Dagegen habe ich mich bereits in der Kommission gewendet, leider vergeblich. Ich halte es für ungeheuerlich, bei einer neuen Strafbestimmung gleich mit Zuchthaus zu kommen, ohne scharf zu umgrenzen, was bestraft werden soll.

Schrein, zu dem nur der Bürgermeister den Schlüssel besaß. Nun muß noch erwähnt werden, daß Herr Delmas und der Bürgermeister von Soudelles seit 1900 wiederholt versucht hatten, die Reliquie aus der Riste der klassifizierten Kunstwerke streifen zu lassen. Herr Delmas bot es auch für 60 000 Fr. der Verwaltung des Louvre-Museums zum Kauf an, doch beschloß der Ministerrat, daß die Kunstwerke der Provinz in ihrer Heimat bleiben sollen. — Das Schicksal ist, daß sich Herr Delmas jetzt damit herauszureden sucht, daß das verkaufte Objekt ja gar nicht das klassifizierte Kunstwerk, sondern die wertlose Nachahmung sei. Danach hätte er den Brüsseler Händler betrogen. Der Brüsseler Händler erklärte allerdings, daß er bereit sei, gegen Rückstellung der 41 000 Fr. das Kunstwerk herauszugeben. Es fragt sich nur, ob das Original oder die Kopie. Es ist bekanntlich üblich, bei solchen Unterziehungen von Kunstwerken dem Verkäufer eine Kopie zur Täuschung des Publikums zu liefern. Wenn der edle Mann in Brüssel das Original seinerzeit um nur 41 000 Fr. gekauft hat und jetzt die Kopie um eben diesen Preis losbrächte, wäre das ein doppelt gutes Geschäft. Die Frommen von Soudelles aber fragen sich befocht, ob sie ihren heiligen Martin wiedersehen werden, mit einem oder zwei Köpfen.

Theater.

Kleines Theater: Studentenliebe, Schauspiel von Leonid Andrejew. Mit einer prächtig stimmungsvollen, frischen Bilderreihe setzt das Drama ein. Ein verzweites Liebespaar, der Student Gluchowzew und seine Nachbarin, ein achtzehnjähriges Mädchen, erscheint auf einer birkenumstandenen Höhe, hinter der — unsichtbar für den Zuschauer — weit unten in der Ebene sich das vom Abendlicht beschienene mächtige Häusermeer Moskaus dehnt. Selig verfunken atmen sie die stille, feierliche Schönheit. Des jungen Menschen Herz ist voller Dankbarkeit und Andacht, er fühlt sich in seiner Liebe frei und froh und rein. Sein Auge trümbt einen Strahlenkranz um die Geliebte. Die Freunde folgen. Trüblich lagert sich die Schar im Kreise. Rauschert, man disputiert eht russisch, trinkt und singt, und lauscht dann wieder ergriffen dem fernen Klang der Moskauer Abendglocken. Wie wunderbar und märchenhaft ist diese Stadt! Einige Glieder aus der Kunde treten, in wenigen Strichen hingeworfen, markant anschaulich hervor: so der Spötter Nischko, Wladin, der sentimentale Burich, der für sein Leben gern gefühlvoll singen möchte und sich aufs äußerste empört, wenn man ihn seiner falschen Döne wegen immer wieder anlacht, und vor allem der herzensgute humoristisch liebenswürdige Dauertrinker Onufsch, der den Alkohol zum Gegenstande tief sinnigen Philosophierens macht. Eine „stille Familie“, bei der er wohnen könnte, ist sein liebster Traum. Einmal hat er auch schon erjunden, was er suchte. Aber da gab es Mißverständnisse, und schleunige Ausquartierung war das Erbe. Das farbige, durch und durch echt anmutende Kolorit dieses ersten Aktes hat soviel des Interessanten, daß man das Geschehen einer Handlung oder der Einführung in eine solche hier kaum vermisst. Im weiteren Verlaufe wird der Mangel an allem eigentlich Dramatischem, diese im russischen Schauspiel stets wiederkehrende Formlosigkeit, die nur losgelöste Episoden bietet, dann freilich um so drückender. Wenn Titel und Anfang auf etwas Typisches zu deuten schienen, drängen sich in den beiden Mittelakten ganz zufällige

und absichts führende Wendungen vor. Man sieht auch nicht im allgemeinsten Umriß, worauf das Ganze schließlich hinaus will. Wie sich der Vorhang zum zweiten Male hebt, sieht das erst so hochgenutete Pärchen müde und traurig auf einer Bank vor einem Moskauer Konzertgarten. Olga rückt mit verblüffenden Gesichtnissen heraus. Ihre Mutter, die nobeltuende, auf ein paar Rubel Pension angewiesene Offizierswitwe, habe sie von Heim auf gezwungen, sich reichen Herren als Rätresse zu verkaufen. Gluchowzew's Erklarung löst sich in tiefes Mitgefühl. Er will sie retten, will, selbst ein armer hungernder Gesell, Erwerb und Arbeit für sie finden. Olgas Liebe, die sie die Schande plötzlich so bitter fühlen läßt, scheint ihr auch Kraft zu geben, ihr zu folgen. Doch als die Aite, die inwärtigen einen neuen zahlungsfähigen Liebhaber aufgeangelt hat, das Mädchen drohend ruft, sügt sie sich wieder slavisch. Gluchowzew, in Scham und Schmerz versteinert, wird von den Kameraden fortgeschleppt. Der Braunwein soll die Qual betäuben.

Die kraft naturalistische Ausmalung der kuppelreichen Wirtschafft fügt der Psychologie des Mädchens, die trotz ihrer Leiden die hilflos ausgepredete Hand des Geliebten zum zweitenmale feig zurückstößt, kaum irgendwelche neuen Jüge zu. Erst in dem letzten Akte spürt man wieder etwas von Andrejew's großer symbolisch dichterischer Kraft. Gluchowzew's edle Schwärmerei erlischt in trüber, jämmerlicher Stidluft. Eine fragenhaft proteste Komik, höhnisch affend, rankt sich um seinen Seelen Schmerz, zieht alles, was er fühlte, in den Staub. Die Betäubung, die er im Alkohol suchte, hat auch seinen Stolz gezerben. Auf die Einladung eines lärmend-nativen, in seiner Trunkenheit für alles Studentische enthusiastisierten Provinzialleutnants — eine glänzend gelungen typisch russische Figur — nimmt er mit Onufsch an einem Gelage in Olgas Zimmer teil. Plötzlich übermanni ihn die zornige Erinnerung. Er beschimpft das Mädchen. Ein Streit entsteht. Doch die Verurtheilten werden rasch zur Ruhe gebracht. Sie tauschen Bruderflüche, das Wadmal und der Gesang geht weiter. Olga lauert zu Gluchowzew's Füßen nieder, sie darf gewiß sein, daß er jetzt, so wie sie nun einmal ist, ihre Liebe nicht verschmähen wird.

Die Darstellung war ausgezeichnet. In erster Reihe standen Nika Grünig in der Figur der Mutter, Abel, der den Gluchowzew, und Waldbert, der den Onufsch spielte. Auch Steinberg als Leutnant und Kathilde Brandt als Olga, diese namentlich im ersten Akte, hielten aus ihren vollen starke Wirkungen heraus.

Notizen.

— Wagners Memoiren waren, wie weiter bekannt wird, bereits in 12 Exemplaren in Luzern gedruckt worden, um nicht durch Zufall verloren zu gehen. Und zwar waren sie der Voricht halber von italienischen, der deutschen Sprache nicht mächtigen Sverren gesetzt worden. Das Original soll nun, wie von Bayreuther Seite versichert wird, unbedändert neu gedruckt werden.

— Der unbefiegbare Nordpol. Wie aus Washington gemeldet wird, erklären die amerikanischen Seeverständigen, die die Prüfung der Dokumente des Kommandanten Peary vorgenommen haben, daß Peary den Nordpol nicht erreicht hat. Er sei ungefähr 16—20 Kilometer vom Pol entfernt geblieben.

Das weiter den Kommissionsvorschlag für und so wertvoll macht, ist der Umstand, daß zur Strafverfolgung nicht mehr ein Antrag erforderlich ist, sondern daß sie von Amts wegen einzutreten hat, und diesen einzig keinen Vorteil nehmen sie wieder, wenn sie jetzt das Alter von 18 auf 16 Jahre herunterlegen.

Das ist eine außerordentliche Verschlechterung der Kommissionsvorlage. Der Schutz, den unser Antrag den Lehrlingen und dem Gesinde gibt, wird dadurch wieder illusorisch gemacht. Dann gefallen mir auch die in der Vorlage gebrauchten Ausdrücke „roh“ und „boshaft“ besser, als die in dem Antrag dahinter gebrauchte Ausdrücke „grausam“. Vor kurzem ist im „Vorwärts“ mitgeteilt worden, daß ein Dienstmädchen von wenig mehr als 16 Jahren von ihrem Hausherrn geschwängert wurde, er hat sie gezwungen, ihm zu Willen zu sein, und als das Kind in anderen Umständen war, hat er sie eben deswegen geschlagen. Aus welchem Grunde soll dieser Fall, der nach der Kommissionsvorlage unter die von Amts wegen zu verfolgenden Fälle fällt und mit Gefängnisstrafe von mindestens zwei Monaten bedroht ist, herausgenommen werden. Jeder normal empfindende Richter würde eine solche Bestie ja auch jetzt zu mindestens zwei Jahren verurteilen. Warum wollen Sie in solchem Fall die Verfolgung von Amts wegen nicht eintreten lassen. Auch Lehrlinge sind gewöhnlich über 16 Jahre alt, ebenso Fürsorgezöglinge. Gegenüber den schreienden Mißhandlungen, die der evangelische Pastor Breithaupt in der Pöste zu Mietschlin an seinen Fürsorgezöglingen im Alter von 16 bis 21 Jahren begangen hat, ist es gewiß nicht angebracht, hier eine Einschränkung eintreten zu lassen. Das würde allenfalls konsequent sein, wenn unser Fürsorgegesetz nur bis zum 18. Jahre reichte. Wir haben aber in einer Reihe von Staaten, voran in Preußen, die Bestimmung, daß die Fürsorge bis zum 18. Jahre angeordnet und bis zum 21. durchgeführt werden kann. In Mietschlin ist festzustellen, daß in roher und boshafter Weise die Kinder mit Peitschenhieben für nichts und wider nichts mißhandelt sind. Und zu diesen Exzessen wurde der Direktionsinspektor und eine Schwester Olga eingeladen. Hier liegt jedenfalls Grausamkeit, Roheit und Bosheit vor. Warum wollen Sie nun diese Fälle, welche die Öffentlichkeit am meisten empört haben, nicht besonders scharf treffen? In den meisten der Mietschliner Fälle würde die Strafverfolgung von Amts wegen nicht eintreten können, die Mißhandlungen können den Strafentwurf nicht stellen, wenn sie das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Eigentümlich ist, daß als letzter Unterzeichner unter diesem Antrag derselbe Herr Wagner steht, der gestern im letzten Augenblick einen Antrag einbrachte, wonach öffentliche Beleidigungen scharfer getroffen werden sollen.

Den Redakteur des „Vorwärts“, der die Mißhandlungen des Pastors Breithaupt zur öffentlichen Kenntnis bringt, will Herr Wagner scharfer treffen, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder 20 000 M. Geldstrafe. Aber diese Bestrafungen selbst will Herr Wagner nicht, wenigstens nicht von Amts wegen verfolgen und nicht mit einer Mindeststrafe von zwei Monaten belegt haben, und das angesichts des milden Urteils gegen den Pastor Breithaupt. Auch bei den Mißhandlungen in der Bloomsfelder Wäldchen durch Herrn Colander handelt es sich um Kinder in dem Alter von 14 bis 18 Jahren. Der roheste Subjekt ist noch immer nicht so roh und gemein und brutal, wie die beiden von mir genannten Leiter von Fürsorgeanstalten (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die hier gewerdmäßig ihre Roheiten begangen haben gegen die ihnen überantworteten Zöglinge. Unser ganzes Fürsorgegesetz ist ein sehr bedauerliches, das das Entgegengesetzte von dem erreicht, was es erreichen soll, und notwendig solche Brutaltaten erzeugt. Das preussische Ministerium behauptet freilich, seine Refugate seien gute, und verweist darauf, daß 75 Proz. der Zöglinge nicht verstorben seien. Ich sage, diese 75 Proz. sind nicht verstorben, obwohl sie dieser Fürsorge überantwortet waren, daß aber die anderen 25 Proz. verstorben sind, ist ausschließlich auf dieses Fürsorgegesetz zu sehen. Lassen Sie die 18 Jahre stehen, so würde der Fall Breithaupt von Amts wegen zu verfolgen gewesen sein. Der wahre Grund, warum Sie von 18 auf 16 Jahre heruntergehen wollen, ist folgender: In dem Fall Breithaupt würde natürlich auch der Pastor Matthies zu bestrafen sein, nämlich revidiert und revidiert hat, und diese schandbaren Untaten tagaus, tagein ungehindert vornehmen ließ. Das aber wollen die Hintermänner dieses Antrages nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Presse, speziell die sozialdemokratische Presse, wollen Sie treffen. Aber Sie täuschen sich. Keine Strafe, auch die Zuchthausstrafe nicht, wird die sozialdemokratische Presse zurückhalten, solche schreienden Mißstände zur Sprache zu bringen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), wie sie auch die Fälle Colander und Mietschlin ans Licht gezogen hat. Je höher der betreffende gestellt ist, desto ehrenvoller ist es für die Sozialdemokraten, solche Feinde der Jugend, solche Verderber des Vaterlandes an den Pranger zu stellen.

Ich komme noch einmal auf Ihren Zusatz, daß auch der Fürsorgepflichtige bestraft werden soll, welcher die wehrlose Person der Gewalt des Pflegers überlassen hat. Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Wenn etwa eine Kommune, z. B. Potsdam, ein Kind der Fürsorge des Pastors Breithaupt übergeben hat, so ist dann der Dirigent der Kommune oder diejenigen, die den Beschluß gefaßt haben, strafbar. Dasselbe wäre der Fall mit Vorständen wohlthätiger Vereine, denn nach dem Wortlaut Ihres Antrages ist der Tatbestand der strafbaren Handlung erfüllt, wenn der Fürsorgepflichtige die betreffende Person der Gewalt des Täters überlassen hat, daß er um die Mißhandlungen gewußt hat, ist nicht nötig, dann wäre er ja schuldig wegen Mithäterlichkeit strafbar.

Durch diese Art des Vorgehens im Keinen Strenge (unter wenig Personen) mit Ausschluß unserer Partei neue Anträge zu beraten, kommen dann solche

#### gesetzgeberischen Ungeheuerlichkeiten

zustande, da das Solidaritätsgefühl für die Antragsteller die Parteien nachher veranlaßt, für die Fehler einzutreten.

Ich fasse also zusammen und bitte Sie, in dem Antrag Dahlem das Wort „sechzehn“ durch das Wort „achtzehn“ zu ersetzen, die Worte „oder die der Fürsorgepflichtige der Gewalt des Täters überlassen hat“ zu streichen, das Wort „grausam“ durch „roh und boshaft“ zu ersetzen und den Schlußsatz, der die Zuchthausstrafe androht, zu streichen.

Im Vereinigegesch haben Sie die jungen Leute unter 18 Jahren für politisch un-mündig erklärt. Sie schützen sie daher, in konventionellen Verammlungen allerhand dummes Zeug zu lernen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hier aber nehmen Sie dem Kinde den Schutz gegen Prügel, Sie hindern die Kinder von 16 bis 18 Jahren, sich zusammenzutun und gegen solche Brutalität aufzutreten. Sie rauben ihm also den Schutz, wenn nicht etwa der Vormund, der Fürsorgepflichtige selbst den Strafentwurf stellt. Wenn dieser aber selbst der Mißhandlung ist, so verzeihen Monate, ehe ein Pfleger bestellt wird. Hier besteht eine klaffende Lücke im Gesetz zum Schutze gegen Roheit und Brutalität. Ich bitte Sie, diese Lücke zu schließen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Es läuft ein Antrag Stadthagen und Frohne (Soz.) entsprechend dem vorletzten Abschnitt der Ausführungen Stadthagens ein.

Abg. Dr. Deßler (Sp.) erklärt in seiner Eigenschaft als Berichterstatter, daß die Kommission einstimmig das 18. Jahre als geeignete Altersgrenze betrachtet habe. Auch die Frage, ob sich eventuell die Androhung der Zuchthausstrafe empfehle, sei eingehend untersucht und schließlich verneint worden.

Abg. Dr. Heinze (natl.): Es besteht schon jetzt die Möglichkeit, Körperverletzungen und Mißhandlungen scharf zu bestrafen. Das Selbstredend höchst wichtige Prinzip des Schutzes der Kinder und der Hilflosen darf nicht so weit ausgedehnt werden, daß unbedeutende Ausschreitungen drakonisch bestraft werden. Im allgemeinen werden 16-17jährige Personen imstande

sein, sich zu Wehren oder sich an die Polizei zu wenden. Es genügt also die im Kompromißantrag vorgeschlagene Altersgrenze von 16 Jahren. Es geht auch nicht an, allzu schematisch zwischen einmaligen und wiederholten Handlungen zu unterscheiden. Einmalige Mißhandlungen können unter Umständen sehr schwere, wiederholte bisweilen sehr leichte sein. Dagegen empfiehlt es sich, für besonders schwere Fälle Zuchthausstrafe einzutreten zu lassen. So dürfte der Kompromißantrag in allen Punkten das Richtige treffen.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Sp.): Zu dem Kompromißantrag haben sich Anhänger geradezu entgegengesetzter Standpunkte, wie Dr. Fajbender und Dr. Heinze, zusammengefunden. Darum ist dieser Antrag so widerspruchsvoll in sich selbst. In der Kommission waren wir alle für das 18. Lebensjahr als Schutzgrenze, ganz besonders Dr. Fajbender. (Hört! hört!) Mit Recht hat Stadthagen auf die Mitleid hingewiesen, die durch Befreiung des 18. Lebensjahres entstehen würde. Ich bitte also, es beim 18. Jahre zu lassen. — Wir waren uns ferner in der Kommission im allgemeinen darüber einig, daß es besser sei, in dem Gesetze von einer „rohen oder boshaften“, statt von einer „grausamen“ Behandlung zu sprechen. Daß man nun wieder mit einem Antrag kommt, die Kommissionsfassung unzulässig, ist geradezu eine grausame Behandlung des Plenums. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß die Lehrerschaft von der Kommissionsfassung irgend etwas zu befürchten hat. Ich würde es allerdings vorsehen, wenn in der Schule überhaupt nicht geprügelt würde (Lebhafte Zustimmung bei den Fortschritt- und Sozialdemokraten) und glaube, daß auch die große Mehrheit der deutschen Lehrerschaft auf diesem Standpunkt steht. (Bravo! links.) — In jeder Beziehung verdient die Kommissionsfassung den Vorzug vor dem Kompromißantrag, den ich abzulehnen bitte. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Lles (schwer verständlich, zum Teil direkt unverständlich) wendet sich gegen die Kommissionsfassung, der die Regierungsvorlage in jeder Beziehung vorzuziehen sei. Der Kompromißantrag verdiene den Vorzug vor der Kommissionsfassung, doch empfehle es sich, den Passus über die Zuchthausstrafe wegzulassen. Ganz besonders sei es zu begrüßen, daß der Kompromißantrag die Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre herabsenke.

Abg. Kalle (Wirtsch. Vgg.) tritt für den Kompromißantrag ein, der zwar gewiß nicht ideal sei, aber das Gesetz vielleicht vor dem Scheitern bewahren werde. Personen zwischen 16 und 18 Jahren könnten doch kaum mehr als besonders schuldbedürftige Personen angesehen werden. In vielen Fällen genügen junge Leute in diesem Alter bereits ihrer Wehrpflicht. — Die im Kompromiß vorgeschlagene Maximalzuchthausstrafe von fünf Jahren scheint mir etwas reichlich hoch. — Ich werde für den Antrag Dahlem stimmen, hoffe aber, daß bis zur dritten Lesung noch eine bessere Fassung gefunden werden wird. In erster Linie ist der Schutz der unehelichen Kinder gegen die Mißhandlungen der Zuhälter nötig.

Abg. v. Ziemkowski-Pomian (Pole): Das Zuchtigungsrecht sollte überhaupt nur den Eltern zustehen. Aber auch der Mißbrauch des Zuchtigungsrechts seitens der Eltern muß scharfer als bisher bestraft werden. Das Schulalter muß auf 18 Jahre heraufgehoben werden. Unverständlich ist mir, wie man bei Kindermißhandlungen sagen kann: Roheit genügt nicht, es muß Grausamkeit vorliegen. Zumal Sie gestern eine rohe Behandlung von Tieren unter Strafe gestellt haben. — Unter wiederholter Mißhandlung haben wir in der Kommission systematische Mißhandlung verstanden. Sollte der Ausdruck mißverständlich sein, so wären wir bereit, ihn fallen zu lassen. Was die Fürsorgezöglinge anbelangt, so wollen wir, daß der Anstaltsleiter für alle vorkommenden Mißhandlungen verantwortlich gemacht wird.

Abg. Gröber (Z.): Wir sind ziemlich allein auf weiter Flur. (Sehr wahr! links.) Es liegen jetzt so viele Anträge vor, daß die Abstimmung schwierig werden wird, wir werden uns bemühen, recht aufzupassen. (Heiterkeit.) Herr Fajbender hat den Kompromißantrag unterschrieben, obwohl er selbst für den Schutz bis 18 Jahre ist. Wie verberben doch die Kompromisse die guten Herzen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch das Wort „grausam“ geht nicht weit genug. Ich bin für die Fassung des Antrags Frohne: „roh oder boshaft“. Den Ausdruck „wiederholt“ haben wir gewählt, um Mißhandlungen zu treffen, die über die momentane Erregung hinausgehen. Der zweite Teil des Kompromißantrages entspricht mehr dem Herzen meines Freundes Fajbender, er würde am liebsten die Todesstrafe festsetzen. (Heiterkeit.) Wie erscheint aber die Zuchthausstrafe hier doch zu weitgehend. Diese schwere Strafe wird sonst nur verhängt, wenn ganz außerordentlich schwere Folgen aus der Straftat entspringen. Mehrere Jahre Gefängnis sind auch schon eine sehr kräftige Strafe.

Ein Regierungskommissar: Wir haben an dem Schulalter von 16 Jahren festgehalten, weil es sich hier um den Schutz von Kindern handelt und weibliche Personen mit 16 Jahren bereits ehefähig sind, männliche mit 17 Jahren Soldat sein können. Im übrigen halte ich die Fassung des Kompromißantrages für besser als die Kommissionsfassung. Das Wort „grausam“ trifft in volkstümlicher Weise den Charakter der Kindermißhandlungen und die Richter werden diesen Begriff gewiß richtig auslegen.

Abg. Frohne (Soz.):

Ich hoffe, daß das hohe Haus an dem Schulalter von 16 Jahren festhält. Wenn der Regierungsdirektor meinte, man könne doch dann nicht mehr von Kindermißhandlungen sprechen, so können wir ja sagen, es soll ein strafrechtlicher Jugendschutz sein, dann steht der Wahl des 18. Lebensjahres nichts mehr im Wege. Jedem etwas Stichhaltiges gegen dies Schulalter ist nicht geltend gemacht worden. Es handelt sich ja nicht nur um den Schutz von Kindern. In der Begründung heißt es: „Die Vorschläge trifft nicht nur Eltern, Adoptiveltern, Pflegeeltern, Vormünder und Pfleger, denen die Pflege für die Person des Mißhandelten obliegt, sondern unter Umständen auch Lehrer, Erzieher, Ärzte und andere Medizinalpersonen, ferner die in Gefängnissen, Waisenhäusern, den zur Pflege Kranker und Hilfsloser bestimmten und ähnlichen Anstalten beschäftigten Personen, sofern der Mißhandlung ihrer Obhut unterliegt. Nicht minder gehören die Mütter hierher, welche die Pflege neugeborener, insbesondere unehelicher Kinder übernehmen, sowie Dienstmädchen, denen die Kinder von ihrer Herrschaft anvertraut werden und dergl.“ Dadurch ist der Kreis der Personen, die geschützt werden sollen, noch gar nicht erschöpft. Ich verweise nur auf die vielen Tausende von Lehrlingen im Handwerk und anderen Berufen, die manchmal recht bösartigen systematischen Quälereien ausgesetzt sind, auf jugendliche Dienstmädchen usw. Der Kompromißantrag entzieht alle diese Gruppen von Personen dem Schutze gegen Mißhandlungen. Herr Kalle meinte, ein Mensch über 16 Jahre ist nicht mehr wehrlos. In Wirklichkeit liegen die Dinge doch nicht so. Es kommt darauf an, in welchem Maße eine solche Person durch die Handhabung der Autorität eingeschüchtert ist, um alles, was zu ihrem Schutze dient, zu unterlassen. Der Mißbrauch der Autorität ist es gerade, der getroffen werden soll. Andere Staaten wie England und Italien kennen eine Altersgrenze für solche Mißhandlungen unter Mißbrauch der Autorität überhaupt nicht. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hermann (Sp.) tritt für den Kompromißantrag ein. Den Scharfsinn der Juristen in Ehren; solche Gesetze müssen aber in erster Linie dem Volksempfinden Rechnung tragen. Herr Stadthagen meint, daß man eigentlich das 21. Jahr als Schutzgrenze festsetzen solle. Das steht doch im Widerspruch zu den sonstigen Anschauungen der Sozialdemokratie, die das Wahlrecht mit dem 20. Jahre beginnen lassen will. Das Zuchtigungsrecht der Eltern wird in keiner Weise angefaßt. Aber Milde gegenüber der Mißhandlung schuldloser Kinder ist durchaus unangebracht. Das Gesetz muß in erheblicher verschärfter Form herabstiebel werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Wagner (Nachf. L.): Selbstredend sind auch wir für die schärfste Bestrafung der Mißhandlung schuldloser Kinder, genau wie wir für die verschärfte Bestrafung gemeiner Ehrabschneiderereien eintreten. Einer alten Gewohnheit des Hauses

zufolge lasse ich die persönlichen Ansprachen, die sich der Abg. Stadthagen mir gegenüber geleistet hat, unbeantwortet. (Rachen bei den Sozialdemokraten!) Die Frage der Altersgrenze ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage.

Abg. Fajbender (Z.): polemisiert gegen seinen Fraktionsfreund Gröber und verteidigt den Kompromißantrag.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Selbstredend haben wir keine Veranlassung, die Zuhälter von der Wirkung des Gesetzes auszunehmen; wir bestreiten nur, daß die Fassung des Kompromißantrages geeignet ist, die Zuhälter zu treffen. Herr Hermann gegenüber bemerke ich, daß wir durchaus nicht daran denken, generell alle Personen bis zum 21. Jahre unter das Schutzbestimmungsgebiet des Gesetzes auf alle Personen bis zum 21. Jahre ausgedehnt, die sich irgendwie in Fürsorge befinden. Wir wünschen eine Ausdehnung des Schutzes namentlich auch deshalb, weil wir die Möglichkeit schaffen wollen, daß bei Mißhandlung von Lehrlingen usw. von Amts wegen eingeschritten wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Dr. Fajbender (Z.) zieht seinen Eventualantrag zum Antrag Dahlem zurück.

Die Anträge Stadthagen und Frohne, in dem Antrag Dahlem das Schulalter von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen, das Wort „grausam“ durch die Worte „roh und boshaft“ zu ersetzen und die Zuchthausstrafe zu streichen, werden angenommen und dann der so gestaltete Antrag Dahlem.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

(Vorher 8. Beratung des Militärstrafgesetzbuches, nachher Petitionen.)

Schluß 6 Uhr.

## Parlamentarisches.

Aus der Reichsversicherungsordnung-Kommission.

Sitzung am Freitag, den 18. Januar.

Besondere Ortskrankenkassen.

So bei Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung eine Ortskrankenkasse für einzelne oder mehrere Gewerbe- oder Betriebsarten oder allein für Versicherte eines Gewerkschafts besteht, wird sie unter gewissen Voraussetzungen auch fernerhin neben der allgemeinen Ortskrankenkasse als besondere Ortskrankenkasse zugelassen. In den Voraussetzungen gehört die, daß die Kasse nach der Vorlage mindestens 500 Mitglieder haben muß.

Auch hier verschlechterten die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum die Vorlage, indem sie trotz des entschiedenen Widerspruchs der Sozialdemokraten die Mindestmitgliedszahl der zugelassenen Kassen auf 250 herabsenkten.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die besonderen Kassen nur dann weiter bestehen bleiben sollen, wenn die Mehrheit der Personen, die Pflichtmitglieder der Kasse werden sollen, damit einverstanden ist. Die Regierungsdirektor erklärte, daß eine derartige Bestimmung im Einführungsgezet vorgeschlagen werde.

Betriebskrankenkassen.

Die Regierungsvorlage schlug vor: Ein Arbeitgeber kann für jeden Betrieb, in dem er dauernd mindestens 500 Versicherungspflichtige beschäftigt, eine Betriebskrankenkasse errichten, aber auch eine gemeinsame für mehrere Betriebe, in denen er dauernd zusammen mindestens 500 Versicherungspflichtige beschäftigt. In der ersten Lesung wurden alle Bestimmungen über die Betriebskrankenkassen abgelehnt, weil das Zentrum einem von den Sozialdemokraten beantragten Zusatz zugestimmt hatte, nach dem auch eine Betriebskrankenkasse nur dann errichtet werden kann, wenn sich die Mehrheit der Personen, die ihr als Pflichtmitglieder angehören sollen, dafür erklären. Dieser Antrag wurde in der ersten Lesung angenommen und darauf stimmten die Konservativen und Nationalliberalen gegen die Betriebskrankenkassen überhaupt.

Jetzt aber kam ein gemeinsamer Antrag der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums, der die Bestimmungen der Vorlage wieder aufnimmt und zugleich in dem wichtigsten Punkte noch weiter verschlechtert. Denn nach diesem Antrage soll die Mindestmitgliedszahl für die Betriebskrankenkassen auf 100 und bei einem landwirtschaftlichen Betriebe oder Binnenverkehrsbetrieb sogar auf 50 herabgesetzt werden. Auf Antrags des Abg. Erdmann wurde hier statt 100 Mitglieder 150 gesetzt, im übrigen der Antrag unverändert angenommen. Außerdem beschloßen die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum, daß es in Saisonbetrieben für die Errichtung einer Betriebskrankenkasse schon genügt, wenn die Mindestzahl während zweier Monate vorhanden ist. Die Sozialdemokraten wandten sich — leider vergeblich — sehr entschieden dagegen, daß so kleine Betriebskrankenkassen zugelassen werden, weil sie leistungsunfähig sind.

Die Sozialdemokraten wiederholten daher ihren Antrag aus der ersten Lesung, daß eine Betriebskrankenkasse nur dann errichtet werden darf, wenn sich die Mehrheit der beteiligten Arbeiter damit einverstanden erklärt. Das Zentrum schwieg sich jetzt zu dem Antrage aus und begnügte sich damit, zusammen mit den Konservativen und Nationalliberalen den Antrag niederzustimmen.

Ferner wiesen die Sozialdemokraten darauf hin, daß bereits wiederholt Arbeiter durch den Bankrott eines Unternehmers geschädigt worden seien, der eine Betriebskrankenkasse eingerichtet hatte. Die Debatte ergab, daß es hier in der Tat an dem notwendigen Schutze der Arbeiter fehlt. Deshalb beantragten die Sozialdemokraten, daß der Arbeitgeber, dessen Betriebskrankenkasse weniger als 250 Pflichtmitglieder hat, bei der für seinen Beschäftigungsort zuständigen Orts- oder Landkrankenkasse den doppelten Betrag der Prämienzahlung der betreffenden Kasse für jeden Versicherten hinterlegen muß. Die bürgerlichen Parteien lehnten auch diesen Antrag ab.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Beamtenwirtschaft in den Reichsämtern.

Am Freitag wurde in der Budgetkommission des Reichstags eine geradezu unglückliche Wirtschaft in den Reichsämtern zur Sprache gebracht. Kapitel 45 des Marineetat enthält eine Ausgabe von 1 087 113 M. für mittlere und Kanzleibeamte im Marineamt. Als im Reichsamt des Innern von den Beamten, die im vorigen Jahre eine glänzende Gebaltsregelung erzielten, statt der sechsständigen eine siebenständige Bureauzeit verlangt wurde, streikten die Herrschaften ein. Der Betrieb funktioniert so ausgezeichnet, daß die Abschreibebücher für einen Bogen auf fünf Blatt zu stehen kommt, während die Bücher bei der bayerischen Regierung nur 80 Bl. betragen. Im Marineamt soll der Bogen „nur“ etwa 2 M. kosten. Erst in neuerer Zeit ist bei den Zentralbehörden ein Pflichtpensum von 6 Bogen und von 7 Bogen bei den Provinzialbehörden eingeführt worden. Die Beamten nehmen nicht selten Schreibarbeit mit nach Hause, die sie glänzend bezahlt erhalten; es herrscht vielfach die einträgliche Praxis, diese Hausarbeit als „Nacharbeit“ zu bezeichnen, die dann noch besonders hoch bezahlt wird. Manche dieser Kanzleibeamten haben so, wie in der Kommission nachgewiesen wurde, ein höheres Einkommen als Landgerichtsdirektoren. Die Regierung mußte zugeben, daß solche tollen Zustände tatsächlich bestanden haben; nach der Einführung des Pflichtpensums seien die Hausarbeiten eingeschränkt worden, womit die Beamten nur sehr wenig zufrieden seien.

Von sozialdemokratischer Seite wurde diese Wirtschaft auf das schärfste gegeißelt; als Gegenstück wurde auf einen Gerichtsbericht



# 95

# Jandorf's

## Woche

# 95

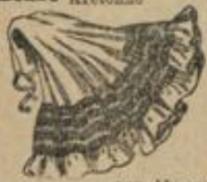
Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnensir. Kottbuser Damm

Die Ausgabe der Rabattmarken bleibt bestehen. Soweit Vorrat

Bis Sonnabend den 21. Januar. — Die annoncierten Artikel stellen nur einen kleinen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar.

### Damen-Konfektion

- 1 Bluse Hemdfasson, aus Barchent, mit Satin-Ueberskragen 95 Pf.
- 1 Bluse Hemdfasson aus popelin-artigen Stoffen, Vorderteil in Falten 95 Pf.
- 1 Bluse Hemdfasson aus Kretonne 95 Pf.
- 1 Unterrock aus Alpaca, mit gestreiftem Volant 95 Pf.



- 1 Matinée dunkle Muster 95 Pf.
- 1 Unterrock aus tuchartigen Stoffen, mit verschiedenen Volant 95 Pf.
- 1 Russenkittel aus tuchartigen Stoffen, mit verschiedenen Borten bes. 95 Pf.
- 1 Kinderkleid aus dunkel kariertem Velour-Barchent, mit besetzter Phase, abgesetztem Volant u. Laackgürt. 95 Pf.



**1 Kupon Schweizer Stickerei 95**  
4-10 Meter, Melé, mit Satin, Einsatz oder Ansatz, best. vorragendes Sortiment

### Weisswaren

- 1 hochelegantes Jabot im Karton, in vielen Arten 95 Pf.
- 1 Matrosen-Garnitur für Kinder, Krage, Manschetten, u. G. el. marine Stoff, weiss-garn. 95 Pf.
- 1 Spachtel-Garnitur für Damen, Krage, Manschetten und Häfchen. 95 Pf.
- 1 Kinder-Garnitur Krage und Manschetten weiss Piqué, reich mit Stickerei garniert. 95 Pf.
- 1 Unterrock-Volant 95 Pf.
- 1 Meter Stickereistoff sehr hübsche Muster 95 Pf.

### Baumwollwaren

- 3 Küchenhandtücher 95 Pf.
- 3 Küchenhandtücher 95 Pf.
- 3 Stubenhandtücher 95 Pf.
- 6 Geschirrtücher ges. u. geb. 12 gelbe Poliertücher od. imit. Ledertücher 95 Pf.
- 1 Jacquard Rolltuch 95 Pf.
- 1 Restaurations- oder Kaffeedecke bunt, gesäumt 95 Pf.

### Wirtschaftsartikel — Emaille

- 1 Handtuchhalter Hartholz mit Stange und 4 Schildern
- 1 Waschbrett
- 1 Wascheleine ca. 25 m
- 1 Küchenstuhl
- 1 grosse Küchenbank
- 1 Fussbank Hartholz
- 1 Küchenbeil extra stark



- 1 Stehleiter, 4 Stufen
- 1 Gewürztagere m. 6 Tönnch.
- 1 bezogenes Plättbrett mit Qu. röhre
- 2 Küchenbretter
- 1 Messerputzbrett
- 1 Reibekeule
- 1 Fleischklopper



- 1 lackierte Brotdose 95 Pf.

- 3 Paar Solinger Bestecke
- 6 Solinger Tischmesser
- 1 Borstenbesen
- 1 Borstenhandfeger 95 Pf.
- 1 Rosshaarbesen
- 1 starker Ascheimer schwarz lackiert
- 1 extra grosser Ringständer blank r. Fuss, mit Feuerhaken



- 1 Bürstenträger mit Spiegel und 2 Bürsten 95 Pf.
- 1 Kleiderbürste
- 1 Hutbürste
- 1 Kopfbürste
- 1 Wascheleine ca. 45 Meter lang
- 1 doppeltes Wi gemesser
- 1 Hackmesser mit 3 Messingblättern



- 1 Aluminium Schmortopf ca. 18 cm
- 1 Aluminium Kasserolle ca. 16 cm

### Wäsche — Schürzen

- 1 Damen-Taghemd, 95 Pf.
- 1 Damen-Nachtjacke
- 1 Barchent-Beinkleid
- 1 Knie-Beinkleid
- 1 Unterrock
- 1 Kissenbezug
- 1 Unterteile
- 1 Empire-Korsett

- 1 Spiral-Korsett
- 1 Frack-Korsett
- 1 Miederschürze
- 1 Halbreformschürze
- 1 Hausschürze
- 1 Empresschürze
- 1 Kleiderreformschürze
- 1 Tändelschürze
- 1 Kinderhänge- oder Kimono-Schürze

**1 Mtr. Deckenstoff 95**  
diverse Farbenstellungen

### Taschentücher

- 1 Dtz. Taschentücher
- 1 Dtz. Taschentücher
- 1/2 Dtz. Taschentücher
- 1/2 Dtz. Taschentücher
- 1/2 Dtz. Taschentücher

### Porzellan

- 6 Paar Kaffeetassen
- 6 Dessertteller
- 6 Speiseteller
- 1 Waschgarnitur
- 1 Kaffee-Service
- 1 Satz Salattieren
- 1 Satz Salattieren
- 1 Käseglocke
- 1 Butterglocke

### Strümpfe

- 3 Paar Herrensocken
- 3 Paar Herren-Schweisssocken

*Sparame Raucher*

- rauchen Fehlfarben der 6 Pf. - Cigarre No. 61 10 Stück 50 Pf.
- 7 Pf. - Cigarre No. 30 10 Stück 55 Pf.
- 10 Pf. - Cigarre No. 95 10 Stück 75 Pf.

**J. Neumann**

Berlin. Begründet 1850. Hamburg. Cigarrenfabriken. Ueber 200 Niederlagen in Deutschland.

Fehlfarben sind in Qualität den sortierten Cigarren ebenbürtig

**Pa. Schlack- u. Salamiwurst 1.20 M.**

Gr. geräucherte Gänsefüssen, 3. Robellen, ff. Gänsefleisch, garantiert rein, a 3 Pf. 1.20 M., empfiehlt Hermann Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95.

**A. B. KOCH**

Gegründet 1893 Kohlen- und Briketts-Großhandlung Gegründet 1893  
Hauptkontor: Petersburger Str. 1 Berlin O. 34 Telephone: Amt 7. 3040 und 3096.  
Lagerplätze: 1. O., Rüdersdorfer Straße 71. 2. O., Fruchtstraße 12. — 3. N., Behmstraße 28-34.  
Preise für Ia Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:  
Ia Marienglück Salon p. Ztr. 82 Pf. Ia Gothold Salon p. Ztr. 92 Pf.  
Ia Diamant Salon p. Ztr. 1.-M. Ia Halsteine p. Ztr. 80 Pf.  
Ia Ilse p. Ztr. 1.-M. Ia Anthracit Candé p. Ztr. 2.30 M.  
Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 10-18 Pf. mehr.  
Bruchbrikett, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.  
Holz, zerklüftet, per Zentner 2.- M.  
Bei größeren Abschüssen u. Originalwagg. verl. Sie meine Spezialofferte.

# Inventur-Verkauf

Nur noch bis inkl. Sonnabend, den 21. Januar cr.

Besonders günstig:

Ein großer Posten

# Sacco- u. Kochjadett-Anzüge

in allen Herrengrößen

früher	25	32	36	42	48	54	m.
jetzt	18	21	25	32	36	42	m.

Ausgestellt im Fenster Kölnischer Fischmarkt, Ecke Köpstraße.

# Leineweber

Kölnischer Fischmarkt 4, 5, 6, gegenüber der Breitestraße.

Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Beschwerde Acker Vindensstraße Nr. 69, dem hier Treppen - ...

gegen die Beisehende wegen einer kraßbaren Handlung eingeleitet ist. - 2. 38. Führen Sie bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Wohnort, gegen den Klagebegehren ...

der Kosten ist fast unzulässig. Wohnsitzung ist zulässig, soweit der Lohn ...

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 14. Januar.

Königl. Opernhaus. Königl. Schauspielhaus. Neues königl. Opern-Theater. Deutsches Theater. Komische Oper. Neues Schauspielhaus. Berliner Puppentheater.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Christian Loden, Kristiania. Grönland: die Eskimos, ihre Tänze und ihre Musik.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat). Sonnabend, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, nachm. 8 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.

Zirkus A. Schumann.

Sonnabend, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Grand Soirée high life. Briff-Braff-Broff.

Zirkus Busch.

Sonnabend, 14. Januar, abds. 7 1/2 Uhr: Elite-Gala-Vorstellung. Zum 1. Male: Fräulein Martha Mohrke, Schullehrerin.

Kaiser-Panorama.

Neu! Il. Tour v. Chamounix in das Montblanc-Gebiet. Ill. Interess. Reise in Indien. Eine Reise 20 Pl. Kind nur 10 Pl.

Modernes Theater.

(früher Hebbeltheater). Abends 8 Uhr: Doppelmeasch.

Berliner Volksoper.

Beste-Blanche-Strasse 7/8. 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Der Feldherrnhügel.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr: Der Unterpräfekt.

Der Unterpräfekt.

Schwanz in 3 Akten von L. Gondillot. Morgen und folgende Tage: Der Unterpräfekt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, 14. Januar, abds. 8 1/2 Uhr: Krieg im Frieden.

Luisen-Theater.

Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends 8 Uhr: Kean.

ROSE-THEATER.

Große Straßfurter Str. 109. Anf. 8 Uhr. Ende nach 11 1/2 Uhr. Der Müller und sein Kind.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Hurra! Wir leben noch!

Lessing-Theater.

Sonnabend 8 Uhr: Die Ratten. Sonntag, 8 Uhr: Rosenmontag. Sonntag, 8 Uhr: Die Ratten.

Berliner Theater.

Heute: Bummelstudenten, 8 Uhr. Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater.

Zum 29. Male: Der G. m. b. H.-Tenor. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

WINTERGARTEN.

Neuer Spielplan! ETHEL LEVEY. Amerikas Favorit.

Herrnfeld Theater.

Abends 8 Uhr: Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er.

Theater Sanssouci.

Wie werde ich reich? 10 1/2 Uhr: Fédia de Férad.

Lichtspiele.

MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Bosphorus.

Das Variete-Konsumsystem bleibt. Täglich 8 Uhr: Das große Januar-Lach-Programm bleibt!

Berliner Theater.

Heute: Bummelstudenten, 8 Uhr. Morgen: Bummelstudenten.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Hurra! Wir leben noch!

Herrnfeld Theater.

Abends 8 Uhr: Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er.

Theater Sanssouci.

Wie werde ich reich? 10 1/2 Uhr: Fédia de Férad.

Lichtspiele.

MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Bosphorus.

Das Variete-Konsumsystem bleibt. Täglich 8 Uhr: Das große Januar-Lach-Programm bleibt!

Neues Theater.

Zum 29. Male: Der G. m. b. H.-Tenor. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

WINTERGARTEN.

Neuer Spielplan! ETHEL LEVEY. Amerikas Favorit.

Herrnfeld Theater.

Abends 8 Uhr: Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er.

Theater Sanssouci.

Wie werde ich reich? 10 1/2 Uhr: Fédia de Férad.

Lichtspiele.

MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Bosphorus.

Das Variete-Konsumsystem bleibt. Täglich 8 Uhr: Das große Januar-Lach-Programm bleibt!

Apollon Theater.

Ein Erfolg ohne Gleichen. Otto Reutters neueste Schlager sowie das große Sensations-Programm.

Theater des Westens.

8 Uhr: Das Puppenmädchen. 10 1/2 Uhr: Rottkäppchen. Sonntag 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr: Affe Consul. Menschengardisteller. P. Schneider-Duncker. Lina Loos.

Excelsior-Lichtspielhaus.

Einen wirklichen Genuß bietet eine Vorstellung im Excelsior-Lichtspielhaus. Rixdorf, Bergstr. 151/152. (Passage.)

Casino-Theater.

Lebend! Das blaue Weib: Ein Opfer wilder Barbaren. Prinz Atom: der kleinste Mensch aller Zeiten.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Musikanten-Weihnacht. Beginn wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Der G. m. b. H.-Tenor.

Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

WINTERGARTEN.

Neuer Spielplan! ETHEL LEVEY. Amerikas Favorit.

Herrnfeld Theater.

Abends 8 Uhr: Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er.

Theater Sanssouci.

Wie werde ich reich? 10 1/2 Uhr: Fédia de Férad.

Lichtspiele.

MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Bosphorus.

Das Variete-Konsumsystem bleibt. Täglich 8 Uhr: Das große Januar-Lach-Programm bleibt!

Neues Theater.

Zum 29. Male: Der G. m. b. H.-Tenor. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

WINTERGARTEN.

Neuer Spielplan! ETHEL LEVEY. Amerikas Favorit.

Herrnfeld Theater.

Abends 8 Uhr: Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er.

Theater Sanssouci.

Wie werde ich reich? 10 1/2 Uhr: Fédia de Férad.

Lichtspiele.

MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Bosphorus.

Das Variete-Konsumsystem bleibt. Täglich 8 Uhr: Das große Januar-Lach-Programm bleibt!

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S. Spandau

Wolter, Carl

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick

Franz Abraham

Dece Brause

Si-Si

Arbeiterbekleidung

F. Falk

Rohnen & Jöring

Bäckerien, Konditor

Feronia

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Buehl & Sohn

Bäckerei „Nordstern“

Bäckerei Ostern

Carl Kappler

Kunze, Crossbäckerei

Lichtenberger Brotfabrik

Rich. Liebenow

Ulbrich

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Arkona-Bad

Bürger-Bad

Canitz-Bad

Central-Bad

Hohenstaufen-Bad

Bad

Kur-Anstalt „Löser“

Kuranstalt

Erscheint 2 mal wöchentlich

Köhn's Samariter-Bad

Bad Nord-Ost

Silesia

Viktoria-Bad

Friedrich-Wilhelmsbad

Bandagen, Gummis

Wende, A.

Reiche, A.

Beardg.-Anst., Sergm.

Max Fuchs

F. Falk

Rohnen & Jöring

Bäckerien, Konditor

Feronia

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Buehl & Sohn

Bäckerei „Nordstern“

Bäckerei Ostern

Carl Kappler

Kunze, Crossbäckerei

Lichtenberger Brotfabrik

Rich. Liebenow

Ulbrich

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Arkona-Bad

Bürger-Bad

Canitz-Bad

Central-Bad

Hohenstaufen-Bad

Bad

Kur-Anstalt „Löser“

Kuranstalt

Bezugsquellen-Verzeichnis

Caramel-Weißbier

Groterjans

H. C. Habels Brauerei

Goldbier

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Richter & Co.

Roland

Schade

Schlossbrauerei

Weissbier Albert Braun

Blumen und Kränze

W. Adelung & A. Hoffmann

Wilh. Scholem

W. Adelung & A. Hoffmann

W. Adelung & A. Hoffmann

Brauerei „Germania“

Brauerei „Germania“

Brauerei „Germania“

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der „Sarotti“

Cigarrenhandlungen

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Damenkonfektion

Max Arndorf

Holz & Ascher

König

Pappelbaum

Westmann

Wolff

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie

J. Beez, Petersburger Straße 72

Reichen-berger „Sport“

Reichen-berger „Sport“

Brenneke, C.

Gericke & Wolfram

Robert Bludschus Nachflg.

Danziger Fleisch-Centrale

Rich Deckert

Anton Fehlab

Fleisch-Zentrale Charlottenb.

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Oskar Fritsch

L. Friede

Gerhard

Georg Heiter

Carl Jacobczyk Spandau

Albert Jähnert

Fritz Jentsch

Jul. Kempe

Oskar Klähn

Fritz Klein

August Koch

A. Köhn

Linke's Fleischzentrale

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Karl Unte

Wilh. Vogel

C. Wiese

August Will Spandau

Wurst-Speck, Schinken

Glas u. Porzellan

Floeder & Kroll

Look's Rollschuh-Centrale

Phonographen-Ratz

Sprechmaschinen-Centrale

Arthur Kühn

Rogenz, S. O.

Wandell

Haus- u. Küchengeräte

G. Böbbe

Dähmert, O.

Ferdinand Gompowski

Küchen-Schreier

Fortsetzung siehe nächste Seite



Bettinger, Eng., Wald-Ecke, Wiedel. Conrad, Großdehtillation Oranienstr. 207, Ecke Skalitzerstr. Dennhardt & Schultze, Brunnenstr. 11. Eilem, Weyle, Likörfabrik, Gertrichstr. 16. Grodd, 'Zur Sonne', P. Freudenberg. K. Lehmann, Nowaweg, Großbrennstr. 13. Martin, Bruno, El.-Hermannstr. 15. Morien, Louis, Belle-Alliancestr. 19. Rieß, Fritz, El.-Hermannstr. 15. Schwandy, H., Rosenthalerstr. 67. Sello, Hermann, Fl. Lall. Stadt. Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Ignatz Sello auch Liköre u. Säfte, Brunnenstr. 16 u. Filial. Einzelverk. z. Engros. Welthe, W., Hermannstr. 160. Wein-Vertriebs-Gesellsch. v. Malottki G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60. Bitte Preisl. zu verl. Tel. III. 8192. Wermuth, Oswald, Kopenhag.-Str. 1. Wolf, Wollw., Trikot. Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75. Max Bahr, Mühlenstr. 42. H. Barts, Schönhauser Allee 107.

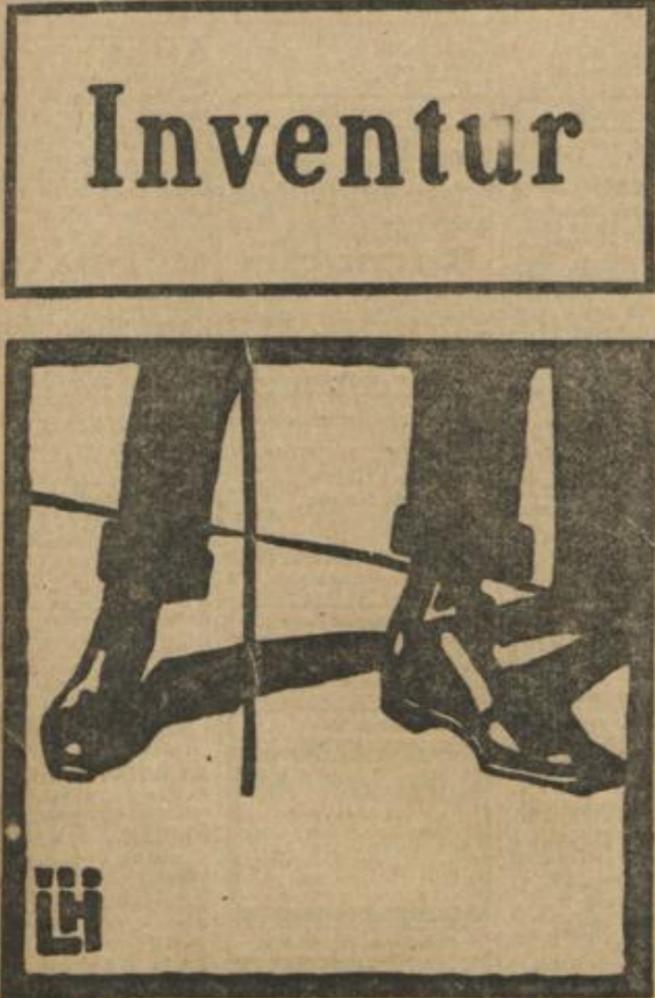
Bredow, Otto, El.-Hermannstr. 56. Otto Erdmann, Mirbachstr. 36. M. Gardels, Bismarckstr. 76. Hans, A., Weg 26. Hago Hecht, Chorinerstr. 65 a. Hirschfeldt, Reichenbergerstr. 61. Hoppe, E., Scharnweberstr. 42. Jonas, Hermann, Kietzstr. 11. Juncker, H., Rixdorf, Hermannstr. 177.

Kaufh. Katski, El.-Kais-Friedr.-Str. 113. Carl Kleins, Höchstestr. 16, N.O. 18. Robert Kutsche, Gubenerstr. 36. Adolf Küsel, El.-Bergstr. 84 a. R. Lehmann, lah. Wistler, Köpenick. Eugen Lewald, Frankfr. Allee 187. Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 52 1/2. A. Lüdek, Rixdorf, Kais.-Friedr.-Str. 177. Luster, C., Reichenbergerstr. 61. Hermann Meyer, Schivelbeiner Str. 21. A. Nitschpan, Bergmannstr. 113/113a.

Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 205. Müller, E., Wäsche eig. Fabrikatz. Pietschmann, Marie, Jagowstr. 28. A. Radloff, Reinkndt, Markt 1 a 50e. Raehmer, C., Andreasstr. 69. Schaefer, Hussitenstr. 49. M. Schaefer, S.W. Hollmannstr. 43. W. Maassstr. 17. Schrom, Lina, Mirbachstr. 21.

Sigmund Simon Nr., Köpenickstr. 133. Stawenow, Carl, Gärten-Str. 18. L. Vierarm, Zionkirchstr. 24. E. Voigt, Bismarckstr. 194. Weber & Heynacher, Gr. Frk. 84 90. Wollhaus Lucas, Rixdorf, Bergstr. 63. Wild u. Geflügel. C. Dittmann, Rixdorf, Berliner Str. 42.

O. Grimm, Landsberger Allee 20, auch Flasche. Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19. Stenzel, L., Ri. Berlinerstr. 10 auch Obst. Zimmer, H., Prinzenstr. 12. Zahn-Atelier. E. Bado, N. Kastanienallee 101, I. Hollbruch, Herm., Pankstr. 3, geg. 1571. Jordan, Aifr., Feinstr. 61, geg. 1582. Schmidt, W., Rixdorf, Reuterstr. 611. Vorzeiger dieses 10% Rabatt.



# Räumung der Restbestände der Saison

Weit herabgesetzte Preise

## Moderne Strassenstiefel für Damen und Herren

Vorzügliches Boxkalf oder Chevreau, Lackkappe, Derby-Schaftschnitt und andere Ausführungen

8<sup>90</sup> (früher 10<sup>50</sup>) 9<sup>80</sup> (früher 12<sup>50</sup>) 11<sup>80</sup> (früher 15<sup>50</sup>) 14<sup>80</sup> (früher 18<sup>00</sup>)

## Eleg. Damen-Tanzschuhe - Wiener u. Pariser Genre

## Gefütterte Damen- und Herren-Hausschuhe Leder, Melton, Kamehaarstoff

1<sup>90</sup> (früher 2<sup>75</sup>) 2<sup>40</sup> (früher 3<sup>90</sup>) 3<sup>90</sup> (früher 5<sup>50</sup>)

## Ein Posten erstklassiger „Carola“-Kinderstiefel

25-27 4<sup>10</sup> (früher 5<sup>00</sup>) 28-30 5<sup>10</sup> (früher 6<sup>00</sup>) 31-35 6<sup>10</sup> (früher 7<sup>00</sup>) 36-40 7<sup>10</sup> (früher 8<sup>50</sup>)

Restbestände von Kinder-Hausschuhen etc.

# Carl Stiller jr.

W. Leipziger Strasse 29 S. Oranien-Strasse 155-156  
Ecke Friedrich-Strasse (Mädlerhaus) Ecke Prinzessinnen-Strasse,

W. Königgrätzer Str. 124-129  
Hotel Fürstenhof

# Die Fleischnot

Originalbüchsen zu 10 50 100 200 500 Würfel  
M. — 50 2.40 4.75 9.25 20.—

ist leichter zu ertragen,

wenn die Hausfrau die zur Bereitung von Suppen, Saucen, Gemüsen, Ragouts usw. benötigte Fleischbrühe aus

## MAGGI'S Bouillon - Würfeln

herstellf. Jeder Würfel zu 5 Pf. gibt 1/2 Liter feinste Fleischbrühe.

Allein echt mit dem Namen MAGGI und dem Kreuzstern



1. Ziehung 1. Kl. 224. Kgl. Preuss.-Lotterie. Ziehung vom 15. Januar vormittags. Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.) 814 702 1118 210 [200] 322 799 2312 89 706 3154 411 75 342 829 121 056 4051 [1000] 201 504 765 828 58 [100] 924 5088 614 6059 147 221 520 729 4 7948 675 75 851 8301 329 414 811 31 9179 324 45 964 10215 55 50 581 687 68 11432 875 13160 264 304 [200] 14290 109 815 810 525 15050 337 875 97 791 16028 430 004 97 17139 22 270 873 435 74 608 9 28 30 [100] 889 99 18081 108 372 491 608 19179 109 37 20055 78 80 785 86 894 [100] 21254 439 [200] 581 22315 815 81 23117 301 [100] 724 37 679 74 24329 869 205 25170 271 481 536 649 711 855 26014 189 280 447 555 669 840 27025 85 117 307 10 965 742 811 28922 [100] 950 29000 88 366 692 715 910 30041 513 88 31051 179 347 468 645 891 32192 206 328 421 500 590 33154 810 [100] 81 188 98 621 903 34034 64 78 91 433 589 700 35015 192 279 374 323 601 74 906 36171 380 500 39 84 877 37717 955 002 4 735 943 47 58 38747 817 89 999 39051 301 668 89 712 31 31 60 40122 58 571 854 41305 384 86 983 42703 674 907 43207 93 319 326 824 44115 [200] 371 85 207 74 410 624 58 891 992 45081 130 479 510 43 665 75 46703 87 589 893 95 841 95 47003 107 412 346 602 48101 223 30 323 311 49002 [100] 105 214 591 902 50075 409 630 [2000] 705 51303 491 544 52141 706 472 674 707 [100] 963 80 53148 643 731 54067 178 506 14 915 55110 321 303 700 800 813 30 56716 57787 805 58222 [100] 59088 300 89 785 018 42 60107 243 263 827 [100] 750 811 72 61002 272 400 504 62104 800 [100] 411 [200] 46 356 63241 540 64001 214 47 87 59 306 11 422 570 614 46 775 89 801 985 28 65515 437 68 [100] 525 668 740 77 90 680016 139 457 678 700 67082 682 68283 94 411 58 548 603 69197 60 730 [100] 68 897 70141 685 801 71289 [100] 250 428 576 805 958 72190 99 399 491 652 772 73019 89 416 710 848 881 74091 248 501 845 718 72 907 41 72 [100] 75005 216 451 [100] 624 [100] 26 734 76711 43 269 329 825 74 84 149 57 80 77419 847 428 63 78764 629 92 79164 81 300 80110 304 420 819 29 78 81005 90 280 47 [100] 360 8407 499 621 43 810 83004 [200] 257 463 525 80 580 871 490 794 876 87188 292 442 376 89 819 [200] 810 47 35 88084 314 690 89230 97 878 [100] 873 732 845 51 15 90122 [200] 243 740 900 91899 815 15 28 93119 879 94205 322 313 95090 342 45 59 519 990 778 808

96008 10 256 241 27 552 702 97036 181 55 215 [200] 51 528 68 679 787 98119 413 86 507 99364 477 759 100289 535 20 556 72 808 90 900 101451 58 359 678 779 894 [100] 935 102602 704 44 65 [20000] 985 103215 [100] 842 906 23 105 13 104024 581 353 434 500 984 105508 361 225 214 [100] 545 925 106411 741 91 107943 537 57 785 021 108044 101 580 314 508 [200] 25 109052 250 [100] 414 055 [100] 681 822 82 110100 320 602 880 111221 [200] 376 485 968 112107 51 [100] 268 359 79 [100] 428 536 611 965 113107 71 240 43 38 429 30 700 63 881 114275 828 [2000] 208 029 115813 95 820 36 68 908 116730 117125 264 689 850 118390 621 119021 228 55 343 426 52 701 820 82 910 74 120100 315 700 600 121175 220 55 907 065 14 853 122121 417 550 404 711 123230 509 607 708 [200] 124200 492 714 125139 380 128 128020 123 343 448 219 95 132 89 824 127005 225 901 71 74 436 635 128006 [100] 192 388 456 815 88 129227 450 587 900 44 63 900 130021 73 75 885 630 800 131065 258 75 312 132240 354 [100] 421 788 504 133419 [100] 78 846 749 818 870 85 134170 054 500 135 851 135108 284 136014 30 343 648 718 66 824 85 000 78 137122 47 89 96 405 709 925 138160 050 723 87 [400] 844 139294 273 430 424 34 790 [500] 829 37 48 140025 650 800 870 950 141041 876 940 142471 707 212 018 143115 74 530 [100] 632 144155 745 304 471 574 [200] 301 72 818 73 145073 172 45 214 630 73 146223 32 416 358 147992 100 734 [400] 749 71 885 98 148022 94 181 [200] 45 050 92 94 977 149025 43 242 257 584 729 [200] 707 150025 89 101 321 32 [100] 649 734 817 151126 425 [100] 25 574 218 78 022 152018 103 578 853 944 153081 379 249 41 041 58 634 120 877 884 154106 370 495 541 728 44 307 891 155212 404 [100] 6 54 308 919 156092 208 81 157219 96 301 [190] 614 37 323 45 098 158079 [400] 328 307 309 [100] 634 159029 20 841 900 160025 290 684 800 161194 162025 303 81 [100] 983 163071 504 [200] 748 164210 080 [200] 980 165001 434 28 390 166072 255 94 934 [100] 945 167088 274 708 70 168025 168026 90 815 400 902 37 600 710 169054 187 242 408 242 43 889 170025 466 714 [100] 900 18 171026 360 647 765 914 172026 821 23 60 857 91 908 173026 614 174021 [200] 79 400 710 81 [190] 175025 111 30 87 829 583 176025 819 177026 519 187 540 003 178026 423 41 091 179021 94 549 [100] 627 719 814 180026 45 430 26 228 [100] 87 904 181026 182026 436 855 183021 314 117 967 184021 [100] 25 284 [2000] 270 010 734 185022 279 85 484 532 793 921 39 186104 548 187027 85 150 422 874 794 188145 243 297 189124 [100] 232 420 825 [100]

1. Ziehung 1. Kl. 224. Kgl. Preuss.-Lotterie. Ziehung vom 12. Januar nachmittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.) 17 88 92 225 26 78 219 263 942 1311 426 612 890 91 2402 [200] 67 73 [100] 462 324 85 025 62 732 882 948 3379 913 26 4117 428 558 74 801 95 934 5284 500 822 [2000] 981 6174 588 602 821 7084 504 726 83 8410 [100] 512 9275 625 898 11224 445 97 679 908 12166 587 643 13117 270 87 683 782 14073 15901 308 14 394 613 16119 254 717 95 837 97 17083 64 80 544 800 71 18124 [100] 97 260 881 928 64 19251 274 448 556 64 977 20779 878 917 21157 215 681 729 980 22364 550 731 818 [200] 67 23304 800 644 805 24105 549 [100] 88 990 25166 354 743 73 26117 802 27019 151 87 811 67 80 624 [100] 771 674 909 28192 248 97 60 487 519 29118 77 880 951 30216 210 679 700 852 31592 478 777 81 [100] 684 32141 74 805 511 29 708 34 33367 507 84 835 34053 81 249 217 898 925 35046 238 506 713 33 874 36000 442 584 648 37127 817 [100] 20 430 574 49 682 93 726 808 39190 25 242 250 311 730 47 60 53 809 11 59 39100 580 949 81 40027 [200] 464 273 595 343 61080 97 413 [100] 517 80 84 42982 227 245 [200] 52 78 922 43081 [200] 200 841 99 556 94 656 825 850 44464 45078 [100] 517 870 855 74 979 [100] 48000 85 75 285 292 603 980 49663 591 822 73 50125 200 438 506 483 51026 238 701 52215 27 [100] 843 83799 945 71 54774 732 [100] 41 618 708 75 980 55574 767 925 56129 775 57255 487 713 254 59080 400 674 [100] 726 60005 [200] 309 42 937 61096 [200] 377 538 62081 482 706 63144 484 537 619 57 808 64148 545 597 663 65062 447 74 232 610 29 885 66071 776 80 811 925 78 67063 304 [100] 38 480 505 612 716 18 82 913 68080 83 150 97 321 60 424 638 40 753 69027 906 [100] 19 70050 45 428 74 501 805 71045 [100] 159 209 720 911 89 72130 238 888 905 73009 63 155 63 90 231 411 899 74083 494 704 [200] 28 75235 311 437 76232 414 [100] 77077 300 [100] 79 78 851 909 87 67 78300 489 625 858 87 [100] 922 79232 400 700 894 80043 81 689 818 81515 70 805 82087 225 [100] 81 500 480 584 [100] 787 83001 841 512 606 49 182 84272 364 627 85204 452 531 745 820 86090 181 331 78 207 90 705 [100] 90 87007 294 423 708 813 61 88122 465 [100] 86091 547 727 601 43 90114 [100] 91608 48 128 48 257 323 524 701 28 72 92156 346 28 [100] 93246 88 315 460 374 874 94 70 37 82 878 88 [100]

622 878 95185 208 643 73 711 96143 481 608 55 85 887 943 87 97285 606 98132 52 360 71 630 60 779 99002 109 619 520 022 739 100284 414 055 794 537 968 101130 154 256 844 102101 301 450 701 19 103118 79 504 104021 721 105190 81 053 813 741 106094 [100] 216 815 918 107094 271 500 81 056 945 108047 118 104 214 27 425 690 109142 265 306 [170] 477 83 974 110615 690 [200] 111112 26 225 426 528 112011 264 884 89 840 113332 66 411 514 1141 9 71 624 537 34 115043 67 177 245 627 738 821 27 116087 275 303 441 605 41 845 795 117278 479 607 878 118022 154 303 607 119002 500 78 712 120114 426 99 737 98 813 121247 58 436 90 628 122181 [100] 718 808 83 123413 242 124015 276 336 701 20 45 547 49 988 125170 210 72 428 732 806 126171 127001 180 782 501 71 [100] 126218 502 48 49 685 98 717 58 893 874 128029 306 [100] 430 130056 211 68 97 305 443 131028 451 874 713 132081 156 781 92 583 019 82 304 133005 149 430 700 807 17 85 98 80 903 134257 82 782 906 135258 500 783 [100] 136305 840 137077 [100] 192 333 73 537 789 138214 52 063 494 563 82 [400] 90 620 139084 243 [200] 69 404 778 890 140000 922 141091 132 542 715 [400] 44 690 142002 418 320 58 265 805 85 [100] 215 201 589 778 910 144009 93 429 58 70 265 800 267 73 145099 240 742 31 819 917 87 146164 450 748 825 147088 549 848 50 740 819 148143 509 621 17 549 706 149041 108 11 488 585 150055 141 225 508 782 835 151485 [100] 26 678 [200] 152260 773 817 153012 56 971 506 85 761 154828 23 571 81 852 885 155018 36 190 218 157 898 964 156084 144 560 38 [100] 821 820 842 157001 [100] 606 54 36 81 785 901 95 158080 43 281 533 771 814 28 159105 280 627 791 864 160160 308 627 791 864 161026 142 525 40 601 923 81 925 99 161370 403 26 681 162100 322 36 814 163107 82 256 [100] 850 719 898 164542 960 56 165480 024 815 978 81 166298 489 780 167087 118 41 282 877 913 45 168292 249 842 87 949 169089 183 353 [100] 566 718 [100] 39 42 964 170153 81 282 304 6 26 63 548 79 170 [100] 929 171029 315 400 825 903 6 12 [100] 172271 448 794 173088 247 321 78 505 601 174184 273 89 [200] 400 351 684 [100] 965 175082 470 561 82 [200] 176021 250 487 502 628 137 009 69 177102 863 812 178007 190 413 89 578 704 19 40 47 812 179198 228 544 63 834 908 55 180051 74 718 6 [190] 819 98 990 181186 [100] 273 706 182726 815 183012 811 900 184407 48 78 877 185051 78 573 814 700 880 808 186090 975 62 71 856 76 91 187188 90 530 633 81 481 54 188258 47 873 796 863 [100] 964 189029 43 129 313 652 789 88 82 878 88 [100]

Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis (Friedrichstadt). Sonntag, den 15. Januar, bei Julius Meyer, Oranienstraße 103; Zahl morgen für Druckerei-Vachtarbeiter. Tagesordnung: Deutschlands Verfassung, Referent: Genosse Joh. Sassenbach. Das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Die Vertrauensleute.

Rixdorf. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß zu dem am Dienstag, den 31. Januar, in Paris's Festsaal (früher Hoppe), Hermannstraße 40, stattfindenden Generalversammlung des Wahlvereins, in der u. a. Stellung zur Kreisgeneralversammlung genommen werden soll, laut Beschluß Anträge acht Tage vor Stattfinden der Versammlung dem Vorstande eingereicht werden müssen. Der Vorstand.

Steglitz. Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, große Volksversammlung im Restaurant „Birkenwäldchen“. Referent Reichstagsabgeordneter Hermann Leber-Jena spricht über: „Unsere gegenwärtige politische Lage“. Freie Aussprache. Arbeiter, Parteigenossen, erscheint in Massen. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Die für Dienstag geplante öffentliche Versammlung fällt aus. An deren Stelle findet am Sonntag, den 22. Januar, eine Wahlrechtsversammlung im Lokal zur Schützenrast, Inhaber Reinhardt, am Bahnhof Botanischer Garten, statt. Am Freitag, den 20. Januar, Flugblattverbreitung.

Wahlverein Rudow. Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 5 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Nolte, Köpenicker Straße 88.

Johannisthal. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich jetzt bei Senfleben, Friedrichstraße 48; sie ist jeden Sonntagvormittag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Der Vorstand.

Neu-Zittau-Werndorf-Gossen. Am Sonntag, den 15. Januar, findet bei Gustav Trent, Burg, Neu-Zittau, eine öffentliche Versammlung statt. Landtagsabgeordneter Paul Hirsch spricht über „Krone, Regierung und Volk“. Die Genossen wollen sich an der hierzu erforderlichen Handzettelverteilung beteiligen.

Besitz Waldmannslust. Morgen, Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Haase, Werndorf, Berliner Straße (Schützenhaus), Generalversammlung. Bericht der Bezirksleitung, Anträge, Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Oranienburg. Am Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal „Waldhaus Sandhausen“ ein Volksunterhaltungsabend, bestehend in Rezitationen von der Schauspielerin Frau Kühne, Konzert und Gesang, statt. Nach der Veranstaltung gefälliges Beisammensein. Die Genossen wollen für regen Besuch Sorge tragen.

Gemeindevertreter-Konferenz.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Konferenz der Stadt- und Gemeindevertreter Berlins und der Vororte am

Sonntag, den 15. Januar, pünktlich 10 Uhr vormittags, im Gewerkschaftshause, Saal 1,

stattfindet. Es handelt sich um Stellungnahme zu dem geplanten

Zweit. resp. Zwangsverband Groß-Berlin. Das einleitende Referat hat Stadtoberordneter Genosse Hugo Heimann übernommen.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Berliner Nachrichten.

Die Große Berliner Straßenbahngesellschaft

sucht die kommunale Zerrissenheit Groß-Berlins zu benutzen, um ihre Monopolbestrebungen in immer größerem Umfange zur Durchführung zu bringen und sich so große Vorteile zu verschaffen. Nach dieser Richtung hin arbeiten ihr verschiedene Kommunen in die Hände, die kurzlichzeitig genug sind, zunächst ihre lokalen Interessen zu befriedigen, ohne daran zu denken, daß es sich um die Monopolisierung einer privaten Erwerbsgesellschaft handelt. Die Große Berliner hat es angeht, daß von der Regierung geplanten Zwangsverbandes, der auch das Verkehrswesen einschließen soll, sehr eilig, sich von Vororten langfristige Konzessionen erteilen zu lassen. Und die nur ihre persönlichen Interessen wahrnehmenden Haus- und Grundbesitzern in den Gemeindeparlamenten leisten hierbei hilfreiche Hand. Gegenwärtig verhandelt die Große Berliner mit der Gemeinde Weiskensee und der Stadt Wilmersdorf.

Die Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung wird sich heute Abend in geheimer Sitzung mit einem Sondervertrag mit der Straßenbahn beschäftigen. Nach dem Willen des Magistrats, dem sich wahrscheinlich auch die Stadtverordnetenmehrheit anschließen wird, soll nämlich ein neuer, bis zum Ende des Jahrhunderts laufender Vertrag mit der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft abgeschlossen werden. Ist es an sich schon ein starkes Stück, wenn eine Stadtverwaltung sich an eine private Erwerbsgesellschaft auf 90 Jahre hinaus bindet, so wird die Angelegenheit noch um so schlimmer, wenn man bedenkt, daß der neue Vertrag vor dem zu schaffenden Zwangsverband als vollendete Tatsache hintritt und so die Position der „Großen“ in den später aufzunehmenden Verhandlungen mit Groß-Berlin ganz außerordentlich verstärkt. Wie die nationalliberal-konservative Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ein solches Vorgehen gegen die Interessen der Gesamtheit verantworten kann, ist unerfindlich; nicht minder bedeutet es aber eine ekklatante Nichtachtung der Gesamtheit, daß im Gegensatz zu dem sonstigen, bei Verkehrsangelegenheiten in Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlungen üblichen Brauch, über eine so außerordentlich wichtige Sache hinter verschlossenen Türen beraten und abgestimmt werden soll. In dieser Angelegenheit zeigt sich, von welchem Geiste die Wilmersdorfer Stadtvertretung beseelt ist.

Heber Verhandlungen der Stadt Berlin mit der Straßenbahngesellschaft gehen Nachrichten durch die Presse. Aus dem Hauptbureau der Straßenbahn werden folgende Mitteilungen gemacht: In der heutigen Aufsichtsratsitzung wurden Mitteilungen über den bisherigen Verlauf der Vorbereitungen zwischen Vertretern der Stadt Berlin und der Straßenbahn gemacht. Es wurde ein Ein-

verständnis über die Grundzüge für die weiteren Verhandlungen mit den städtischen Behörden erzielt.

Welcher Art die Grundzüge sind, die für die weitere Verhandlungen als Unterlage dienen sollen, wird nicht mitgeteilt. Der rechtliche Standpunkt ist der, daß im Jahre 1910 der zwischen Stadt und Straßenbahn geschlossene Vertrag abläuft und die Bahn in den Besitz der Stadt übergehen soll, daß aber die „Große“ eine hinter dem Rücken der Stadt „erworben“ bis 1910 laufende Konzession vom Staate besitzt.

Sieb., Eich. und Bibelfest.

Nach der für die Berliner Polizei vernichtenden Urteilsbegründung der „Lieberkammer“ im Prozeß über die Moabitier Vorgänge darf wohl an die bei uns seit einigen Jahren in Schwung gekommene Schulmannsverstromung erinnert werden. Man muß bei den vorgelegten Stellen schon frühzeitig die Beobachtung gemacht haben, daß Schutzleute ein für Erziehungs- und Befehrsverträge sehr geeignetes Material bilden. So wird die Gründung des famosen Vereins christlicher Schutzleute, der in Berlin allwöchentlich an verschiedenen Stellen tagt und von hoher Seite protegiert wird, einigermaßen verständlich. Welchen Wert man diesen Erziehungsversuchen auch behördlicherseits beimißt, geht daraus hervor, daß auf jeder Polizeiwache durch Anschlag auf den Beitritt zum Verstromungsbund hingewiesen ist. Die Zahl der frumbden Berliner Schutzleute geht natürlich schon in die Hunderte, und auch aus Moabit, wo eine dieser frommen Polizeifamilien bei Volle untergebracht ist, gehören zahlreiche Polizeier dem Verein an. Leider haben wir noch keine Einladung zu solcher Versammlung erhalten, aber man kann sich, nach den durch die Fenster schallenden Gesängen zu schließen, beinahe denken, wie es da zugeht. Eins haben die frommen Schutzleute hierbei sicher gelernt. Das Wort „Surre“ ist ein echt biblisches und kommt in der Bibel ungezählte Male vor. Kein Wunder also, wenn Moabitier und andere fromme Schutzleute die Bibelfest mit dem Straßendienst verwechselten und mit dem gemeinsten Schimpfwort christliche Arbeiter- und Bürgerfrauen bombardierten. Vielleicht haben sie auch in der Bibelfest gelernt, wie man seinen Nächsten lieben soll — mit Jagdheben und Aushütten. Muselmänner und andere halbvisifizierte Horden ziehen mit Koranversen in die Schächte; Berliner Schutzleute mit Bibelsprüchen auf den Lippen und dem auf Kinder, Frauen und Greise gezickten Säbel in der Faust. Auch manche nichtuniformierte Gentlemen vom Alexanderplatz sind Ehrenmitglieder im christlichen Polizeibund. Der dirigierende Gottesmann wird seine helle Freude daran haben, daß seine frommen Polizeiheldenscharen Ebslogat Choräle zu plärren, wie mit dem Totschläger umzugehen verstehen. Der Kampf aus dem Hinterhalt, der ja in Moabit zu so hoher Blüte gelangte, daß es dafür sogar Orden regnete, war bekanntlich von jeher die starke Seite der Kirche wie der Polizei. Man wird wohl auch für die Zukunft kaum zu erwarten haben, daß die geistlichen Übungsstunden für die Wauwaukern auf einen allzu fruchtbareren Verbesserungsboden fallen. Anstandslehre gehört an solcher Stelle nicht zu den Unterrichtsgegenständen. Ebenjowenig läßt sich von den unterschiedlichen Gemeindeführern, in denen außerordentlich zahlreiche Polizisten Sitz und Stimme haben, ein wohlthätiger Einfluß in sittlicher Beziehung erwarten.

Eine Tuberkulose-Ausstellung wird in der Aula der Cecilienstraße am Nikolovorsplatz in Wilmersdorf veranstaltet. Die Ausstellung ist für das Publikum vom Montag, 16. Januar, bis zum Sonnabend, 22. Januar, täglich von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends geöffnet. An mehreren Abenden halten wissenschaftliche Fachmänner Vorträge über die verschiedensten mit dem beherrschenden Zweck der Ausstellung in Verbindung stehenden Fragen. Der Eintritt zur Ausstellung selbst, wie auch zu den Vorträgen ist gänzlich frei.

Der Fund des Chauffeurs.

Dieser Tage wurde in der Presse eine Fundgeschichte lebhaft besprochen und kommentiert. Es wurde berichtet, daß ein Chauffeur Angelmann vor länger als Jahresfrist in seiner Krasidroschle eine von einem Passagier verlassene Handtasche mit dem angeleglichen Inhalt von 40 000 Rubel in bar und 50 000 R. Schmuckstücken gefunden haben sollte, und es wurden lange Erörterungen darüber angestellt, wem nun das Objekt gehöre, da der Verlierer sich nicht gemeldet habe. Es ließ sich, daß auch der Besitzer der Krasidroschle Anspruch an das Fundobjekt erhoben habe. Jetzt schreibt dieser Besitzer der Autodroschle, in welcher der Fund gemacht sein sollte, der „Sossischen Zeitung“ folgendes: „Angelmann war von Mitte Dezember bis Ende Dezember 1909 in meinem Krasidroschlebetrieb angestellt. Einige Tage vor Weihnachten meldete er, daß er in der Droschke 8728 eine Tasche gefunden habe, worauf ich ihm sagte, daß er sie an die Polizei abgeben wolle. Nach einiger Zeit erzählte mir Angelmann, daß die Tasche, welche er damals gefunden habe, in seiner Gegenwart auf dem Polizeiamt geöffnet worden sei und 40 000 Rubel in bar und Schmuckstücken im Werte von 50 000 R. enthalten habe. Dieser Erzählung schenkte ich damals keinen Glauben. Da die Sache schließlich durch die Presse ging und namentlich in letzter Zeit ganz bestimmte Angaben darüber auftauchten, Angelmann auch in meiner Wohnung erschien, um sich nochmals die Nummer des Wagens aufzuschreiben, in dem der Fund gemacht worden war, so nahm ich endlich doch an, daß die Geschichte kein leeres Gerede mehr sein könne. Zurzeit als Angelmann den Fund machte, war ich Inhaber einer Verkehrsanstalt in Charlottenburg, Rarichstraße 14, und ließ drei Autodroschken laufen. Ich setzte mich also mit der Polizeibehörde in Verbindung und bat um Informationen, damit ich event. meine Rechte zu wahren vermöge. Heute, am 12. Januar, habe ich denn auch den Bescheid vom Polizeipräsidenten erhalten, und zwar hat sich herausgestellt, daß Angelmann am 20. Dezember 1909 tatsächlich eine verschlossene Tasche auf dem Polizeirevier 38 in der Charlottenstraße abgegeben hat. Die Tasche ist am 21. Dezember 1909 verschlossen auf dem Fundbureau eingeliefert worden. Bei der Öffnung dort hat sich aber ergeben, daß der Eigentümer ein Herr Holz aus dem Parfanatorium in Panitzsch gewesen war. Die Tasche enthielt weiter nichts als schmutzige Wäsche und einige wertlose russische Papiere. Angelmann hat auf Forderung und Anrecht seinerzeit verzichtet.“ An den vermeintlichen reichen Fund sind allerlei Kommentare darüber geknüpft worden, ob der Waimon dem christlichen Chauffeur oder dem Besitzer des Fuhrwerkes zufallen werde; auch um die Fundsteuer stritten sich bereits Berlin und Charlottenburg. Jetzt stellt sich heraus, daß alles unnützes Gerede war.

Ein Eisenbahnunglück bei Trebbin.

Ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem zwei Personen ums Leben kamen, ereignete sich gestern früh kurz nach 6 1/2 Uhr auf dem Bahnhof Zhyrow bei Trebbin. Der Kleinperimeter-Busch betreibt im Südwesten Berlins ein kleines Geschäft. Die Familie hält sich zeitweise in der Ortschaft Zhyrow an der Anhalter Bahn auf, wo sie ein kleines Landhäuschen

besitzt. Auch in den letzten Tagen weilte Busch mit seiner Frau wieder in Zhyrow. Gestern früh wollten beide nach Berlin zurückfahren und den Personenzug aus Dresden, der kurz nach 6 1/2 Uhr auf der Station Zhyrow hält, benutzen. Während der Mann pünktlich auf dem Bahnhof war, hatte sich seine Frau etwas verspätet. Als sie an den Übergang kam, war die Schranke schon geschlossen. Entgegen dem betrat Frau Busch das Gleis, da sie die den Zug nicht veräumen wollte. In demselben Augenblick nahte aber auch schon der Zug. Der Bahnhofsvorsteher Brandt, ein Mann in den fünfziger Jahren, stürzte hinzu, um die gefährdete Frau noch in Sicherheit zu bringen. Bei der Bläute rutschten aber beide Personen aus, und zum Schrecken der auf dem Bahnsteig wartenden Fahrgäste gerieten die Verunglückten unter die Räder des Zuges. Der Vorsteher Brandt wurde auf der Stelle getötet; Frau Busch wurde ein Arm und ein Bein glatt abgefahren. Da sie aber noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde sie mit dem bald darauf eintreffenden Münchener Schnellzug nach Berlin befördert. Ehe der Zug aber auf dem Anhalter eintraf, war sie schon gestorben.

Die Berliner Armenverwaltung läßt neuerdings in zwangloser Folge, in der Regel monatlich, die „Blätter für Berliner Armen- und Waisenpflege“ erscheinen. Als amtliches Organ werden sie den Mitgliedern und Vorstehern der Armenkommissionen und des Gemeindevorstandes von Amts wegen zugestellt. In andere Personen werden die Blätter — bis auf weiteres unentgeltlich — auf Antrag bei der Armenverwaltung, Mühlendamm, gegeben.

Die erste Nummer ist jetzt erschienen. In einem Artikel „Zur Einführung“ wird der Zweck der Blätter dargelegt. Außerdem enthält die Nummer einen Artikel über die Sänglingsfürsorge, einen Bericht über den Arbeitsmarkt, amtliche Nachrichten und Erlasse sowie Mitteilungen aus der armenpflegerischen Praxis.

Ein Maschinenhaus unter der Straße wird gegenwärtig am Senefelder Platz erbaut. Es soll die stattliche Länge von 45 Metern, eine Breite von 20 und eine Höhe von 6 Metern erhalten und direkt unter dem Bahndamm der Meyer Straße liegen. Die unterirdische Anlage erhält, wie schon jetzt erkennbar, zwei große Räume; in dem einen werden Akkumulatorenbatterien, in dem andern elektrische Transformatoren ihren Platz finden. Das Ganze schließt sich rechtwinklig an den Tunnel der Untergrundbahnlinie Spittelmarkt-Alexanderplatz-Schönhäuser Allee an, die ihren Arbeitsstrom aus dieser „Umformstation“ erhalten soll. Ein hochgespannter Drehstrom von 10 000 Volt Spannung wird vom Kraftwerk Unterpreze bei Westend nach dieser Hilfsstation geleitet und hier in Gleichstrom von 750 Volt Spannung umgeformt, der dann den Stromleitungssektionen der Bahn zugeführt wird. Die Stromkabel gehen vom Bahntunnel durch einen Kanal in die Umformstation, die im übrigen in sich geschlossen und mit einer besonderen Zugangstreppe von der Meyer Straße her versehen ist; im Bedarfsfalle, zum Beispiel wenn später die Maschinen dieser Hilfsstation vergrößert werden sollen, kann aber auch vom Tunnel her ein Zugang zum Umformerraum durch Herausnahme einer Seitenwand geschaffen werden. Der unterirdische Bau wird, wie der Tunnel, aus Stampfbeton mit Eisenarmierung hergestellt, die Deckengewölbe tragen zweifelhafte Mittelstützen, zum Teil soll er durch das Glasoberlicht von der Promenade her erleuchtet werden. Zur Lüftung dient ein Luftschacht, der in der Rasenfläche der Straße ausmündet. Die Bauarbeiten sind in vollem Gange.

Das Ende eines Arbeits- und Obdachlosen.

Als am Donnerstagnachmittag mehrere Arbeiter durch die im Lichtenberg belegene Straße 33a gingen und die dort belegene „Schwarze Brücke“ überschritten, sahen sie an einem Weidenpfosten einen leblosen Mann hängen. Der Körper wurde sofort abgehängt und nach der nächsten Polizeiwache geschafft, wo indessen nur noch der Tod des Mannes konstatiert werden konnte. In dem Toten wurde der 34jährige Schiffer Otto Schöneberg, der seit mehreren Wochen obdachlos ist, rekonozziert. Bei ihm wurde ein Brief an seine Frau, die im städtischen Krankenhaus am Friedrichshain krank niederkam, gefunden, in welchem Schöneberg angibt, daß er in den Tod gehe, weil er keine Arbeit finden könne. Er habe Opium getrunken, traue jedoch der Wirkung des Giftes nicht und wolle deshalb seinem Leben durch Erhängen ein Ende machen.

„Schließt von selbst!“ Die Eisenbahndirektion beabsichtigt, mit den auf der Lichterfelder Vorortstrecke bereits erprobten selbsttätigen Türschließern einen größeren Versuch zu machen. Die Regel dieser Schließern sind so eingerichtet, daß auch die Handgriffe nach dem Zuvorkommen der Tür in ihre Schließstellung treten und die Bahnhofschauffierer nicht nötig haben, den Türen nachzulassen und die nicht ordnungsmäßig geschlossenen Türen mit Gefahr ihres Lebens zu schließen. Rücksichtsvolle Fahrgäste, welche die Kerben ihrer Wägenhaken gern schonen möchten, pflegen die Türen vorsichtiger ins Schloß zu drücken, dabei soll die neue Einrichtung aber nicht immer funktionieren. Die Eisenbahn-Verkehrsweien-Aktiengesellschaft hat daher einen noch vollkommeneren Türverschluß konstruieren lassen, der die Regel wie den Erücker mit Handgriff in Ordnung bringt, auch wenn die Tür von „zarter Hand“ geschlossen wird. Eine Probeausführung, die uns in der Fabrik der Geiselschaft, Urbanstr. 100, vorgeführt wurde, vollbrachte selbst beim geräuschvollsten Türverschluß die gewünschte Leistung tadellos. Schließlich wird man auch an den Türen der Eisenbahnabteile lesen können: „Nicht zumachen! Schließt von selbst!“

Die elektrische Straßenbahn Groß-Lichterfelde—Steglitz—Lantwig-Ende wird bis nach Mariendorf verlängert werden. Der Regierungspräsident zu Potsdam hat dem Kreise Teltow soeben die Genehmigungsurkunde für die neue Schienenverbindung (von 1 Meter Spurweite) ausfertigen lassen. Für die Herstellung und den Betrieb der Verlängerungslinie sollen die für die Stammstrecke im Jahre 1906 aufgestellten Bedingungen gelten.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich Donnerstagsabend am Königsplatz. Als dort der 88jährige Buchbinder Alfred Sachs, im Hospital in der Großen Hamburger Straße 10 wohnhaft, den Fahrdamm überdreiten wollte, wurde er von dem Motorwagen 2144 der Linie 59 erfasst, umgestoßen und geriet mit dem linken Arm unter den Schuttrahmen. Mit Hilfe von Straßenpassanten wurde der Wagen aufgehoben und der alte Mann aus seiner schwierigen Lage befreit. Sachs wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt, wo festgestellt wurde, daß er eine Quetschung der linken Hand und eine Sehnenzerung erlitten hatte.

Ein weiterer Unfall ereignete sich am Neuen-Weer und Glöckner Straßen-Ecke. Dort geriet ein junger Mensch mit seinem Handwagen zwischen einen Rollwagen und einen Wagen der elektrischen Straßenbahn. Dabei wurde der Laufbüchse von der Elektrischen so scharf angefahren, daß er in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geworfen wurde und benimmungslos liegen blieb. Der arme schwerverletzte Kerl wurde auf den zugigen Vorderperren der Straßenbahn gefetzt, um nach dem Krankenhaus mitgenommen zu werden. Das Publikum hatte sich darüber empört, daß Schutzleute sich nicht sofort um ein geeignetes Transportmittel umgesehen hätten. Erst als der Strabe mit der Straßenbahn weg war, kam ein Schuttmann mit einer Droschke an.

Sensational aufgedunsene Nachrichten wurden dieser Tage von einer polizeilich inspirierten Korrespondenz über einen verächtlichen Raubfall auf einen Geldbriefträger verbreitet. Es wurde berichtet,

das ein in Pantoffeln wohnender Kaufmann S. unter dem Verdacht verhaftet worden sei, einen Handkoffer auf einen in der Breslauer Straße diensttunenden Geldbrieffräger geplant zu haben. Dieser Verdacht war entstanden, weil S. in der genannten Straße wiederholt auf- und abgegangen war und sich in ein Haus begeben hatte, in welchem der Geldbrieffräger zu tun hatte. Der Verdacht hat sich nicht bestätigt und S. wurde wieder aus der Haft entlassen.

Man muß sich nur wundern, daß der Name des Beschäftigten in alle Welt hinausgetragen wurde, noch ehe ihm ernstliche Verfehlungen nachgewiesen worden waren. Es ist doch sonst nicht erlaubt, aus dem Gange einer Voruntersuchung Mitteilungen zu machen; am allerwenigsten aber kann es für zulässig erachtet werden, Personen schwerem Verdacht auszuweisen, denen nichts Unehrenhaftes nachzuweisen ist.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich gestern nachmittag in der Chaussee. Vor dem Hause Nr. 59 wollte der Chauffeur Bierl, Große Frankfurter Str. 78, seinen Motor andrehen, doch verlor er mehrere Male Fassung. Schließlich öffnete der Chauffeur den Gaszuführungsbahn vollständig. Als dann G. die Kurbel einmal herumdrehte, sprang der Motor mit voller Kraft an und die Handkurbel schleuderte den Chauffeur einige Meter weitwärts auf das Straßenbahngleis. In diesem Augenblick kam der Motorwagen 1910 der Linie 68 in der Richtung Seestraße heran und erfasste Bierl. Der Chauffeur wurde beiseite geflohen und erlitt einen Schädelbruch sowie einen Knöchelbruch der rechten Hand. Der Verunglückte wurde nach dem Rudolfs-Birchow-Krankenhaus übergeführt.

Der Berliner Volkshaus (M. d. A. S. V.) veranstaltet heute abend 7 Uhr pünktlich in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstr. 31-33, einen Früh-Meiner-Abend zum Besten seines Orgelfonds. Den Vortrag hat Herr Dr. Bander freundlich übernommen. Einlaßkarten an der Abendkasse, die um 6 1/2 Uhr geöffnet wird.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich gestern in dem Hause Kantstraße 54. Der dort mit seiner Frau und vier Kindern wohnende 43jährige Arbeiter Seide hatte vor mehreren Jahren einen schweren Unfall erlitten und zeigte seit jener Zeit häufig Spuren von Geistesgestörtheit. Er mußte deshalb wiederholt in eine Heilanstalt übergeführt werden. Der Zustand des Arbeiters besserte sich aber in letzter Zeit derartig, daß er vor etwa einem halben Jahre entlassen werden und seine Beschäftigung nachgehen konnte. Vorgestern hatte sich der Arbeiter in der Fabrik infolge eines kleinen Mißgeschicks sehr aufgeregt, und als er gegen 11 Uhr abends nach Hause kam, erlitt er einen Tobjuchtsanfall. Er demolirte die Wohnungseinrichtung und drang auf seine Frau ein, die sich nur mit äußerster Mühe des Rasenden zu erwehren mochte. Dann versuchte Seide seine vier Kinder aus dem Fenster zu werfen und hätte sein Vorhaben zweifellos ausgeführt, wenn nicht im Augenblick höchster Gefahr auf die Hilferufe der Frau Hausbewohner herbeigeeilt wären. Zwischen diesen und dem Geisteskranken entspann sich ein erbitterter Kampf, der durch Hinzukommen eines Schutzmanns mit der Uebervältigung des Tobenden endete. Auf Anordnung eines Arztes wurde der Kranke wieder der Heilanstalt zugeführt.

### Zeltow.

Daß die Gegner auch am hiesigen Orte alle Mittel anwenden, um die Lokalbesitzer an die Vergabe ihrer Lokalitäten für sozialdemokratische Versammlungen zu verhindern, verrät ein kürzlich im hiesigen Lokalblatt erschienenen Inserat eines Soalbesizers. In demselben wird betont, daß das Gerücht, er, der Soalbesizer, habe sein Lokal anderweitig verpachtet sowie „noch anderes mehr“, auf Unwahrheit beruhe. Unsere Genossen ersuchen hierauf, daß unter den Worten: „noch anderes mehr“ die Vergabe des Lokals an die Sozialdemokratie gemeint sei. Der Wirt sei auf eine den Gegnern zu Ohren gekommene dahingehende Nachricht von letzteren gezwungen worden, das Inserat in der Zeitung zu veröffentlichen. Hieraus geht hervor, daß die bürgerlichen Verwerflichen, der Sozialdemokratie die Erlangung von Versammlungsräumen zu vereiteln. Es erwacht unseren Genossen die Pflicht, daß sie, da wir für den bevorstehenden Wahlkampf auch Versammlungsfälle dringend gebrauchen, den Kampf um letztere in verstärkter Weise fortführen.

Bermüht wird seit vier Wochen der Arbeiter Georg Jwid aus der Potsdamer Straße 9. J. hand in letzter Zeit bei den Charlottenburger Wasserwerken in Veitshof in Arbeit. Dort hat er aufgehört und ist seitdem verschollen.

## Gerichts-Zeitung.

### Regerehandlung in Kamerun.

Vor dem Schöffengericht VI in Hamburg gelangte am Donnerstag eine Sache zur Verhandlung, die einen Einblick in das Verhältnis zwischen weißen „Kulturträgern“ und der eingeborenen Bevölkerung Afrikas gewährt. Die Schandtaten der Schröder, Leist, Arenberg usw. sind noch in aller Gedächtnis, durch sie ist das Deutschtum im Auslande in argen Mißkredit gekommen, wie dadurch vor aller Welt die Verwaltung in unseren Kolonien arg bloßgestellt worden ist. Aber auch andere Weiße, die nicht zur Verwaltung gehören, suchen sich den Herrenmenschen gleich zu tun. Die Regere gelten ihnen als eine minderwertige Klasse, der man mit Kinoseropeitsche oder mit anderen Kulturinstrumenten Nares beibringen zu müssen glaubt. Und ebenso dachte auch der auf der Großfarm Manemsuba als Aufseher angestellt gewesene frühere Schweizer (Meierli) Josef Stierli, ein Schweizer deutscher Junge, der seine geistige Ueberlegenheit den Schwarzen in mehr als dreifacher Weise und sehr „fühler“ zu verstehen gab. Ein kleiner Arenberg, hatte er sich wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung zu verurteilen lassen. Als im Juni 1910 der Schwarze Ndema die Verteilung der Verpflegung nicht zu seiner Zufriedenheit ausführte, ergriff Stierli, der über stiermäßige Kräfte verfügt und somit der ersten Silbe seines Namens Ehre macht, den Unglücksmenschen, band ihn mit einem Riemen, und verarbeitete ihn mit einem Holzseil und verarbeitete ihn mit Füßen, so daß der Neger schwer am Hinterkopf verletzt wurde. Kurz darauf schoß er aus einem Revolver auf den vor ihm flüchtenden Regere Jungen Iha und verwundete ihn am Hinterkopf. Zwei andere Regere bedrohte er mit Koffschien. Als nun viele Regere die Mordtaten ergriffen und sich ob dieser Behandlung der Regere des betreffenden Distrikts eine große Erregung bemächtigte, wurde Stierli gefasst. Nach Begehung seiner Schandtaten erklärte er, er werde doch noch die schwarzen Kerle, die ihn „bedroht“ hätten, über den Haufen schießen. Die von ihm mißhandelten und brutalisierten Regere haben beim Bezirksgericht zu Duala Strafantrag gestellt. Der Angeklagte entzweifelnd seine Bestialitäten mit Trunkenheit und behauptet auch, in „Notwehr“ gehandelt zu haben. Aus den zur Verurteilung gelangten kommissarischen Vernehmungen von einwandfreien weißen und schwarzen Zeugen geht hervor, daß von einer solchen Notwehr nicht die Rede sein kann, weil die Regere vor ihm die Mordtaten ergriffen, sobald sie seiner ansichtig

wurden. Wegen seiner herkulischen Kräfte und Kräfteelucht sei der dem Trunke ergebene Stierli sehr gefürchtet gewesen. Als strafmildernd für den Angeklagten führt der Amtsanwalt an, daß die Stellung der wenigen Weißen unter der schwarzen Bevölkerung eine schwierige sei, aber aus politischen Gründen wie im Interesse unserer Kolonien müßten die Schwarzen gut behandelt werden. Der Antrag lautet auf zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte aber gar nur auf einen Monat Gefängnis. Als strafmildernd zieht es die afrikanischen Verhältnisse in Betracht, die nicht mit deutschem Maßstabe gemessen werden könnten. Von einer Notwehr könne jedoch angesichts der Tatsache, daß die Regere vor dem Angeklagten geflüchtet seien, nicht gesprochen werden. Die Strafe gilt durch die längere Unterbringungshaft als verbüßt.

Und wenn durch die Taten solcher „Kulturpioniere“ ein Regeraufstand ausbricht, regnet es blaue Hohnen und der deutsche Michel hat die Kosten zu zahlen.

### Monbit.

Auch während der ganzen nächsten Woche wird das Kriminalgericht noch unter dem Zeichen der Straßenunruhen stehen. Wie bereits mitgeteilt worden, schließt sich an den jetzt noch vor dem Schöffengericht im Gange befindlichen Prozeß wegen der Monbiter Straßenunruhen am Montag vor der I. Strafkammer des Landgerichts III die Verhandlung der gleichfalls recht umfangreichen Anklage gegen die Teilnehmer der Unruhen auf dem Wedding an. Wie schon erwähnt ist, richtet sich hier die Anklage gegen 18 Personen, die bei den Straßenunruhen am 29. und 30. Oktober verhaftet worden sind. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Vahr.

### Eine Pfändung mit Hindernissen.

Wegen Körperverletzung und Beleidigung hatte sich die Hausbesitzerin Maria Quast aus der Grünhalder Straße 20 vor dem Schöffengericht Berlin-Weidling zu verantworten. Am 23. September d. J. hatte der Steuerheber Ebel in dem Hause der Angeklagten eine Pfändung bei dem Arbeiter L. vorzunehmen. Da bei dem Arbeiter L. nicht geöffnet wurde, fragte er bei der Portierfrau an, ob sie ihm über den Aufenthalt des L. Auskunft erteilen könnte. Um die Pfändung vornehmen zu können, wollte Ebel einen Schlosser holen und war im Begriff, das Grundstück zu verlassen, als eine Frau vom Plurkenster des Vorderhauses aus nach dem Hofe zu etwas rief. Ebel, der der Meinung war, daß ihm der Ruf galt, ging nun die Vordertreppe hinauf und fand hier die Hausbesitzerin Maria Quast, die ihm vorwarf, er hätte auf dem Wege zur Portierfrau hin den Hofen betreten. Als der Steuerheber Ebel dies verneinte, wurde Frau Quast immer erregter und rief dann dem Beamten beim Verlassen des Hauses eine Tierbezeichnung nach. Als Ebel sich nun auf der Straße befand, rief Frau Quast ihn zurück. Ebel kam dem nach, kaum hatte er das Haus wieder betreten, als er von der Hausbesitzerin mit einer Keilpeitsche mehrere heftige Schläge über den Kopf erhielt; außerdem beschimpfte sie ihn in gröblichster Weise. Während dieser Szene trat der Ehemann Quast hinzu und verbot dem Steuerheber das Haus. Ebel kam dem nach, machte aber den Ehemann Quast darauf aufmerksam, daß er Beamter sei und sich legitimirten könne. Darauf verzichtete Quast. In der Verhandlung bestritt Frau Quast, sich strafbar gemacht zu haben, sie hätte nur in Notwehr gehandelt, auch hätte sie nicht gewußt, daß Ebel Beamter wäre. Der Steuerheber Ebel schilderte den Vorfall wie oben mitgeteilt. Der Amtsanwalt beantragte gegen Frau Quast wegen gefährlicher Körperverletzung eine Woche Gefängnis und wegen Beleidigung eine Geldstrafe von 20 M. Das Gericht billigte der Angeklagten wegen ihrer Erregtheit mildernde Umstände zu und erkannte wegen der gefährlichen Körperverletzung auf eine Geldstrafe von 100 M., wegen der Beleidigung auf eine solche von 20 M.

### Weitere Angriffe auf das bestehende Versammlungsrecht.

weder aus Halle a. S. gemeldet. In den letzten Wochen haben dort mehrfach gerichtliche Verhandlungen wegen angeblicher Uebertretungen des Reichsvereinsgesetzes stattgefunden. Ein Genosse wurde verurteilt, weil er in der Einladung zu einer Versammlung der Lohnknechten in der chemischen Industrie nicht bemerkt hatte, daß die — kaufmännischen Angehörigen von der Versammlung ausgeschlossen seien. Dabards, so folgert das Gericht, ging die Versammlung über den Rahmen des § 152 der Gewerbeordnung hinaus und sei somit keine gewerkschaftliche, sondern eine politische Versammlung gewesen. Eine andere Versammlung wurde für politisch erklärt, weil der Referent in seinen Ausführungen auch die Zivilisten des Königs vergleichsweise gestreift hatte. Die wahren Mißbräucher des Reichsvereinsgesetzes bleiben natürlich auch in Halle ungeschoren. So ist dieser Tage wieder die Halleische Polizei in eine Mitglieder-versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes eingedrungen, nachdem sie einige Versammlungen desselben Verbandes vorher unbehelligt gelassen hatte. Jene Verhältnisse gab die Polizei für dieses ihr Vorgehen nicht an. Der Beschwerdeweg — es schweben von Halle aus gegenwärtig neun Beschwerden wegen polizeilicher Verletzung des Reichsvereinsgesetzes — ist sehr langwierig, und die sonst so rasch zugreifenden Staatsanwälte haben für Uebertreffe der Polizei weder Auge noch Ohr. Das Ganze nennt man die Freiheit eines Kulturstaates.

### Tic convulsif.

Dr. Magnus Hirschfeld und der Oberarzt der Maison de santé eruchen uns um Aufnahme folgender Ergänzung zu dem Artikel: „Der Tic convulsif“ in unserer Nummer vom 8. Januar dieses Jahres: Der Angeklagte J. H. ist nicht wegen eines Tic convulsif, nicht wegen eines plötzlichen, sondern des Bewußtseinsmomenten ausschließenden „Judeus“ erklüpiert worden, sondern wegen seiner angeborenen „epileptischen“ Konstitution, die zeitweilig mit einer Anomalie der sexuellen Triebrichtung und Stärke einhergeht, und die namentlich in den letzten Jahren zahlreiche körperliche und besonders auch psychische Symptome in deutlicher Progredienz gezeigt hat. Der jetzige Zustand konnte ohne weiteres in das große Gebiet der epileptischen Erkrankungen gerückt werden, und er stellte sich als ein so schweres dar, daß die Staatsanwaltschaft auf Grund der ärztlichen Gutachten die Freisprechung des Angeklagten beantragte, die dann auch erfolgt ist.

## Aus aller Welt.

### Der „geständige“ Mörder.

Das Geständnis des Arbeiters Fischer, daß er das Attentat auf den Rittmeister v. Krosigk verübt habe, scheint auf einer ganz außerordentlichen Renommisterei Fischers zu beruhen. Wenigstens haben die bisherigen Nachforschungen keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Fischer den Mord verübt hat. Auf Grund der Mannschafrollen ist festgestellt worden, daß bei der vierten Schwadron des ersten Dragonerregiments, deren Chef Rittmeister v. Krosigk vor seiner Ermordung war, zu der in Frage kommenden Zeit ein Dragoner namens Fischer nicht gedient hat, wohl aber findet sich dieser Name unter den damaligen Mannschaften der ersten Schwadron.

Uebrigens hat Fischer jetzt sein „Geständnis“, das er seinem Schwachmeiester abgelegt hatte, bei einer Vernehmung im Gefängnis in Koblenz widerrufen. Eine Hausdurchsuchung, die bei Fischer vorgenommen wurde, förderte seine Militärpapiere zutage, aus denen hervorgeht, daß Fischer zwar im Jahre 1901 bei dem Dragonerregiment Nr. 11 gedient hat, aber bei der ersten Eskadron unter Rittmeister v. Gustorf stand, dessen Eskadron in Stallupönen

lag, während Rittmeister v. Krosigk die vierte Eskadron in Gumblinien führte.

### Schwere Dampferkatastrophe.

In der Nähe des Nordernen-Feuerschiffes ist am Donnerstag der Hamburger Dampfer „Marie Ruß“ durch Ueberschießen der Schiffsladung gesunken. Zwölf Mann der Besatzung sind ertrunken, die übrigen drei wurden von dem Loffenschoner „Peter“, welcher trotz der stürmischen See ein Boot aussetzte, gerettet. Die Geretteten sind der Zimmermann, ein Matrose und ein Heizer. Der Loffenschoner ist mit den geretteten Seeleuten am Donnerstagabend in Bremerhaven eingetroffen.

### Vandalismus im Amsterdamer Museum.

Im Amsterdamer Reichsmuseum wurde gestern das berühmte Rembrandt-Gemälde, die „Nachtwache“ durch mehrere Messerstiche schwer beschädigt. Der Täter, ein 23jähriger ehemaliger Schiffloch der Marine, namens Sigrist, wurde verhaftet. Er gibt an, aus Rache gegen den Staat gehandelt zu haben, weil er nach einer ärztlichen Untersuchung nicht wieder angenommen worden war. Die dem Wilde zugefügte Beschädigung besteht in einem ziemlich tiefen Stich in der Gegend der Ruine, der vordersten Hauptgestalt, ferner in der oberflächlichen Beschädigung in der Höhe der Brust bei der ersten und zweiten Hauptfigur. Man hofft, das Gemälde so gut wieder herstellen zu können, daß von der schweren Beschädigung nichts zu sehen sein wird.

### Kleine Notizen.

Große Schneemengen sind in Oberschlesien niedergegangen. Wegen Schneeverwehung mußte der gesamte Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Friedland in Böhmen-Hermisdorf eingestellt werden.

Hotelbrand. Seit gestern mittag steht das Hotel „Continental“ im Kurort Ronkreuz am Genfer See in Flammen. Die Hotelinsassen konnten sich retten, dagegen ist das gesamte Reisegepäck der Gäste verloren.

Opfer der Kälte. In Norditalien herrscht grimmiges Frostwetter. Rößt Ehrwald wurde der Bauer Reimer und in der Nähe von Sterzing ein Fabrikarbeiter erfroren aufgefunden.

Schwerere Gasexplosion. In einem Ladengeschäft der nordamerikanischen Stadt Connelville ereignete sich eine Gasexplosion, als gerade viele Käufer amsendend waren. Die Wände stürzten ein und die Trümmer fingen Feuer. Drei Mädchen wurden getötet, zwanzig der Anwesenden verletzt, darunter drei schwer.

Eisenbahnkatastrophe. Auf der New York-Zentralbahn in Batavia im Staate New York, fuhr gestern ein Zug auf einen anderen auf. Bisher wurden sechs Leichen geborgen; die Zahl der Verletzten beträgt 18.

Immer neue Erdbeben. Die Erdbeben in Zentralasien dauern immer noch fort. — Im Witternacht des gestrigen Tages fand ein heftiger Erdstoß mit starkem Geiße statt. In der Ortschaft Kebery im Bishofbezirk wurden die Leichen von 204 Kirgisen ausgegraben, die bei dem früheren Beben verunglückt waren.

Antistischer Marktbericht der Königlich-Königlichen Direktion über den Großhandel in den Zentralmärkten. Marktlage: Fleisch: Aufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise un verändert. Wild: Aufuhr reichlich, Geschäft matt, Preise fast un verändert. Seidagel: Aufuhr mäßig, Geschäft matt, Preise etwas ansehend. Rind: Aufuhr reichlich, Geschäft mäßig, Geschäft lebhaft, Preise beschleunigt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise un verändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Aufuhr genügend, Geschäft anfangs still, später lebhafter, Preise fast un verändert.

### Witterungsbericht vom 13. Januar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerr. hmb mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W. in C.	Stationen	Barometerr. hmb mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W. in C.
Stommbe	755 R		3bedest	1		Dapornbe	751 SW		bedest	-16	
Dampberg	759 RRB		4bedest	-2		Petersburg	746 RRD		3Schnee	-5	
Berlin	755 R		3bedest	1		Sethu	768 RD		6wolfig	6	
Frankfurt	757 RD		4bedest	-1		Stornen	768 SWB		3wolfig	0	
München	757 SB		2bedest	-1		Paris	761 R		5wolfig	-1	
Wien	757 SW		halb bb.	-7							

### Wetterprognose für Sonnabend, den 14. Januar 1911.

Sundacht zeitweise heiter, etwas kälter bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später neue Erdmüdung, Erddung und geringe Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

### Orts-Krankenkasse Friedenau.

#### Außerordentliche General-Versammlung

am Montag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Rheinisch, Rheinstr. 60 hier selbst.

Lagerordnung:

1. Vortrag des Herrn Albers über: Neue Aufgaben der Krankenkassen.
2. Wahl eines Vorstandes (eines Arbeitnehmers).
3. Beschlußfassung über das vom Vorstand beschlossene Besonderegesetz.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand:  
O. Henschel, Vorsitzender.  
Rich. Hagen, Schriftführer.

### 5 Proz. Rabatt

bei Vorzeig. dieses Inserats.

### Für Damen

In dieser Woche! Großer Inventar-Ausverkauf

meines Engros-Lagers. Zu jedem nur irgend annehmbaren Preise verkaufte:

- Engl. Paläto, Mäntel, Jacken, Blusen, Röcke, Kleider u. Abendmütel.
- 1 Posten eleg. blauer Kamgaru-Kostüm.
- Ladenw. bis 40,00 M., Zum Ausschuchen 180 Inventar-Verkaufs-Preis M.

14

### 1 Mark

wöchentliche Teilzahlungen

Herren-Garderoben

Erstanz für Maß, Anfert. n. Maß, Tadelloso Ausf.

Julius Fabian

Schneidernstr. 17 II

Große Frankfurterstr. 17 II

Eingang Straußberger Platz.

II. Geschäfte:

Turmstr. 18

aurorale Etage, kein Laden.

### Einzelverkauf

nur von 12-8 Uhr.

Kein Laden.

Sonntag von 8-10 u. 12-2 Uhr geöffnet.

Fahrtgeld ersetzt.

### H. Heymann

partier, Gräner Weg 45 (an der Koppentrasse).

Fahrtlosgenheit: Elektrische Bahnen Nr. 1, 2, 5, 16, 22, 31, 48, 76, 78, 79.

Umtausch gestattet!

### Hygienische

Wäscheartikel

Drogerie Zarenba, Weinbergstraße L. dir. a. Rosenhauer Tor.

Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundsch.

**Zentralverband der Töpfer Deutschlands.** Filiale Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Hierdurch die traurige Nachricht, daß der Kollege  
**Emil Rockland**  
 (Bezirk Rixdorf)  
 am Mittwoch, den 11. Januar cr., im Alter von 53 Jahren an Speiseröhrenkrebs verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalem-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.  
 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter  
**Karoline Wilke**  
 geb. Rud  
 nach kurzen Leiden im 75. Lebensjahre verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Witzleben, aus statt.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Ludwig Wilke, früher Fabrikant, jetzt Handelsmann, nebst Kindern, Witzleben, Gartenwegstr. 22.

Am 12. d. Mts., vormittags 8 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter  
**Fräulein Anna Westphal**  
 geb. Stolzenburg  
 im 77. Lebensjahre.  
 Dies zeigt nichtbetäubt an  
**Alb. Westphal** u. Kinder, Kommandantenstr. 61.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Kapelle des Heuten St. Jakob-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

**Deutscher Buchbinder-Verband.** (Zahlstelle Berlin.)  
 Dem Mitgliede zur Nachricht, daß am 11. Januar 1911 unsere Kollegin  
**Johanna Sippli**  
 nach langem Leiden gestorben ist.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem hiesigen Friedhofe in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
 Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Bruders  
**Theodor Harms**  
 sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Waldermann für die kostbaren Worte, dem 542. Bezirk des 6. Berliner Reichstagswahlkreises u. dem Deutschen Buchbinderverband unseren herzlichsten Dank.  
 Geschwister Harms  
 Luise Rind.

**Dankagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Bruders und Schwagers, des Metallarbeiters  
**Hermann Bauch**  
 sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Verein „Blutige Treue“, dem Deutschen Metallarbeiterverband und besonders den Kollegen der Firma Vorlag unseren herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Kaufet**  
 nichts anderes gegen  
**Austen**  
 Heiserkeit, Katarrh u. Verschleimung, Krampf- und Reizhusten, als die feinschmeckenden  
**Kaiser's**  
**Brust-Caramellen**  
 mit den „Drei Tannen“.  
 5900  
 not. begl. Zeugn. v. Ärzten u. Prinzen  
 verbürgen den höchsten Erfolg.  
 30 Pfennig.  
 Zu haben in Apotheken, Drogerien, Kolonialwarenhandlg.  
 Vertretel für Berlin:  
**R. Thiele, Bärwaldstr. 8**

Allen, die unserer lieben Freundin und Genossin  
**Emma Ihrer**  
 die letzte Ehre erwiesen haben, sagt im Namen der Angehörigen herzlichsten Dank  
**Martha Tietz.**  
 26375  
 Große heimliche, delikate  
**Harzer Landkäse**  
 Stifte mit 56 Stk für M. 3.50 fr. 91.  
 G. Mackenrodt, Quedlinburg 10.  
**Welches Geschäft**  
 ist ständiger Abnehmer von besser bayerischer Zähring-Tafelbutter und zu welchem Preis? 25905\*  
 Offerten unter N. G. postlagernd Zeit a. W., Bayern.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4  
**Monats-Garderobe!**  
 Die besten Winter-Paletots und Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frackanzüge, sowie von Kavaliereen getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen.  
 1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden.  
**Hirsch Kleiderhaus.** Wassertorstr. 12/13 I (früher Weinstr. 33).

**Deutscher Bauarbeiterverband**  
 Zweigverein Königs-Wusterhausen.  
 Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr, bei Oetting, Potsdamer Straße 53:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht von der Baukonferenz. 2. Jahresbericht. 3. Wahl der Stützkommission. 4. Verschiedenes.  
 136/4\*  
 Kollegen! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches Erscheinen ersucht.  
 Der Zweigvereinsvorstand.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**  
 Zahlstelle Groß-Berlin.  
 Bureau: Lindenstr. 215. Gedruckt v. 9-1 u. 4-8 Uhr. Tel. Amt III 088.  
**Bezirks-Versammlungen**  
 Sonntag, den 15. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Gruppe der Kunststeinarbeiter**  
 bei Haberland, Lindenstr. 73.  
 Sonntag, den 15. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Gruppe der Schallplattenarbeiter**  
 im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthalerstr. 57.  
 Sonntag, den 15. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:  
 für **Adlershof** bei Kaul, Bismarckstr. 16.  
 Sonntag, den 15. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:  
 für **Reinickendorf** bei Wohlfahrt, Eichbornstr. 18.  
 Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
 für **Köpenick** im Stadttheater (II. Saal), Friedrichstraße.  
 Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr:  
 für **Johannisthal** bei Gobin, Rosenstr. 2.  
 Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 5 Uhr:  
 für **Rummelsburg u. Umg.** bei Blume, Alt-Bohdagen 56.  
 Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
 für **Schönhauser Vorstadt** bei Rath, Schönhauser Allee 134a.  
 Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
 für **Südost u. Süden** bei Hahn, Langher Platz 18.  
 Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
 für **Rixdorf** bei Gellert, Steinmetzstr. 93.  
 Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
 für **Norden** bei Kramer, Gussienstr. 40.  
 Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
 für **Nordwest** bei Kirschkowski, Bussellstr. 9.  
 Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
 für **Charlottenburg** im Volkshaus, Rosinenstr. 3.  
 Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
 für **Weißensee** bei Content, Scherstr. 5.  
 Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
 für **Schöneberg** bei Döge, Steglitz, Tüppelstr. 32.  
 Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
 für **Osten** bei Zietz, Warschauer Straße 61.  
 Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
 für **Tegel** bei Kalkes, Berliner Str. 92.  
 Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr:  
 für **Niederlehme** bei Koch („Jägerbrunn“).  
 Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr:  
 für **Ober-Schöneweide** bei Rabe, Wilhelmshagenstr. 43.

**Billige Abschluß-Tage**  
 Herabgesetzte Preise zwecks Räumung der Inventur-Bestände

Große Bestände	Herren-Paletots und Ulster..... von	850 an
Große Bestände	Herren-Winter-Joppen..... von	650 an
Große Bestände	Herren-Jackett-Anzüge..... von	8.- an
Große Bestände	Rock-Anzüge schwarz und farbig..... von	10.- an
Große Bestände	Stoff-Jacketts uni und bunt..... von	5.- an
Große Bestände	Herren-Hosen..... von	290 an
Große Bestände	Geh- und Imitat.-Pelze..... von	50.- an
Große Bestände	Gehrock-Anzüge..... von	33.- an
Große Bestände	Pelz-Joppen..... von	15.- an
Große Bestände	Pique-Westen..... von	150 an
Große Bestände	Knaben-Ulster und Pyjacks... von	350 an
Große Bestände	Knaben-Manchester-Anzüge für 3-8 Jahre von	350 an
Große Bestände	Knaben-Hosen..... von	60 Pf. an
Große Bestände	Jünglings-Anzüge und Paletots von	750 an
Große Bestände	Englische Haarfilzhüte Partie-Ware.. von	250 an

**Baer-Sohn**  
 Kleider-Werke  
 Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
 Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10  
 Der Pelz-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.

Haben Sie die neuesten  
**Salamander-Modelle**  
 schon gesehen?  
 Fordern Sie Musterbuch ▼

Einheitspreis Mk. 12.50 für Damen u. Herren  
 Luxus-Ausführung Mk. 16.50



**Salamander**  
 Schuhges. m. b. H., Berlin  
 Zentrale: W 8, Friedrich-Strasse 182

W. Friedrich-Strasse 182	C. Rosenthaler Tor	NW. Wilnacker Str., Ecke Turmstr. 9
SW. Friedrich-Strasse 221	W. Taubentzen-Strasse 15	Charl., Wilhelmsdorfer Strasse 126
N. Friedrich-Str. 118/19	N. Bad-Strasse 20	Steglitz, Schloss-Strasse 20
C. König-Strasse 47	NO. Gr. Frankfurter Str. 103	Spandau, Breite Strasse 30
W. Potsdamer Strasse 5	(am Strausberger Platz)	Potsdam, Nauener Strasse 24

Zwecks Ausübung einer Kontrolle über Teilnahme an den Bezirksversammlungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder ihre Bücher mitbringen sollen, um den Besuch der Versammlung durch Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können!  
 Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwarten  
 Die Bezirksleiter.

**Nur für Herren**  
 welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monats-Garderoben, Große Frankfurter Straße 93, mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen. Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots etc. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliereen etc., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen. So bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz auszeichnen. Wir empfehlen getragene Maß-Anzüge 8 M., 14 M., 18 M. Moh-Paletots 6 M., 12 M., 16 M. etc. Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.  
**Kaufhaus für Monats-Garderoben**  
 nur Große Frankfurter Str. 93 nur  
 Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.  
 Streng reelles, seriöses Geschäft. Keine Plüsch- und Pelz-Abteilung II Neue Garderoben.  
 Nur Große Frankfurter Straße 93



# Die Moabiter Vorgänge vor dem Schwurgericht.

Sechster Tag.

Weitern wurde noch eine Reihe von Zeugen vernommen, deren Befragungen das allgemeine Bild der Moabiter Polizeistatistik noch vervollständigen.

Der Feilsehgehilfe Hillmer hat am 28. September abends gegen 10 Uhr in der Turmstraße am Heinen Tiergarten mit angesehen, wie ein alter Herr, der ruhig seines Weges ging, von einem ihm nachkommenden Schuhmann mit dem Säbel über den Rücken geschlagen wurde. Dabei rief der Schuhmann: „Was treibst Du Dich noch auf der Straße rum?“ Hillmer selber ging mit seinem Freund und Bekannten, den er nach Hause brachte, in eine Bedürfnisanstalt. Während sie beim Urinieren waren, wurden sie von mehreren Schuhleuten mit Säbeln zu Boden geschlagen. Hillmer ritt Stunden am Kopf und am Unterarm, brach bewußtlos zusammen, mußte 13 Tage im Krankenhaus zubringen und war nachher noch 14 Tage arbeitsunfähig. Sein Freund hat im Krankenhaus ziemlich 7 Wochen zugebracht. — Staatsanwalt Vorzelt: Sahen Sie an der Bedürfnisanstalt ein größeres Schuhmannskommando? — Zeuge: Ungefähr 10 Schuhleute fanden da in Reich und Glied. — Staatsanwalt Vorzelt: Wurde zu der Zeit eine Menge zurückgedrängt? — Zeuge: Nein.

Der 23jährige Arbeiter Mühl war am 26. September abends nach 1/2 von der Arbeit heimkehrend, auf Bahnhof Weißelstraße angekommen und wollte nach Hause gehen. Er verließ als einer der ältesten den Bahnhof. In der Weißelstraße, die er ganz menschenleer fand, wurde er von unentwärtet attackierenden Schuhleuten zu Boden geritten. Als er aufstand, bekam er mit einem Säbelgeiß einen Stoß, daß er wieder hinstürzte. Er wurde dann noch, sagt er, „mit Füßen getrampt“. Auf der Unfallstation wurden Verletzungen am Ellenbogen und an der Schulter festgestellt. Acht Tage war er krank, und an den Folgen leidet er noch heute. Ich bin, fügt er hinzu, ein

### Veteran aus dem Feldzug von 1870/71

und habe Orden bekommen. Im Feldzug sagte uns unser Premierleutnant, wir sollten Greise, Frauen und Kinder schonen. Hier aber muß ich so gemein niedergemacht werden, daß ich daran zu tragen haben werde, solange ich lebe. — Rechtsanw. Heine: Wachten die Leute, die aus dem Bahnhof kamen, einen Angriff? — Zeuge: Nein.

Auf Veranlassung des Staatsanwalts Stelzner wird über diesen Vorgang der Polizeileutnant Holte befragt, der die Attacke kommandiert hat. Er beklundet, er sei damals dem Polizeileutnant Goche zu Hilfe gekommen, habe dreimal aufgefördert, auseinanderzugehen und habe dann angegriffen, die Menge nach drei Seiten zurückdrängen lassen. Es sei bedauerlich, wenn der Herr da gerade hineingeraten und als Unschuldiger verletzt worden sei. — Rechtsanw. Rosenfeld: Mühl sagt doch, es war da gar keine Menge. — Zeuge Holte: In dem Moment kam die Menge jedenfalls an. — Rechtsanw. Rosenfeld: Es war ja gar keine da. — Zeuge Holte: Sie war an der Kreuzung der Weißel- und Sidingenstraße. — Zeuge Mühl gibt an, daß er bis zu dieser Kreuzung noch gar nicht gekommen war und daß er vor sich keine Menge sah. — Rechtsanw. Heine zum Zeugen Holte: Sie wußten doch, daß da Leute vom Bahnhof kamen? — Zeuge: Wir wußten doch die Leute, die gewalttätig waren, zurückdrängen! — Rechtsanw. Heine: Die waren wahrscheinlich schon weg. Trotzdem kollidierte die Polizei noch mit denen, die vom Bahnhof kamen!

Der Arbeiter Brambach hatte am 20. September gegen Mitternacht in der Turmstraße an der Waldstraße die Schuhmannseite nach Vorweisung seiner Papiere passieren dürfen, wurde aber dann in der Huttenstraße, wo er wohnt, durch zwei oder drei Schuhleute von hinten angegriffen und bekam unter dem Ruf: „Dich was werden wir schon kriegen!“ Säbelhiebe über Kopf und Stirn, so daß er hinstürzte. Eine Menge war nicht da, nur vereinzelte Passanten hatte er gesehen, aber Polizei hand in Gruppen umher. Brambach mußte 10 Tage im Krankenhaus liegen und war nachher noch 5 Wochen arbeitsunfähig. — Rechtsanw. Rosenfeld: Verwandte von Ihnen sind Schuhleute? — Zeuge: Ja. — Rechtsanw. Rosenfeld: Als man Sie vor den Schuhleuten warnte, was sagten Sie da? — Zeuge: Ich sagte: Wenn man anständig entgegenkommt, lassen sie einen durch. Aber nachher wurde ich überfallen. In der Nacht vom 27. zum 28. September gegen 11 Uhr geriet in der Waldstraße nahe der Turmstraße auch der von der Arbeit heimkehrende Bierabnehmer Weiß der Polizei in die Säbel. Zunächst gab es einen Stoß mit dem Säbel in den Rücken: „Wollen Sie laufen!“ Als dann Weiß nach seiner ihm vom Kopf gefallenen Mütze sich bückte, regneten Säbelhiebe ihm auf Arm und Rücken. Auf's neue bückte er sich nach einem ihm entfallenen Paket. Da rief ein Schuhmann:

„Sie Strich, ich werde Ihnen laufen lernen!“

und ein Säbelhieb traf den Kopf, so daß Weiß bewußtlos zusammenbrach. Als er wieder zum Bewußtsein kam, waren die Schuhleute verschwunden. Er fuhr nach einer Unfallstation, ließ sich dort eine 15 Zentimeter lange Kappwunde verbinden, lehnte die Ueberweisung an ein Krankenhaus ab und machte sich von neuem auf den Heimweg. Als er am Arminiusplatz Schuhleute begegnete, rief ihm einer zu: „Sie Schmeißerl haben ordentlich was abgetriegt!“ Drei Wochen lang mußte B. sich von einem Arzt behandeln lassen. Er weist seine zerbanene Mütze vor, deren durchschlagene Stahlbüchse von den Geschworenen besichtigt wird. — Vorsitzender: Waren, als Sie geschlagen wurden, Menschen da? — Zeuge: Ich weiß nicht. Die Schuhleute kamen in einer Reihe die Turmstraße runter hinter mir her. Ich drehte mich nicht um, ich wollte doch nach Hause. — Rechtsanw. Heine: Als Sie geschlagen wurden, war in der Nähe auch keine Menge, die floh? — Zeuge: Nein.

Der Hofleger Senff zeigt bei der Eidesleistung die erhobene Rechte nach im Verband. Sie ist ihm am 28. September gegen Mitternacht in der Wittstoder Straße von Polizeisäbeln zerfchlagen worden. Senff war mit seiner Gattin von einem bei seiner Schwiegermutter gemachten Besuch heimgekehrt und hatte, weil er nicht ins Haus hinein konnte, nach einem Beamten der Wach- und Schlichtgesellschaft gesucht. Es handelt sich hier wohl um den Vorgang, den der am Mittwoch vernommene Hausbesitzer Jod aus der Wittstoder Straße beobachtet hat. Senff wurde beim Suchen in der menschenleeren Straße von einer Zivilperson angehalten und aufgefordert, zu machen, daß er von der Straße komme. Als er antwortete: „Ich suche einen Schleibeanten“, gab diese Person einen Wink, und nun kamen vier oder fünf Uniformierte und hieben auf Senff ein. Die Säbelhiebe trafen die Hand, mit der er seinen Kopf zu schützen suchte. Er fiel hin, stand nach einer Weile auf, ließ ein paar Häuser weit und fiel wieder um. Einen Schuhmann hörte er sagen: „Laßt den Hund liegen, laßt ihn verbluten!“ Schließlich brachten ihn zwei Schuhleute zur Unfallstation. Unterwegs wurde dem Erschöpften aus einer Gruppe von Schuhleuten zugerufen: „Nun laufen Sie aber, sonst schlage ich Ihnen noch ein übers Kreuz!“ Senff hat sechs Wochen im Krankenhaus zubringen müssen und ist infolge einer Knochenhautentzündung noch jetzt arbeitsunfähig. — Rechtsanw. Heine: Sie stellen fest, daß Senff Schadenersatzansprüche gestellt hat, die vom Magistrat anerkannt worden sind.

In die Polizeisäbel geriet auch der 17jährige Kaufmannslehrling Kolschinski, der am 28. September aus einer ihm verordneten Jamnie von einer Eilegnungsfeier kam. In der Wald-

straße ging er abends nach 1/2 Uhr an einem Schuhmannstrupp furchlos vorüber, weil er meinte, man werde ihm doch nichts tun, da ja auch er nichts Schlimmes tue. Röhlich attackierten Verrittene, eine Menschenmenge floh, auch Kolschinski lief zurück, aber eine Stette von Schuhleuten, die auf ein Kommando zu den Säbeln griffen, sperrte jetzt ihm den Weg. Er ließ nach einer anderen Richtung, stieß auch da 07 Holzger, hörte eines Leutnants Befehl „Säbel raus!“, sah vier Schuhleute auf sich losstürmen und brach unter Säbelhieben zusammen. Auf Kopf und Hand fielen die Hiebe, und schon am Boden liegend wurde er noch mit Säbeln geschlagen. Die Menge, die bei diesem Vorgang noch etwa 50 Meter von ihm entfernt gewesen war, stürzte fliehend jetzt über ihn hinweg, und er verlor die Besinnung. Wieder erwacht, tat er einige Schritte, bekam nochmals einen Hieb und stürzte wieder zu Boden. Der Wirt des Hauses Wicelstraße 88 und einer seiner Mieter nahmen sich des Hilflosen an und benachrichtigten seinen Großvater, der ihn ins Krankenhaus brachte. 6 1/2 Wochen lag er im Krankenhaus, 2 1/2 Wochen war er noch arbeitsunfähig. Den Geschworenen zeigt er seine zerfchlagene Hand. Die Gemeinde Rummelsburg, in der er wohnt, hat sich seiner angenommen und klagt jetzt gegen Berlin auf Schadenersatz. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Heine gibt Zeuge noch an, daß er dem Leutnant seine leeren Hände entgegengehalten habe, um zu zeigen, daß er nichts bei sich habe. Trotzdem sei ihn eingekerkert worden.

Frau Gehring beobachtete am 24. September zwischen 3 und 4 Uhr in der Kottbuser Straße, wie ein Polizeileutnant einen Mann, der hinter einem Kupferföhrer Kohlenwagen ausfas, einen Säbelhieb über den Rücken gab. Am 28. September abends gleich nach 8 Uhr sah sie in der Kottbuser Straße Schuhleute mit Säbel und Revolver hinter dem Publikum herlaufen. Ein junger Mann wurde von einem Schuhmann mit dem Säbel geschlagen, so daß sie sich ihm als Schutz anbot und neben ihm ging, um ihn vor weiteren Attacken zu bewahren. Unterwegs trafen sie einen Mann, der von Arbeitswilligen geschlagen worden war. Als sie heimgekehrt war, entschloß sie sich in ihrer Sorge um ihren Gatten, der nachts um 11 Uhr in der Turbinenfabrik der A. E. G. zur Arbeit mußte, ihn dorthin zu begleiten. Auf dem Rückweg sah sie an der Turm- und Weißelstraße einen Zivilisten im Gespräch mit einem Schuhmann und bemerkte dann, wie der Zivilist mit dem Revolver eine Laterne zerfchoß. Nachher beobachtete sie, wie ein nach Schichtwechsel von der Arbeit heimkehrender Arbeiter, der erst Nähe gehabt hatte, durchzukommen, in die Kottbuser Straße hineingelassen wurde. Kaum war er um die Ecke, so hörte sie von dort her laute Schreie. — Vorsitzender: Sprach denn jene Zivilperson mit dem Schuhmann? — Zeugin: Ja, der Schuhmann ging ja daneben. — Staatsanwalt Vorzelt: In der früheren Vernehmung sagten Sie, Sie nahmen nur an, daß der Mann die Lampe zerfchoß. — Zeugin: Es war ja keiner weiter da. Ich sah ihn schießen und dann flirte die Lampe. Frau Gehring gibt noch an, daß sie am 24. September sah, wie ein Schuhmann mit den Füßen nach Kindern stieß.

### Es wird dann in die Erörterung der

eingetreten. Den

### Angeschlagene Frau

hat am 23. September nachmittags der Charlottenburger Schuhmann Seiffert festgenommen. Seiffert beklundet, er sei dazu gekommen, wie in der Kaiserin-Augusta-Allee ein paar Kupferföhrer Kohlenwagen von einer Menschenmenge umringt waren, gegen die die als Begleitung beigegebene Berliner Polizei nichts auszurichten vermochte. Ein Mann, der Angeschlagene Frau, habe sich an einem der Wagen zu schaffen gemacht und am Hinterrad den Stöpsel herausgezogen. Ob er einen Stein dazu benutzte, hat Zeuge nicht gesehen. Frau entflo, wurde durch die Menge gebedt und konnte erst nach wiederholten Versuchen festgenommen werden. Seiffert kam dabei zu Fall; er meint, daß Frau, der selber fiel, auch ihn zu Fall gebracht habe. Auch gibt er an, daß Frau, der sehr aufgeregt, aber wohl nicht angetrunken gewesen sei, um sich geschlagen und gestochen und gebissen habe. Schuhmann Laars aus Berlin beteiligte sich an der Festnahme. Er beklundet, nach den Kupferföhrer Wagen sei von allen Seiten mit Steinen geworfen worden. Frau sei hinzugesprungen, habe einen der fallenden Steine aufgehoben und ihn, als er sich verfolgt sah, in die Tasche gesteckt. Laars lief zum nächsten Telefon, um mehr Polizei herbeizurufen. Als er zurückkam, bemerkte er Frau am Hinterrad des Wagens beschäftigt. Was er da machte, sah Zeuge nicht. Frau habe seiner Verhaftung heftigen Widerstand entgegen-gesetzt, habe um sich gestochen und Seiffert in die Hand gebissen. — Seiffert gibt hierzu an, er habe eine Wundwunde an der Hand gehabt. Ob sie vom Beissen herrührte, weiß er nicht.

Angeschlagener Frau gibt an, Schuhmann Laars habe auf der Wache ihn geschlagen. — Zeuge Laars: Ich habe ihn auf der Wache sofort abgegeben und hatte dann nichts mehr mit ihm zu tun. Außerdem war doch der andere ein Charlottenburger Kollege; wir kannten uns doch gar nicht, da hätte er doch . . . — Vorf.: (unterbrechend): Ach, das sind Betrachtungen. . . — Rechtsanw. Rosenfeld: Aber, bitte, lassen Sie doch den Zeugen erst aussprechen! — Zeuge Laars: Wir kannten uns gegenseitig nicht. Da mußte ich doch nicht, ob der nachher auch das selbe sagen würde, was ich sagen würde. — Rechtsanw. Rosenfeld: Wo bei Berliner Schuhleuten sind Sie es eher sicher, daß . . . (Große Heiterkeit im Zuhörerraum.) — Vorf.: Bitte, unterlassen Sie solche Bemerkungen, das gehört nicht zur Sache. — Rechtsanw. Rosenfeld: Ich möchte erklären, wieso es zur Sache gehört. — Vorf.: Es bedarf keiner Erklärungen. — Rechtsanw. Rosenfeld: Dann ist der Vorwurf völlig ungerechtfertigt. — Vorf.: Herr Oberstaatsanwalt? — Oberstaatsanw. Preuß: Da muß das Gericht schon selber sehen, ob darin eine Angehör liegt. Ich stelle Bestrafung anheim. — Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Vor Verhandlung des Beschlusses fragt der Vorf.: Haben Sie etwas zu erklären? — Rechtsanw. Rosenfeld: Ich weiß gar nicht, was ich dazu weiter erklären soll. — Vorf.: Sie haben gesagt: Bei Berliner Schuhleuten wäre das eher möglich. Diese Bemerkung wurde im Zuhörerraum mit Lachen begrüßt. — Rechtsanw. Rosenfeld: Ich habe sagen wollen: Dann meinen Sie wohl, daß es bei Berliner Schuhleuten eher möglich wäre. Ich habe nur eine Konsequenz aus dem gezogen, was der Zeuge sagte. Dadurch das Lachen hervorgerufen wurde, weiß ich nicht. — Vorf.: Eine Angehör liegt in dieser Bemerkung; das Gericht hebt aber von einer Strafe ab, in der Erwartung, daß derartige nicht wieder vorkommen wird und in Zukunft solche Reflexionen unterbleiben werden.

Nach diesem Zwischenfall schildert Schuhmann Schmidt aus Berlin, der gleichfalls an der Verhaftung Frau teilgenommen hat, die Vorgänge. Er schildert sie ähnlich wie die beiden Vorzeugen, doch hat er nicht gesehen, daß Frau gebissen hätte.

### Zum Falle des Angeschlagenen Jahnke

gab Schuhmann Rathmann an, er habe am 23. September nachmittags vor dem Kupferföhrer Kohlenplatz Posten gestanden. Ein Kohlentransport sei vorübergekommen. Aus einer Menschenmenge, die sich auf der gegenüberliegenden Seite der Straße angesammelt hatte, sei nach den Kohlenwagen geworfen worden. Der Zeuge sagt, er habe deutlich gesehen, daß Jahnke einen Wurf ausführte, er sei dann hinübergegangen, um Jahnke festzunehmen. Der sei fort-gelaufen, aber gleich darauf von anderen Schuhleuten festgenommen worden. — Der Angeschlagene sagt dagegen, es sei richtig, daß Leute aus der Menge warfen, er habe aber nicht geworfen, sondern nur den Arm erhoben, um sich vor einem Stein, den er fliegen sah, zu decken.

### Es folgt die Erörterung des Falles Borowial.

Schuhmann Ronse gibt an, er habe einen Kohlentransport nach der Taubenstraße begleitet. In der Sidingenstraße sei das Verfen nach dem Aufstich losgegangen. Der sei am Kopfe verletzt worden und habe nicht weiterfahren wollen. Auf Zureden des Zeugen sei er aber doch weitergefahren. Der Transport sei dann, immer von Arbeitern begleitet, nach der Taubenstraße gekommen. Auf dem Rückweg, als die Wagen an der Ecke der Weißel- und Sidingenstraße ankamen, sei das Verfen wieder losgegangen. Bora hätten Frauen und Kinder gestanden und „hinter dieser Bedung“ die Berfer. Der Zeuge sagt, er habe gesehen, daß der Angeschlagene einen Stein warf. Als er ihm das sagte, habe der Angeschlagene gestritten. Auf Veranlassung des Zeugen ist der Angeschlagene dann von einem Fußschuhmann festgenommen worden.

Auf die Behauptung des Schuhmanns, daß der Angeschlagene geworfen habe, antwortet Borowial in bestimmtem, aber durchaus ruhigem Ton: „Ausgeschlossen.“ — Vorsitzender: Sprechen Sie hier nicht in solchem Ton. — Bald darauf hält der Angeschlagene dem Schuhmann vor, daß er vor der Sijierung mit ihm gesprochen habe. — Schuhmann Ronse: Davon weiß ich nichts. — Angell. Borowial: Aber ich weiß es. — Wieder rügt der Vorsitzende den Ton des Angeschlagenen.

Rechtsanw. Heine: Ich muß doch bitten, den Angeschlagenen in dem Tone reden zu lassen, den er gewohnt ist. — Vorf.: Das bestimmte ich. — Rechtsanw. Heine: Aber das ist eine Beschränkung des Verteidigungsrechts der Angeschlagenen — die Angeschlagenen sind keine gebildeten Leute —, wenn sie nicht in dem Tone reden dürfen, der ihnen geläufig ist. Wie oft haben Schuhleute gesagt „ausgeschlossen“, ohne daß es gerügt worden ist. Wenn ein Angeschlagener diesen Ausdruck gebraucht, das ist doch keine Ungehörigkeit. — Vorf.: Ich bitte, mir keine Vorhaltungen zu machen. — Rechtsanw. Heine: Ich beantrage einen Gerichtsbeschluss,

da ich in dem Verhalten des Herrn Vorsitzenden eine Beschränkung der Verteidigung der Angeschlagenen sehe. — Vorf.: Ich beschränke nicht die Verteidigung des Angeschlagenen, ich sage nur, daß er in anderem Tone reden soll.

Von den drei folgenden Zeugen, die noch zum Falle Borowial vernommen wurden, hand der eine dicht neben Borowial, die beiden anderen drei bis vier Schritte seitlich hinter ihm. Alle drei Zeugen geben übereinstimmend an: Borowial hat nicht geworfen, sondern ein dicht hinter ihm stehender junger Mann in blauem Anzuge, der unmittelbar nach dem Wurf fortlief.

### Angeschlagene Bruhn

wird durch die Angabe zweier Schuhleute beschuldigt, einen Stein nach einem arbeitswilligen Aufstich geworfen und diesen auch getroffen zu haben. Das war am 23. September mittags, als die Löwischen Arbeiter vor dem Fabrikator standen und drei Kohlenwagen vorüberföhrten. — Der Angeschlagene sagt, ihm „i von hinten ein Stein in die Hand gesteckt worden. Den Stein habe er weg-geworfen. Nach dem Wagen habe er nicht geworfen. Diese Angabe gewinnt an Wahrscheinlichkeit durch die Aussage des o 18 der Untersuchungshaft als Zeugen vorgeführten Arbeiters Klok, der damals als Arbeitswilliger neben dem Aufstich des Kohlenwagens saß. Klok macht die von ihm gesehene Bewegung des Steinwurfs vor. Sie bewegt sich mehr in der Richtung nach dem Boden, als nach der Höhe eines Aufstichbodes. — Von den beiden zu die im Fall vernommenen Schuhleuten behauptet der eine, Jander, der Aufstich Zielowski habe, nachdem er durch den Steinwurf getroffen war, einen Schreckschuh aus einem Revolver abgegeben. Der andere Schuhmann hat keinen Schuh gehört. Derselbe Vorfall, um den es sich hier handelt, ist in dem Strafammerprozeß öfter erwähnt worden, doch niemals war von einem Schuh die Rede. Der einzige Fall, wo ein Arbeitswilliger von einem in der Sidingenstraße an der Löwischen Fabrik vorüberföhrten Kohlenwagen schoß, ereignete sich in der Mittagstunde des 26. September und bildete den Ausgangspunkt der großen Polizeistatistik auf die Löwischen Arbeiter. — Dem Schuhmann Jander wird das vorgehalten mit dem Bemerkten, er müsse sich irren. Doch der Schuhmann bleibt mit voller Bestimmtheit dabei, daß bei dem Vorfall am 23. der Aufstich geschossen habe.

### Zum Fall des Angeschlagenen Schadowski

gibt der Schuhmann Bidde an, er habe gesehen, daß der Angeschlagene einen Stein warf und sich darauf bückte, anscheinend, um noch einen Stein aufzuheben. — Rechtsanw. Heine hält dem Zeugen vor, daß er in der Voruntersuchung gesagt hat: Der Angeschlagene bückte sich, um sich hinter einem vor ihm stehenden Kanne zu verstecken. — Der Zeuge beschränkt sich nunmehr auf diese Erklärung des Bückens und läßt die Annahme, der Zeuge habe einen Stein aufheben wollen, fallen. — Der Angeschlagene bestreitet, daß er geworfen habe. — Zu diesem Fall werden auf Antrag des Staatsanwalts noch einige Zeugen geladen.

### Angeschlagene Bonnet

soll nach Angabe des reitenden Schuhmannes Wieprecht, als am 24. September ein Kohlenwagen durch die Kottbuserstraße fuhr, hinter einem Geschäftswagen in einer Gruppe von 10—15 Personen gestanden und von da aus nach dem Kohlenwagen geworfen haben. Auf Veranlassung des Schuhmannes Wieprecht ist Bonnet durch den Fußschuhmann Wendler festgenommen worden. — Der Zeuge Litwidi (einer der im Strafammerprozeß Verurteilten) ist zur fraglichen Zeit mit Bonnet zusammengewandert und weiß bestimmt, daß Bonnet zu dieser Zeit nicht geworfen hat. In demselben Augenblick — sagt der Zeuge — wo er weiter ging, Bonnet aber stehen blieb, drehte sich ein Schuhmann um und sagte: „Eben hat einer geschmissen, ich glaube: Der war es.“ — Da wurde Bonnet festgenommen.

### Angeschlagene Joffa

gibt zu, daß er am 26. September in der Sidingenstraße, als ein von 4 reitenden Schuhleuten begleiteter Kohlenwagen vorüberfuhr, einen Stein geworfen hat. Die Kriminalschuhleute Seifel, Letat und Thomas haben den Angeschlagenen festgenommen, beziehungsweise abgeführt. Diese drei Zeugen machen Angaben über die näheren Umstände des Falles und hoben hervor, daß Letat von einem Steinwurf im Rücken getroffen und Thomas einen Schlag über die Hand bekommen habe, nachdem sie den Angeschlagenen festgenommen hatten. — Der Angeschlagene Joffa sagt, nachdem ihn die beiden Kriminalschuhleute festgenommen hatten, habe ihn einer derselben mit einem Stoß über den Kopf geschlagen. — Letat und Thomas, die beiden Kriminalschuhleute, welche hierfür in Frage kommen, behaupten, sie hätten nicht geschlagen, sie hätten auch nicht gesehen, daß Joffa geschlagen wurde. —

### Ein Kriminalbeamter wotter Eid.

Auf eine Frage des Rechtsanw. Rosenfeld antwortet der Kriminalschuhmann Letat: Ich konnte ja gar nicht schlagen. — Rechtsanw. Rosenfeld: Warum denn nicht? — Zeuge Letat: Ich hielt ihn doch mit meiner Hand fest. — Rechtsanw. Rosenfeld: Aber die andere Hand war doch frei. — Zeuge Letat: Ich konnte ihn unmöglich loslassen. — Rechtsanw. Rosenfeld: Aber warum denn nicht? — Zeuge Letat: Weil er doch nichts machte. — Rechtsanw. Rosenfeld: Hatten Sie einen Stoß? — Zeuge Letat (ohne Besinnen, ganz bestimmt): Einen Stoß habe ich nicht. Es vergehen einige Minuten, in denen Fragen an den Kriminalschuhmann Thomas gerichtet werden und der Angeschlagene mit aller Bestimmtheit dabei bleibt, daß er unmittelbar nach seiner Festnahme durch Letat einen Schlag mit einem Stoß über den Kopf bekommen hat. — Nun richtet Rechtsanw. Rosenfeld an den Krimi-

nalkshumann Letat nochmal und zwar in eindringlicher Weise die Frage, ob er einen Stof gehabt habe. — Der Zeuge Letat antwortet nach kurzem Besinnen: „Einen Stof? Ja gewiß habe ich einen Stof gehabt.“

Diese Antwort erregt allgemeines Aufsehen. Rechtsanw. Rosenfeld hält dem Zeugen vor, er habe doch kurz vorher gesagt, er habe keinen Stof gehabt. — Kriminalschumann Letat: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich hatte erst verstanden, ob ich mit dem Stof geschlagen habe. Das habe ich verneint.

Ein Geschworener erhebt sich und sagt: Der Zeuge hat auf die erste Frage geantwortet: Er habe keinen Stof gehabt. Mehrere Geschworenen und auch der Vorsitzende bestätigen das. Darauf erklärt Kriminalschumann Letat, dann habe er die erste Frage falsch verstanden. — Bei dieser Gelegenheit kommt auch die

Verprügelung von Arrestanten durch Arbeitwillige unter den Augen der Polizei zur Sprache. Der Angeklagte Joffa sagt, er sei nach seiner Festnahme auf den Kohlenplatz gebracht und während ihn einer der Kriminalschumannen am Arm hielt, von Arbeitwilligen geschlagen worden. Kriminalschumann Letat sagt dazu: Als wir den Platz betraten, drängten sich mehrere Leute an den Angeklagten heran, die haben wie aber sofort beiseite gestoßen. Angekl. Joffa: Ja, nachdem ich ein paar abgetriebe hatte. Kriminalschumann Thomas sagt: Auf dem Kohlenplatz, dicht am Eingange, hielten sich 10—15 Arbeitwillige auf, die kamen auf uns zu. Es ist möglich, daß der Angeklagte einen Schlag bekommen hat. Es war nicht zu vermeiden, daß er geschlagen wurde. Nach kurzer Zeit, während der der Zeuge Thomas weiter befragt wurde, behauptet er ganz bestimmt, er habe den Angeklagten nicht geschlagen, er habe auch nicht gesehen, daß er geschlagen wurde. Nun hält ihm Rechtsanw. Heinemann vor, daß er doch eben gesagt habe: „Es war nicht zu vermeiden, daß der Angeklagte geschlagen wurde.“

Auch von der Geschworenenbank wird bestätigt, daß der Zeuge so gesagt hat.

Der Zeuge bleibt jetzt dabei, er habe nicht gesehen, daß der Angeklagte geschlagen wurde. — Der Angeklagte Joffa bemerkt noch, als er nach seiner Vernehmung aus dem Kontor des Kohlenplatzes wieder hinausgeführt wurde, habe er den Kriminalschumann, der ihn begleitete, gebeten, er möge dafür sorgen, daß er nicht nochmal geschlagen werde. Aber als wir herauskamen — sagt der Angeklagte — schlug mir ein Arbeitwilliger mit der Faust ins Gesicht.

Da sagte der Schumann: „Nun ist es genug!“

Die Angeklagten Scharfenberg und Rohde bitten um Wort und erklären, daß sie auf dem Kohlenplatz von dem Kriminalschumann Thomas geschlagen worden seien. — Auf Antrag des Rechtsanw. Heinemann soll Thomas bei der Erörterung der Anklagefälle Scharfenberg und Rohde ebenfalls als Zeuge vernommen werden.

Darauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend 10 Uhr vertagt.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hielt am Donnerstagnachmittag 5 Uhr ihre erste Sitzung im neuen Jahre ab. Die Wahl des Genossen Witzke im 19. Bezirk der 3. Abteilung wurde nach dem Vorschlage des Wahlausschusses für gültig erklärt. Hierauf fand die Einführung der bei den Ersatz- und Ergänzungswahlen neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten statt. Die Verpflichtung derselben geschah durch Oberbürgermeister Kaiser, welcher im Anschluß daran auch dem neugewählten unbefohlenen Stadtrat Adam den Eid abnahm.

Bei der Neukonstituierung der Versammlung wurde der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Sander durch Affirmation wiedergewählt. Auf des Amt des stellvertretenden Vorstehers erhoben die Sozialdemokraten als zweitstärkste Fraktion

Anspruch. Stadtd. Groger (Soz.) plädierte eindringlich für die endliche Anerkennung parlamentarischer Gegebenheiten. Die Stimmzettelwahl ergab jedoch 47 Stimmen für den Stadtd. Bögelle, während Stadtd. Buhly (Soz.) mit 22 Stimmen in der Rinderheit blieb. Die Wahl der Beisitzer Stadtd. Prange und Scholz (Soz.) sowie der Schriftführer Bureau- direktor Raerfer und Stadtschreiber Lehmann erfolgte einstimmig.

Als Publikationsorgane der Stadtverordnetenversammlung wurden die „Rixdorfer Zeitung“ und das „Rixdorfer Tageblatt“ bestimmt. Stadtd. Groger (Soz.) nahm den Antrag auf Schaffung eines „Gemeindeblattes“, der im vorigen Jahre einer Kommission übergeben, aber nicht erledigt worden war, wieder auf. Nachdem Stadtd. Rohle prinzipiell für ein solches Blatt, jedoch gegenwärtig aus finanziellen Gründen dagegen sich erklärt hatte, ersuchte der Oberbürgermeister um Zurückstellung des Antrages bis zur Statberatung. Der Magistrat habe die Absicht, die Einrichtung einer eigenen Druckerei in Vorschlag zu bringen, bei welcher Gelegenheit auch das „Gemeindeblatt“ beraten werden könnte. Die Antragsteller waren damit einverstanden.

Die Stadtd. Glafemann und Genossen haben beantragt, für Beratung des Gesetzentwurfs über den Zwangsverkauf von Grundbesitz in der Provinz Berlin eine gemischte Kommission von 6 Magistratsmitgliedern und 15 Stadtverordneten einzusetzen. Oberbürgermeister Kaiser erklärte sich damit einverstanden. Er bemängelte, daß nach dem, was über das geplante Gesetz bekannt ist, wichtige Fragen unbeachtet gelassen worden sind, wie beispielsweise die Verteilung der Schullasten. Die östlichen und südlichen Gemeinden müssen deshalb Wert darauf legen, als selbständige Faktoren im Zwangsverkauf zur Geltung zu kommen; anderenfalls hätten sie kein Interesse für einen solchen. (Zustimmung.) In die Kommission wurden unter anderem auch die Genossen Conrad, Groger, Schuch, Dr. Silberstein und Buhly gewählt.

Bei der Begebung eines weiteren Teiles (1 Million Mark) der 88 Millionenanleihe bemängelt Stadtd. Conrad (Soz.) die zu zahlende Vermittlergebühr und fragte an, ob dem Magistrat nicht die Zentralkasse der deutschen Städte in Kassel bekannt sei, welche die Aufgabe verfolgt, überschüssige städtische Gelder provisorisch an Anleihen suchende Städte zu vermitteln. Der Oberbürgermeister bemerkte, daß diese Zentralkasse nur vorübergehend Geld vermittelt. Es sei ja wünschenswert, daß Provision nicht gezahlt werden braucht. Eine solche sei aber nicht zu vermeiden; hat doch selbst eine städtische Sparkasse dem Magistrat auf seine Anfrage zunächst erklärt, daß sie kein Geld habe, ein paar Monate später aber schon durch einen privaten Vermittler eine Anleihe angeboten. (Zuruf: Das nennt man Korruption!)

Der Einrichtung von Stall- und anderen Räumen für 32 Käufer Schweine auf dem Rieselgut Voddinsfelde wurde zugestimmt, um einen Versuch mit der Einführung der Schweinezucht zu machen.

Es folgte eine geheime Sitzung.

### Potsdam.

Ein schreckliches Ende fand vorgestern der 71 Jahre alte Kriegsveteran Wilhelm Stage. Seit 1878 lebte St. von seiner Frau getrennt und hatte im Hause Jägerstraße 5 eine Dreizimmerwohnung inne. In der letzten Zeit wurde der hilflose Greis mehrfach von Herben- und Schwindelanfällen befallen und auf Veranlassung seines Arztes sollte er vorgestern ins städtische Krankenhaus gebracht werden. Um 5 Uhr besuchte den Patienten der Arzt. Nach der Visite des Arztes zeigten sich bei St. Spuren von Aufregung und in einem ausbrechenden Herbenanfall stieß St. die brennende Tischlampe herab. Mobilier und Kleider des Greises fingen Feuer und bald war der alleinstehende alte Mann in Flammen gefaßt, deren Schein von Nachbarn bemerkt wurde. Die Hilfe kam leider zu spät. St. hatte bereits so gefährliche Brandwunden erlitten, daß er bald verstarb.

Potsdam soll Luftschiffstation werden. Ein großes Projekt jagt jetzt im Rathaus das andere. Der Zweck des in geheimer Stadtverordnetenversammlung beratenen Anlaufes eines Grundstücks an der Bierstraße war der Öffentlichkeit bisher unbekannt. Jetzt kommt aus dem Rathaus die Nachricht, daß dieses Gelände und noch weitere Grundstücke in der Neuen Luisenstraße der Zeppelin-Luftschiffgesellschaft zur Anlage einer Luftschiffhalle zur Verfügung gestellt werden soll. Die Ankaufsumme beträgt circa 1 Million Mark. Ein Berliner Bankkonsortium wird auf diesem Platze eine Luftschiffhalle und ein Restaurant errichten. Für die ersten Jahre ist eine Verzinsung vorgesehen, später soll die Stadt am Gewinn beteiligt sein. Man verspricht sich am Platze einen großen wirtschaftlichen Erfolg von diesem Projekt. Der Ausbau der Straßenbahnlinie, ja sogar eine event. Errichtung einer städtischen Gasanstalt in der Brandenburger Vorstadt ist in Aussicht genommen.

**Grosser Inventur-Verkauf.**

Nach beendeter Inventur sind unsere noch reichhaltig sortierten Lager zum Teil bis auf den halben Preis herabgesetzt.

**Wollplüsch-Mäntel**

extra gute Qualitäten, unverwundlich im Tragen, in allen Größen und Längen.

**Plüsch-Mäntel**

Jackets Paletots

Wert 27-30, jetzt 15, 24, 27, 33, 36, 42, 48 M.

**Abend- und Theatermäntel**

Wert 15-20, jetzt 8, 12, 15, 21, 27, 32, 42 M.

**Paletots aus engl. Stoffen**

Wert 15-25, jetzt 7, 9, 11, 15, 18, 21, 27 M.

**Eskimo-Paletots und -Mäntel**

Wert 21-25, jetzt 12, 15, 18, 21, 27, 33, 42 M.

**Jackett- und Paletot-Kleider**

Wert 18-25, jetzt 9, 12, 15, 21, 27, 33, 42 M.

**Kostümröcke blau u. schwarz**

Wert 12-20, jetzt 5, 7, 9, 11, 13, 15, 18, 21 M.

**Französische Kleider**

Wert 42-125, jetzt 23, 30, 36, 42, 48, 55, 60 M.

Besonders preiswert:

**Ca. 150 Jackettkleider**

aus englisch. Stoff, fein gestreift u. kar. Jackett auf Futter 6<sup>50</sup> M.

**Ca. 320 woll. Blusen**

ganz gefüttert, nur gediegene Stoffe, uni und gestreift 2<sup>75</sup> M.

**Sielmann & Rosenberg**

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse  
12 Schaufenster 2 Häuser vom Dönhofsplatz  
Sonn tags geöffnet



# Inventur! Umbau!



Die Restbestände der Winter-Saison und einzelne Partien gelangen jetzt nach beendeter Inventur bis zum 31. Januar zum

## AUSVERKAUF

Um das Lager wegen des gleichzeitigen Umbaues so klein als möglich zu halten, sind die Preise der

Winter-Anzüge und Paletots  
Sommer-Anzüge und Paletots  
Beinkleider, Joppen, Jacketts  
Knaben-Anzüge

zum Teil

## bis zur Hälfte herabgesetzt

und bieten so eine seltene Gelegenheit zum Erwerb bewährter Herren-Bekleidung.

## Der grosse Umbau

bezweckt die Hinzunahme der ersten Etage meines Geschäfts-Hauses und dadurch eine

## Bedeutende Vergrößerung meiner Verkaufs- u. Betriebsräume

Während des Umbaues findet keine Unterbrechung des Verkaufes statt; auch der äussere Gerüstbau ist so gehalten, dass die 8 Schaufenster ungehindert u. ohne Gefahr besichtigt werden können.

# Gottlieb Weiss

Schöneberg, Haupt-Strasse 161 Ecke der Stubenrauch- und Kaiser-Friedrich-Strasse.

Mit der Schulfrage beschäftigten sich folgende Schriften, die wir zur Anschaffung empfehlen:

**Heinrich Schulz, Sozialdemokratie und Schule** Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.

**Clara Zetkin, Die Schulfrage**  
Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in Bremen Preis 15 Pf.  
Ein temperamentvoller Vortrag, in dem namentlich auf die Stellung der Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.

**P. Göhre, Schule, Kirche, Arbeiter** Preis 15 Pf.  
Ein Vortrag

**Expedition des „Vorwärts“** Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden)

Neue Schriften von Parvus.  
Der Staat, die Industrie und der Sozialismus. Preis 3 M.

Das soziale Problem unserer Zeit. Preis 40 Pf.

Der Sozialismus und die soziale Revolution. Preis 25 Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

## Zentral-Markthalle

**Rixdorf** Tel. Ri. 711 u. 716. **Bergstr. 5.**

Prima Dorschsmorfeisch m. Knochen Pfd. 90 Pf.	Junge Gänse . . . . . Pfd. 68 Pf.
„ ohne . . . . . 100 Pf.	Wald-Gänse ohne Fell 2.90 M.
„ Kalbfleisch von 70 Pf. an.	3. Aussehen nur ein Preis 2.90 M.
Freitag u. Sonnabend von 4 Uhr an: <b>Frische warme Blutwurst</b> Stund 55 Pfennig.	
Zwiebel- u. Rotwurst . . . . . Pfd. 45 Pf.	Prima Kapsel . . . . . 5 Pfund 45 Pf.
Feine Leberwurst } Landleberwurst } . . . . . Pfd. 95 Pf.	Grüne Reinetten } Silber-Reinetten } 5 Pfund 80 Pf.
Fleischwurst } Leberwurst . . . . . 120 Pf.	Gold-Parmanen } Prima Kartoffeln . . . . . pro Str. 2.70 M.
Schinkenstück . . . . . 115 Pf.	Zeltower Mädchen . . . . . 2 Pfund 25 Pf.
Feiner Speck . . . . . 75 Pf.	Kohl zu den billigsten Tagespreisen.
<b>Winkler &amp; Barthold, größtes Fisch-Spezialgeschäft.</b>	
Lebende Karpfen . . . . . Pfd. 75 Pf.	Rablan } Seelachs } Pfd. 25-35 Pf.
„ „ groß . . . . . 90	Schellfisch } Schollen } Pfd. 35 Pf.
„ Plögen . . . . . 50	Flundern . . . . . Pfd. 25-30
„ „ groß . . . . . Pfd. 60/70	Eisflöhen . . . . . 20-35
„ Aale . . . . . Pfd. 100/130	
„ Quappen . . . . . Pfd. 60	
„ Schleie . . . . . 120	
„ Fische, Bleie usw.	
Käsewaren (vgl. Ia. Ware): Große Auswahl! Colberglinge Pfd. 70 Pf., Sardellen 1/2, Pfd. 15 u. 30 Pf.	
Für Restaurateure: Sardellen pro Pfd. 50-120 Pf., Bratheringe Pfd. 1.50 Pf., Cessardiven 1.00; Kapern Pfd. 100 Pf., Gewürzkräuter 150 Pf., Rablar Pfd. 7.00 Pf.	
Sehr feine Mosterei-Tafelbutter Pfd. 120 Pf., Hochfeine Mosterei-Sahnebutter Pfd. 130 Pf., Gute fette Kochbutter Pfd. 100-110 Pf., Delikate Harzer Käse 4 Stück 10 Pf.	
Feinstes Berliner Bratenfischmalz u. Bestes Kochschmalz Pfd. 60 Pf.	

# H. JOSEPH & CO.

RIXDORF - BERLINER STR. 54-55.

**95**  
Pfennig  
Woche

## Nur ein Preis!

An allen Lägern enorm große Auswahl praktischer = Gebrauchsgegenstände. =  
**Jeder Artikel enorm billig.**

Besonders zu beachten **Photograph. Atelier** = Im Erfrischungsraum: =  
Nur während der 95-Pfennig Woche:  
1 Vergrößerung inkl. Aufnahme **95 Pf.** | 1 Bockwurst mit Salat und 1 Glas Bier . . . **20 Pf.**  
mit Aufmachung 30/33 cm . . . . . | 1 Tasse Kaffee und 1 Stück Kuchen mit Sahne **15 Pf.**

= Beachten Sie unser Fenster und die Ausstellungen im Lichthof. =  
**Rabatt- und Prämien-Marken \* \* \* \* \*** **Doppelte Vorteile.**

Sieben erschienen:  
**Volksentrechtung,  
Polizeiwillkür!**  
Die Wahparole  
des schwarzblauen Blocks.  
Reden der Abgeordneten David,  
Frank, Scheidemann u. des Reichs-  
kanzlers b. d. Etatsberatungen  
am 9. bis 14. Dezember 1910.  
Nach d. stenograph. Berichten.  
245/4\* Preis **40 Pf.**  
Expedition des Vorwärts  
BERLIN SW. 68  
Lindenstr. 69, Laden.

**Lützower Str. 5a**  
am Rathaus  
Schweinehälften und Schülter 60 Pf.  
Bauh, Rückenst., Viejen 55 Pf.  
Kascher 75 Pf. an  
Schmerfleisch u. Hohlzaden 90 Pf. an  
Hohlzaden und Bug . . . . . 90 Pf.  
Hammelfleisch . . . . . 70 Pf. an  
5 Pf. gemischte Durch . . . 4 u. 5 Pf.  
**Hüte** in allen  
Preislagen.  
**R. Weidner, Hutmacher,**  
Prinzenstr. 57, Dresdener Str.  
Jahrg.-Id wird vergütet.

**Wäsche, Trikotagen  
Schneiderei-Artikel**  
Neu aufgenommen: **Bettfedern.**  
**Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25**  
Ecke Samariterstraße.  
**Wo?** Ist der schönste Ausflugsort?  
Sommer noch **Pichelswerder,**  
an der neuen Seerstraße beim **Alten Freund.**

Berliner  
**Humor-Quartett**  
Gg. Treuer Kantienallee 40  
Toupets, Locken,  
**Zöpfe**  
billigste Bezugsquelle.  
Nur reelle Ware.  
**O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.**  
**Charlottenburg**  
F. Kunsimann Wallstr. 1  
Moderne Uhren u. Goldwaren

**Arbeiter-  
Gesundheitsbibliothek**  
Seit 11:  
**Frauenleiden  
u. deren Verhütung.**  
Nebst einem Einhang:  
Die Verhütung der Schwangerschaft.  
Von Dr. J. Zadak.  
Preis . . . . . 20 Pf.  
Gute Ausgabe 30 .  
Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden

Ein großer Posten <b>Reste</b> Spitzen, Einsätze und Bänder } enorm billig.	<b>Leinen-Reste und Coupons</b> passend für Hemden, Röcke u. Bein- kleider . . . . . durchweg Stück <b>95 Pf.</b>	<b>Molton- und Barchend-Coupons</b> passend für Hemden, Röcke, Jacken und Beinkleider . durchweg Stück <b>95 Pf.</b>	<b>Inventur-Räumungs-Verkauf</b>
<b>Handtuch-Coupons</b> Größe ca. 45/110 cm prima Drell oder Gerstenkorn, für Stube und Küche . . Stück <b>95 Pf.</b>	Ein Posten reinwollene, gestreifte <b>Popeline- und Blusenflanelle</b> moderne Streifen, durch- weg . . . . . Meter <b>1.25 1.15</b>	Ein Posten schwerer reinwollener <b>Kammgarnstoffe</b> schwarz und farbig durchweg Meter <b>1.25</b>	
<b>Wollstoff-Reste und -Coupons</b> Serie I Serie II Serie III Meter <b>65 Pf. 90 Pf. 1.25 Pf.</b>	<b>Waschstoff-Reste und -Coupons</b> Serie I Serie II Serie III Meter <b>70 Pf. 35 Pf. 45 Pf.</b>	<b>Gloria- Schirme</b> mit schönen Griffen . . <b>1.95</b>	
<b>Wasch-Musseline</b> Wert bis Mtr. 75 Pf. <b>38 Pf.</b> jetzt durchweg Mtr. <b>Engl. Zephyr</b> Wert bis Meter 95 Pf. <b>48 Pf.</b> jetzt durchweg Meter	<b>Louisine reine Seide</b> gestreift u. blau-grün kariert Wert bis 1.90 M., jetzt Meter <b>1.10 95 Pf.</b>	Ein Posten <b>Steppdecken</b> Po sten Handarbeit, 8.50 6.75 4.50 3.25 doppelseitig	
<b>Crepe de Chine-Mousseline</b> reine Seide in entzückenden Ball- farben, Wert bis 2.25, Meter M. <b>1.35</b>	Ein Posten blau-grün karierte <b>Wollstoffe</b> schwere Cheviot-Quatitäten bis 110 breit <b>1.20 95 Pf.</b> jetzt Meter	Ein Posten <b>Tischwäsche</b> weiß oder farbig durchweg Stück <b>95 Pf.</b>	
<b>Restbestände</b> Gardinen, Portieren und Stores 1 und 2 Fenster enorm billig.	<b>Reuleauxstoff- Möbelereion- Reste</b> besonders billig	Ein Posten <b>Kimono-Blusen</b> reine Wolle mit Tüll-Passe Stück <b>3.95</b>	
<b>Handschuhe</b> reine Wolle, gestrickte und Trikot Ser. I Ser. II Ser. III <b>45 Pf. 68 Pf. 95 Pf.</b>	<b>Läuferstoff- Reste</b> enorm billig	Ein Posten <b>Blusen</b> 1.25 Tennistreifen	
Ein Posten <b>Oberhemden</b> 1.85 angestaubt	<b>Ein Posten Engl. Paletot</b> 4.85 neueste Fassons in besten Stoffen	Ein Posten <b>Unterröcke</b> 2.95 in Halbtuch mit Tresse und Samtgarn	
<b>Reinseidene Schirme</b> 3.95 m. kl. Wobe- fehlern	<b>Enorm billig!</b> ca. 1500 Schürzen <b>1.35 68 Pf. 48 Pf.</b> in verschiedenen Fassons	Ein Posten <b>Kostüm Röcke</b> 3.95 in blau und schwarz, reinwollener Cheviot	
<b>Kaufhaus Wilhelm Joseph</b>		Ein Posten <b>Damen-Wäsche</b> leicht angestaubt bedeutend unter Preis	
<b>Berlin, Gr. Görtschenstr. 1.</b>		<b>Schöneberg, Hauptstr. 163.</b>	

# INVENTUR VERKAUF

Besichtigen Sie, bitte,  
unsere Schaufenster!

von Sonnabend, den 14. Januar bis Sonnabend, den 21. Januar.  
Es gelangen ausser den in der Inventur zurückgesetzten  
Waren noch sehr grosse Posten Waren aus allen Ab-  
teilungen ausserordentlich preiswert zum Verkauf.

Trotz der Billigen Preise  
geben wir Rabattmarken!

**Ein Posten:**

- Herren-Hüte schwarz und farbig, weich . . . Wert bis 5.50 **1<sup>85</sup>**
- Herr.-Krawatten Binder, Seide und Halbside, Wert das Dreifache . . . **45 Pf.**
- Bunte Garnituren Serviteur und Manschetten . . **60 Pf.**

**Ein Posten:**

- Kinder-Barchent-Hosen in verschiedenen Grössen . . . . . jetzt 50, 30, **20 Pf.**
- Kinder-Röckchen gestrickt, 3 Grössen . . . jetzt **38 Pf.**
- Strick-Westen für Knaben u. Burschen, 6 Grössen jetzt . . . . . 1.25, **95 Pf.**
- Normal-Hemden für Herren, Vigogne, extra schwer, jetzt **1<sup>35</sup>**

**Ein Posten:**

- Kinder-Hänger kleine Grössen . . . . . jetzt **25 Pf.**
- Kinder-Hänger Ia. Stoffe sehr elegant . . . . . jetzt 2.45 **1<sup>85</sup>**
- Knaben-Schürzen uni u. gestr., 2 Tasch. jetzt 65, **45 Pf.**
- Spiel-Schürzen mit Tasche und Bordüre . . . jetzt **45 Pf.**

**Ein Posten:**

- Dam.-Trik.-Handschuhe Waffelmuster, weiss und coul. Paar **20 Pf.**
- Dam.-Handschuhe reine Wolle, gestrickt, weiss und coul. . . . . Paar **38 Pf.**
- Damen - Musquet. Trikot m. Druckkn., 8knöpl., Paar **45 Pf.**
- Damen - Handsch. gestrickt, reine Wolle, ger., Paar **45 Pf.**

**Angebote bedeutend unter Herstellungswert:**

- Hochelegante Kostüme aus besten Kammmaterialien, Cheviots u. Stoffen engl. Art, Wert 75.00 bis 145.00 jetzt **45<sup>00</sup> 35<sup>00</sup> 25<sup>00</sup>**
- Div. Woll- und Cheviot-Blusen hell und dunkel . . . . . sehr solide Stoffe, bisher bis 7.50 jetzt **3<sup>85</sup> 2<sup>65</sup>**
- Woll- u. Spitzen-Blusen hocheleg. mit Einsätzen verarbeitet, Regulärer Wert bis 10.50 jetzt 3.45 **1<sup>85</sup>**
- Oberhemdblusen aus Wolle, Tennis u. Baumwollstoffen mit reicher Falten-Garnierung . . . . . bisher 4.75 jetzt **1<sup>90</sup>**
- Matinees aus türk. gemustertem Velours mit breiten Satinaufschlägen jetzt **2<sup>95</sup>**
- Restbestände Ungarnierter Formen in allen modernen Farben jetzt **2<sup>75</sup> 1<sup>95</sup> 1<sup>45</sup> 95 Pf.**
- Wien. Oberhemdblusen reine Wolle, hochelegante Streifen bisheriger Wert 11.00 . . . . . jetzt **5<sup>95</sup>**
- Wasch-Unterröcke gestreift m. breit. Volant u. Blende jetzt **1<sup>65</sup>**
- Cloth-Unterröcke gefüt., mit farbiger Borte garniert . . . jetzt **2<sup>85</sup>**
- Restbestände Garnierte Damenhüte ermässigt bis **1/3** des bisherig. Preises

**Ein grosser Posten Englisch garnierter Damen-Hüte 1<sup>25</sup>**

div. mod. Formen, in versch. Farb., mit eleg. Samtbandgarn., regul. Wert bis 4.00, jetzt

**Schürzen**

aus nur soliden waschechten Stoffen, solide gearbeitet und mit aparten Bordüren.

- Blaudruck-Schürzen extra weit, mit Tasche u. Volant jetzt **95 Pf.**
- Miederschürzen Indigo-Stoffe mit Eintassung . . 2.25 1.75 **95 Pf.**
- Miederschürzen Prima Stoffe, gestreift, mit gestickten Besätzen . . jetzt **1<sup>85</sup>**
- Kleid.-Reform-Schürz. Indigo u. gestr. Stoffe m. Bordenbesatz 3.50 **1<sup>95</sup>**
- Tändel-Schürzen türkische gestreift, gemusterte, uni Stoffe teilweise mit Zwischensätzen 1.35, 95, 45 **25 Pf.**
- Kinder-Hänger verschied. Grössen, gemusterte Stoffe, teils Kimono, teils mit Schleifen . . . . . jetzt **85 Pf.**

**Damen Wäsche**

Prima Stoffe, durch Dekoration angestäubt, hochelegant und sehr solide verarbeitet.

- Phantasie-Hemden mit Stickerei und Banddurchzug . . . . . jetzt 1.95 1.65 **1<sup>35</sup>**
- Spitz- u. Stick-Beinkleid. in elegantester Ausführung . . . . . **1<sup>95</sup>**
- Damen-Nachthemden hocheleg. m. Stickerei u. Spitzen garn., jetzt **3<sup>25</sup>**
- Damen-Nachtjacken Damast mit breiter Stickerei . . . . . jetzt **2<sup>65</sup>**
- Barchent-Nachtjacken Prima Stoff, mit Stickerei garniert . . . . . **2<sup>35</sup>**
- Herren-Nachthemden sehr sol. Stoff, mit farb. Borden . . . . . **2<sup>65</sup>**

**Untertailen reich mit Stickerei und Bandgarnierung, angestäubt . . . . . jetzt 1<sup>85</sup> 1<sup>45</sup> 85, 45 Pf.**

**Reste und Abschnitte zu Einheitspreisen**

- in Seiden - Stoffen | in Woll- u. Baumwoll-Stoffen
- Meter **95 Pf.** | **1<sup>25</sup> 1<sup>65</sup>** | Meter **35 Pf., 58 Pf., 95 Pf.**

**Ein Posten:**

- Drell-Korsetts Empire-Form, sehr solid, mit u. ohne Halt. jetzt **95 Pf.**
- Mieder-Gürtel gestreift . . . . . jetzt **95 Pf.**
- Frack-Korsetts gestreift und grau, teilweise mit Halter jetzt **1<sup>85</sup>**
- Directoire-Korsetts weiss, grau und geblümt . . . . . **1<sup>95</sup>**
- Directoire-Korsetts blau und lila gestreift . . . . . **2<sup>75</sup>**

**Ein Posten:**

- Ueber-Handtücher Reinleinen, Hohlraum od. Franse **65 Pf.**
- Kopfkissen - Bezüge mit Einsatz und Fältchen . . . . . jetzt **1<sup>45</sup>**

**Ein Posten:**

- Prom'n.-Strümpfe engl. lang, lederfarbig . . Paar **30 Pf.**
- Damen-Strümpfe durchbrochen, lederfarbig . Paar **60 Pf.**
- Frauen-Strümpfe deutsch lang, schwarz, platt., Paar **60 Pf.**
- Frauen-Strümpfe deutsch lang, schwarz, gestrickt, prima plattiert . . . . . Paar **95 Pf.**
- Frauen-Strümpfe reine Wolle, extra schwer . . Paar 1.45 **1<sup>25</sup>**
- Herren - Socken Ringelmuster . . . . . Paar 60. **35 Pf.**
- Herren - Socken grau, gestrickt, plattiert . . Paar **35 Pf.**
- Herren - Socken meliert, ohne Naht . . . . . Paar **40 Pf.**
- Herren - Socken grau, reine Wolle, extra schwer, Paar **1<sup>25</sup>**

**Ein Posten diverse**

- Ball - Handschuhe mit und ohne Finger, 8, 10, 12 Knoop lang . . . . . Paar **20 Pf.**

**Ein Posten**

- Sonnenschirme hochelegante Ausführung Wert d. Dreifache jetzt **2<sup>25</sup>**

Grosse Posten junge Schnittbohnen  
pa. Braunschw. Fabrikat  
2 Pfd.-Dose **27 Pf.**

Ein Posten Kanin-Kragen jetzt **1<sup>45</sup> 95, 45 Pf.**

Ein Post. Stickerei-Spitzen-Röcke hochelegant gearbeitet jetzt **2<sup>85</sup>**

# A. Weiss & Co. Nachf.

Inhaber Fritz Prieur

Berlin-Schöneberg

Hauptstr. 11. Ecke Vorbergstr.